

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pränumerando 1  
 Vierteljahr 3,30 RM., monatlich 1,10 RM.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 8. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolon-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Verleins-  
 und Verfammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Quotale für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Die Beruhigungs-Denkchrift.

I.

Nachdem die „Denkschrift betreffend die Still-  
 legung verschiedener Steinkohlengruben des Ruhr-  
 Reviers“ nun im Original vorliegt, zeigt sich mit einer  
 bei der Bedenklichkeit der in Frage kommenden Verhältnisse  
 geradezu unheimlichen Eindringlichkeit, daß die ersten Berichte daraus  
 in der bürgerlichen Presse, auf die wir uns bei unserer ersten  
 kürzeren Anzeige stützen mußten, die bodenlose Oberflächlichkeit und  
 Unzuverlässigkeit dieser amtlichen Untersuchung auch nicht entfernt  
 ahnen ließen. Eine solche amtliche Untersuchung, wie sie hier  
 wieder vorgenommen, und ein solcher Bericht sind eben nur  
 bei uns möglich. Es wird aber weniger den nach dem  
 Ruhrrevier geschickten Geheimräten ein Vorwurf zu machen sein als  
 dem Handelsminister Müller, dem altbekannten Protektor des Kohlen-  
 syndikats, der bereits in seiner berichtigten Rede im Abgeordneten-  
 haufe am 16. April klar die Tendenz angedeutet hatte, nach der  
 die Untersuchungskommission vorgehen haben werde. Wenn Herr  
 Müller in dieser Rede gefaßt erklärte: „Für die Arbeiter in  
 ihrer großen Mehrzahl habe ich keine Sorge; die Arbeiter  
 werden sehr bald anderweitig Unterkommen finden mit  
 verschwindenden Ausnahmen“ (Stenographischer Bericht,  
 Seite 2884), so kommen 14 Tage später seine nachgeordneten Räte  
 zu dem gleichen „Ergebnis“ mit den Worten: „... die Schädigungen  
 der Arbeiter treten insofern zurück, als bei weitem die meisten  
 auf benachbarten Gruben, zum Teil unter Beibehaltung ihres bis-  
 herigen Wohnortes, Arbeit gefunden haben oder voraus-  
 sichtlich finden werden.“ (Denkschrift, S. 46.) Und wenn Herr  
 Müller in derselben Rede weiter erklärte: „... nach meinen  
 Erfahrungen in der letzten Zeit haben die Grubenbesitzer in  
 Westfalen ihr nobilio officium, sich gegenüber auftretenden Kata-  
 mitäten anständig zu benehmen und ihre Anstandspflichten  
 zu erfüllen, in hohem Grade erfüllt“ (Sten. Ver., S. 3365),  
 so ist die ganze Denkschrift Seite für Seite förmlich nur ein  
 Plauderer für die Grubenbesitzer, und des Ruhmens ihrer „in so  
 hohem Grade erfüllten Anstandspflichten“ ist kein Ende.

Diese Anerkennung und Liebe von Seiten der Regierung wurde  
 aber leider von den Herren Grubenvertretern gar nicht er-  
 widert; im Gegenteil, nahm die Regierung alle Schuld von vorn-  
 herein von ihnen, so gab sie dafür der Regierung recht kräftige  
 Rosenstüber und schobon ihr die Schuld zu. Man höre, wie zum  
 Beispiel der Vergrat Kleine aus Dortmund den Geheimräten  
 den Text las: „... Fürst Bismarck liebte nicht das Viel-  
 regieren vom grünen Tische und das Schematisieren  
 bis ins kleinste. Jetzt dagegen wird kräftig vom grünen Tisch  
 regiert und alles bis ins kleinste Detail geregelt und schematisiert“  
 (Anlage zur Denkschrift, S. 9). Und woran schließlich die Re-  
 gierung nicht Schuld war, daran waren dann die — Social-  
 demokraten und die Christlich-Socialen Schuld, so z. B.  
 auch am Wegziehen der arbeitslosen Leute. Der Obermeister des Kohlen-  
 syndikats, Geh. Kommerzienrat Rirsdorf, berichtet und nämlich  
 (Anlage z. Denkschr., S. 20): „... es (d. h. das eventuelle Weg-  
 ziehen) ist lediglich eine Folge der Verhegung von außen, eine  
 Folge der sozialdemokratischen und christlich-  
 socialen Verhegung, die leider Gottes von den kleinen  
 Gewerbetreibenden mitgefördert worden ist. (Sehr richtig!) Wenn  
 diese Verhegung dazu führt, in weite Kreise namhafte Verurteilung  
 zu tragen, so daß wir schließlich Mangel an Arbeitern haben, wo bis  
 dato die Verhältnisse fest und solide waren, so ist das lediglich  
 eine Folge der Verhegung. Ich vermahne mich  
 also dagegen, daß die Verurteilung eine Folge  
 der Grubenverkäufe ist.“ Jetzt wissen wir es also! Aber  
 brauchte man zu dieser Wissenschaft erst die Vermittelung der  
 Geheimräte des Herrn Müller? Es hätte durchaus genügt, von  
 den Grubenbesitzern und ihrer Presse direkt Gutachten einzuholen.

Das hätte um so gleichwertiger genügt, als tatsächlich,  
 worauf wir schon in unserer ersten Anzeige das Hauptgewicht für die  
 Beurteilung der ganzen Methode dieser famosen Untersuchung legten,  
 nur höhere Regierungsbeamte und Unternehmer  
 an den Konferenzen teilgenommen haben, nämlich,  
 wie die Denkschrift angeht, die Oberpräsidenten der Rhein-  
 provinz und von Westfalen, die Regierungspräsidenten von  
 Düsseldorf und Arnberg, der Vergrat Kleinsmann und die Mit-  
 glieder des Oberbergamts Dortmund, die sieben Landräte,  
 deren Kreise, und die fünf Bergrevierbeamten, deren  
 Reviere durch die Angelegenheit berührt wurden, dann Ver-  
 treter des Vereins für die bergbauischen Inter-  
 essen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Ver-  
 treter des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-  
 Syndikats und Vertreter derjenigen Gruben, welche nach In-  
 halt des bis dahin vorliegenden Materials in der Sache beteiligt  
 waren. Nach diesen offiziellen Angaben der Denkschrift wundert  
 man sich nachher im ersten Moment, daß in der Präsenzliste der  
 Dortmunder Konferenz die Bürgermeister von Bochum und  
 Witten a. d. Ruhr auftauchen, aber man begreift bald, daß diese  
 Herren unmöglich als Vertreter ihrer Gemeinden anwesend sein  
 können, sondern nur als Vertreter von Gruben, in deren Aufsichts-  
 oder Verwaltungsrat sie wahrscheinlich sitzen. Solche Personal-  
 unionen sind ja gerade im Ruhrgebiet nichts Besonderes, und sie  
 erklären es, weshalb, wenn die Gemeindeglieder  
 beunruhigt werden, von einer irgendwie gearteten Ver-  
 urteilung bei den Gemeindehäuptern nichts zu spüren  
 ist. Die Gemeindeglieder existieren auch nicht für  
 die Geheimräte der Herren Müller und Hammerstein. An  
 den Konferenzen hat kein einziges Mitglied der

Bürgerchaftsvertretungen der von der Belegung  
 betroffenen oder bedrohten Gemeinden teilgenommen! Sie waren,  
 wie es jetzt in den Gemeindeglieder-Versammlungen im Ruhr-  
 gebiet heißt, „unbekannte Größen“. Und ganz selbstverständlich ist  
 kein Vertreter der Arbeiterverbände, weder des alten  
 Verbandes noch des Gewerksvereins, um Auskunft angegangen  
 worden. Ja, was vielleicht von all den Tollheiten dieser „Unter-  
 suchung“ das tollste ist, man spürt an keiner einzigen Stelle der Be-  
 richts, daß auch nur irgendwo irgend ein Arbeiter in den Belegen  
 oder sonstwie ausgefragt worden wäre! Und so berichtet denn auch  
 die „Vergarbeiter-Zeitung“, daß sie („obwohl wir uns Mühe  
 gaben“) keinen Arbeiter habe entdecken können, der von der „Unter-  
 suchungs“-Kommission verhört wurde! Damit ist eigentlich die  
 Objektivität und Zuverlässigkeit dieser „Untersuchung“ und ihr ganzer  
 Wert für jeden halbwegs vernünftigen Menschen von vornherein ge-  
 richtet, und es ist immerhin erfreulich zu konstatieren, daß selbst der  
 bürgerlichen Presse, von den vom Kohlenyndikat abhängigen  
 Blättern wie „Rhein. Zig.“, „Rhein.-Westf. Zig.“ natürlich abgesehen,  
 bei diesem Zustande der Dinge vor der Gottlosigkeit der Unter-  
 suchenden und der Ergebnisse bange wird.

Dieser Behauptung der völligen Wertlosigkeit der Untersuchung  
 und der Denkschrift an sich durch die angewandte Methode wider-  
 spricht natürlich nicht, daß sich, wenn man solche lediglich regierungs-  
 und unternehmerseitig zurechtgemachten Sachen einmal gründlich zu  
 besehen gelernt hat, doch immer einige Kosinen darin finden, die des  
 Aufsehens lohnen.

So nun zum Beispiel die Denkschrift, nachdem sie die zwölf  
 Gruben, deren Verkauf an andre Bergwerke in letzter Zeit erfolgt  
 oder demnächst mit Sicherheit zu erwarten ist, als diese genannt hat:  
 1. Gelene Nachtigall bei Hattingen, 2. Steingatt bei Altdorf,  
 3. Ver. Hamburg und Franziska bei Witten, 4. Ver. Viefefeld Tief-  
 bau bei Wipperfurth, 5. Ver. Vommerschäfer Tiefbau bei Vommern,  
 6. Sprockhövel bei Sprockhövel, 7. Julius Philipp bei Biemelhausen,  
 8. Vened und in Verbindung damit Glückwinkelfeld, 9. Hagen-  
 winkel und Dahlhausen, 10. Maria Anna und Steinbank, 11. Eiberg  
 bei Steele und 12. Aftaden bei Oberhausen, — die Mägliche-  
 keit fernerer Verkäufe, vor der das ganze südliche Ruhr-  
 gebiet zittert, zugeben, „zumal, wie es wörtlich heißt, die etwaigen  
 Verkaufsverhandlungen naturgemäß geheim geführt würden und sich  
 namentlich auch der Kenntnis des Kohlenyndikats entzogen.“ Wenn  
 die Denkschrift dann im selben Atemzuge sich mit der Tatsache zu  
 brüsten scheint, daß „weitere Grubenverkäufe oder beabsich-  
 tigte Verkäufe bis jetzt wenigstens nicht bekannt geworden seien,  
 so hat sie den Wert dieser ihrer Mitteilung selbst schon hin-  
 länglich bewertet. Der Wert dieser Verurteilungsspiele der Kommission  
 wird aber noch besonders illustriert durch eine Mitteilung, die die  
 „Rheinische Volkszeitung“ gedruckt hat, und die un widersprochen  
 geblieben ist. In dieser Mitteilung an die „Rhein. Volks-Zig.“ heißt  
 es nämlich über diesen zuletzt citierten Passus der Denkschrift: „Man  
 man wird der Kommission, als sie im Industriebezirk weite,  
 sicher nicht die Geheimnisse, welche die großkapitalistischen  
 Gesellschaften im Busen tragen, offenbart haben; um so weniger,  
 als schon vor dem Erscheinen der Kommission  
 im Ruhrgebiet von oben ein Druck ausgeht war, das  
 Geschäft im Bergwerkeigentum nicht weiter an groß zu be-  
 treiben. Man fürchtete eben, daß die Bewegung in den be-  
 troffenen Gemeinden und unter den zahlreichen Arbeitern einen  
 Umfang annehmen werde, der nicht ohne nachteilige Folgen  
 blieben könne. Wir wissen bestimmt, daß unter der Hand  
 fortgesetzt Verhandlungen gepflogen werden, die  
 den Verkauf von weniger rentablen Gruben bezwecken.  
 Es handelt sich hierbei um Gruben im Dortmunder sowohl wie im  
 Bochumer und Essener Bezirk. Daß mit dem Verkauf der Gruben  
 eine mehr oder weniger rasche Stilllegung derselben ver-  
 bunden sein wird, steht außer allem Zweifel, denn so  
 thöricht ist keine Bergwerkeigentümer, daß sie ein unrentables  
 Unternehmen aufkaufen, um es unrentabel weiter zu be-  
 treiben. Kenner der Verhältnisse sind der  
 felsenfesten Ueberzeugung, daß kein halbes  
 Decennium mehr vergehen wird, und von zahl-  
 reichen Gruben des Ruhrreviers werden nur die  
 Steinhalden noch zeugen.“ In ähnlicher Art, wie durch  
 diese un widersprochenen Mitteilungen an das Kölner Organ, wird  
 die Denkschrift illustriert, wenn man z. B. ihren Inhalt über die  
 Gründe für die Grubenfusionen, über die Verluste der Gemeinden und  
 über die Protokollmachung und Vertreibung der Arbeiter untersucht.  
 Das soll in einem zweiten Artikel geschehen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juli.

#### Die Schuld am Herero-Krieg.

Wie wir gestern bereits mitteilten, schätz Dr. Rohrbach die  
 Verluste der Ansiedler und Händler in Deutsch-Südwestafrika auf  
 7 Millionen Mark. Dem Reichstag, der bereits so viele Millionen  
 für den Krieg bewilligt hat und noch wird bewilligen müssen, wird  
 auch die Zuzahlung gestellt werden, zu all den übrigen Millionen  
 noch die obigen sieben Millionen zu bewilligen. Daß die Majorität  
 sie bewilligen würde, sagten wir bereits gestern voraus. Heute  
 erklärt denn auch bereits die „Deutsche Tageszeitung“,  
 daß das Reich unbedingt die Pflicht habe, die ruinierten Ansiedler  
 zu entschädigen. Die Ansiedler seien nach Südwest-Afrika  
 gegangen, weil sie es als Schutzgebiet angesehen hätten.  
 Folglich müsse das Reich, das Schutz zugesichert habe,  
 die Verantwortung übernehmen. Und großtätig wie immer,  
 wenn es sich um das Geld der Steuerzahler, im

Reiche also fast ausschließlich der arbeitenden Klassen  
 handelt, erklärt das Organ der Kollektenden: „... wo sich's nur  
 um lumpiges Geld handelt — hier sollte das Reich wirklich ver-  
 sagen“?

Wie das Blatt Anzeigen-Verteiler, so werden auch die andern  
 staatsverhaltenden Blätter für die Bewilligung des „lumpigen  
 Geldes“ zu haben sein, und gleich ihnen die Herren Abgeordneten.  
 Sie würden ja nur dann die Forderung ablehnen können, wenn sie  
 die Schuld für den Zustand den Ansiedlern zuschreiben würden.  
 Daran denken sie aber gar nicht. Läßt man doch jetzt gerade aller-  
 hand „Beleidigungsmaterial“ aufmarschieren, um die Unschuld der An-  
 siedler darzutun.

Sehen wir uns dies Beleidigungsmaterial etwas näher an!  
 Da veröffentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ an leitender Stelle  
 folgende an den Reichstag gerichtete Petition von Ansiedlern  
 aus dem Bezirk Gobabis:

- „Wir erlauben uns folgende Fragen und gestatten uns auch  
 zugleich, dieselben teilweise zu beantworten.  
 1. Wer ist an dem Herero-Aufstand schuld?  
 2. Worin besteht die Schuld?  
 3. Wie muß der Aufstand niedergeworfen werden?  
 4. Wie muß die Entschädigung gehandhabt werden, um  
 dem Schutzgebiet die frühere Blüte zurückzugeben?  
 5. Allgemeines.“

Zu 1. Wer ist an dem Aufstand schuld? Die Schuld an dem  
 Aufstand dürfte unfers Erachtens ausschließlich der  
 hiesigen Verwaltung zur Last fallen. Die Anklagen  
 von verschiedenen Seiten, daß die Händler und Farmer schuld  
 seien, können nur von Personen entspringen sein, die mangelhafte  
 Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse haben. Es mag wohl vor-  
 gekommen sein, daß ein Händler Uebergriffe gemacht  
 hat. Hier im Distrikt ist das jedoch nicht der Fall gewesen.

- Zu 2. Worin besteht die Schuld?  
 a) durch die teilweise Zwangsimpfung des Herero-  
 Viehes, bei der oft sehr viel einging und auch ziemlich  
 zwecklos war;  
 b) durch Verschiebung der ursprünglich fest-  
 gesetzten Grenzen des Hererogebietes, in-  
 folge zunehmender Besiedelung;  
 c) durch das Herabsetzen der Weizen in den Augen  
 der Eingeborenen von Seiten der Regierung. Wenn ein  
 Herero von einem Bezirksamtman in Gegenwart  
 von Deutschen umarmt und die Deutschen daneben  
 von demselben vollständig ignoriert werden, so kann das den  
 Herero doch nur in dem Glauben bestärken, daß er mehr ist  
 als wir. Viele derartige Fälle können angeführt werden,  
 die von Seiten kamen, wo sie am allerwenigsten zu erwarten  
 waren und die Klaffen in ihrem Größentum nur be-  
 stärken konnten;  
 d) durch den Verkauf von vielen Gewehren an die  
 Hereros. Der Großmann Kajatta, der Uniform, Degen  
 und Ehrenzeichen trug, bekam monatlich öfters 150 Patronen.  
 Ein Deutscher dagegen konnte selten mehr als 50 be-  
 kommen;  
 e) durch Entblößung des Hererolandes von Mann-  
 schaften und Geschützen;  
 f) durch den Reid und die Mißgunst der Ein-  
 geborenen wegen des besseren Viehes und des  
 teilweisen Wohlstandes der Deutschen;  
 g) durch zu gute Behandlung von fast allen  
 Deutschen. Milde sieht der Damar für Schwäche an.

Diese Petition macht den Eindruck äußerster Unbeholfenheit und  
 Ungeschicklichkeit. Dafür werden die Verfasser nichts können. Aber  
 daß diesen teils uralten, teils längst widerlegten, teils geradezu  
 komischen Behauptungen die „Deutsche Tageszeitung“ irgend welche  
 Ueberzeugungskraft beizumessen sich nicht zu scheuen wagt,  
 ist wahrlich ein starkes Stück.

Daß die Zwangsimpfung des Hereroviehes und die daraus  
 folgende Degimierung des ohnehin so arg gelichteten Viehstandes  
 der Eingeborenen die Erbitterung derselben mit verschuldet habe,  
 ist längst allseitig anerkannt worden. Dasselbe gilt von der „Ver-  
 schiebung der ursprünglich festgesetzten Grenzen des Hererogebietes“,  
 zu deutsch: der immer drohender werdenden, die Existenz des  
 Romadenvolkes immer stärker beeinträchtigenden Landheraubung.  
 Ja, warum haben denn die jetzt so bereiten Ansiedler sich der  
 solchertweise geradezu zum Verzweiflungskampf gebrängten Ein-  
 geborenen nicht zur rechten Zeit angenommen? Weil ihnen das  
 den Hereros genommene Weideland sehr willkommen war, weil  
 ihnen die Existenzvernichtung der Eingeborenen gar nicht rasch  
 genug ging, um zu massenhaften, spottbilligen Arbeitsklaven zu  
 kommen. Die Regierung that nur, was die unschuldigen Ansiedler  
 von ihr verlangten!

Der Verkauf der vielen Gewehre und Patronen ist amtlich  
 wiederholt widerlegt worden. Und die Umarmung des Herero  
 durch den Bezirksamtman ist nur ein schlechter Witz. Prosper  
 Arenberg dazte sich sogar mit dem Hauptlingssohn Rain, um  
 ihn dann in bestialischer Weise zu menschen.

Die wahren Ursachen des Aufstandes sind von uns wiederholt  
 dokumentarisch festgestellt worden. Sie bestanden außer in den  
 oben richtig erwähnten Umständen in der Auswucherung durch  
 die Händler, die den Eingeborenen von mehreren hunderttausend  
 Stück Vieh nur ca. 40.000 Stück übrig ließen. Sie bestanden in der  
 brutalen Behandlung der Eingeborenen (amtlich wurde jährlich in  
 mehreren Hundert Fällen die Prügelstrafe angewendet, namentlich  
 gegen die Hereros), in den geschlechtlichen Aus-  
 schweifungen der meisten Ansiedler, der Ermordung  
 Rains und ähnlicher Kulturfeindungen. Und für alle diese Sünden  
 trifft die Ansiedler zum mindesten ein großes Maß der Mit-  
 schuld!

Nun ist den Ansiedlern freilich auch in der „Christlichen Welt“  
 ein Verteidiger in der Person des Pfarrers der evangelischen Ge-

melnde in Windhut, des Lic. Ang, erstanden. Der Herr behauptet, daß auch viele Anstifter in saurem Schweiß ehrlich gearbeitet haben, daß er Beamte, Kaufleute, Handwerker, sogar Händler kenne, die die Eingeborenen freundlich behandelt haben, so daß der Kollektivvorwurf gegen die 4000 Anstifter ungerecht sei. Was will das alles belegen gegen die Anschuldigungen, die der Windhuler Pfarrer selbst erhebt, wenn er schreibt:

„Ich kenne auch Weiße — wenige, das ist leider allgemeine Erfahrung in Tropenländern —, die sich für zu gut gehalten haben, mit Herero-Weibern Unzucht zu treiben.“

Der selber seit drei Jahren sich bemüht hat, gegen Unzucht, Trunk, Roheit, Herrenübermut der Weißen anzugehen und ihnen ihre Pflichten gegen die Eingeborenen vorzuhalten, der sich nicht in der Lage, weder zu leugnen, noch zu beschönigen, was vorgefallen ist. Es ist viel, viel Unrecht geschehen in diesem Lande, und wer darüber Buch geführt hat, der wird jetzt lange Listen von Schandthaten und Schandworten veröffentlichen können.

Allmählich hat sich das Blatt gewandt: die stolzen Herero mußten sehen, daß der verachtete Weiße, der Sklave, der arbeitet, was doch kein echter Herero-Herr thut, daß der Herr geworden war in ihrem Lande. Davon war ihnen das Auftreten der Händler, das sie früher nie geduldet haben würden, nur eines von vielen Anzeichen. Schmerzlicher als alles übrige ist ihnen jedenfalls gewesen, daß sie ihr Land Stückweise in die Hände der Weißen übergehen sahen. Daher ihr Haß gegen die Farmer, die auf den Ländern saßen, als deren zuständige Herren sie sich selber ansahen. Gewiß hat von denen der eine oder der andre Herero-Eigentum „mit dem Schein des Rechts“ an sich gebracht.“

Das schreibt der Herr Pfarrer — zu Gunsten der kolonialen Wirtschaft der Anstifter! Und dann verlangt er Gerechtigkeit für die — Weißen! „Den Herero, denke ich“, so schreibt er wörtlich, „ist nunmehr überreichlich Gerechtigkeit erwiesen“. Das schreibt der geistliche Herr angesichts des gegenwärtigen Vernichtungsfeldzuges gegen die Herero!

### Verhaftungen in Finnland.

Unter Leitung eines besonders bestellten russischen Untersuchungsrichters und unter Uebergehung der finnländischen Rechtsordnung ist der Versuch gemacht worden, Mitschuldige des Attentats zu finden. Da es offenbar Mitschuldige nicht giebt, so wird nach russischer Art die Gelegenheit benutzt, um an andern politisch Verdächtigen Rache zu üben.

Aus Delsingfors wird vom 7. Juli gemeldet: Montag früh wurde Eugen Schaumanns Vater, der ehemalige Senator General Schaumann, die beiden Lehrer an der hiesigen Universität, Dr. Ernst Eklander und Professor Th. Homen, sowie der Sanbeamte Alfthan und der Bibliotheksassistent Gummerus unter Wachenbewachung nach Petersburg übergeführt. General Schaumann soll, wie angenommen wird, dort einem Verhör unterzogen werden.

Und weiter wird gemeldet: Auch der Professor des civilen Prozesses und des römischen Rechts, Baron Brede, einer der bedeutendsten Rechtsgelehrten Finnlands, ist nach Petersburg übergeführt worden.

### Wahlvorbereitungen in den Vereinigten Staaten.

Der Nationalkongress der demokratischen Partei ist am 6. Juli in St. Louis zusammengekommen und man erwartet in den Vereinigten Staaten das Resultat mit gespanntem Interesse. Für die Republikaner liegt das Interesse darin, ob Roosevelt einen verhältnismäßig stärkeren oder schwächeren Gegner zu besiegen haben wird, für die Demokraten darin, ob unter ihnen die konservative oder die mehr radikale Richtung den Sieg erringen und ihren Mann zur Anerkennung bringen kann. Unter den vielen Kandidaten, die in der letzten Zeit genannt wurden, handelt es sich gegenwärtig nur um zwei, an deren Erfolg sich die Stärke der beiden Richtungen in der Partei messen wird. Es sind dies der Richter Parker aus New York und William Randolph Hearst, Kongressmann, Millionär und Besitzer großer Zeitungen. Parker ist der Vertreter der konservativen Richtung, der, wie seine Gegner im eigenen Parteilager sagen, „keine Prinzipien“ vertritt und auf einer „Plattform von allgemeinen Lebensarten“ steht. Hearst ist der Mann mit dem radikalen Anstrich, der um die Gunst der organisierten Arbeiter buhlt, der in seinen Zeitungen täglich gegen die Trübsis donnert und gegen den „Imperialismus“ der Republikaner vom Leder zieht. Hinter ihm steht William Jennings Bryan, der zweimal gescheiterte Präsidentschaftskandidat der Demokraten, der aber noch ein sehr einflussreicher Politiker ist. Hinter ihm steht es aber auch, daß mitten aus einem heftigen Parteistreit eine bisher unbekannt große (a dark horse) aufsteht und zur Zufriedenheit aller die Nominierung erhält. Gegen Roosevelt brauchen die Demokraten einen „starken Mann“, aber daran fehlt es ihnen gerade.

Es liegen bereits folgende Nachrichten über die Verhandlungen des demokratischen Kongresses vor:

St. Louis, 6. Juli. Der demokratische Nationalkongress hielt heute hier seine erste Sitzung ab. Der stellvertretende Vorsitzende Williams erklärte in seiner Eröffnungsrede, die demokratische Partei werde für eine Revision und Herabsetzung des Zolltarifs eintreten, namentlich in Bezug auf Waren, die im Auslande von Amerikanern billiger als daheim verkauft werden. Redner fuhr fort, die Demokraten würden Europa darauf aufmerksam machen, daß sie Heer und Flotte nicht zur Einreißung von Schuldsforderungen fremder Mächte von mittel- oder südamerikanischen Republiken verwenden würden und ihm ferner mitteilen, daß es nicht die Aufgabe der Vereinigten Staaten sei, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, noch auch Völkern von schwarzer Hautfarbe oder gemischten Blutes die weiße Zivilisation aufzuzwingen. Die Demokraten würden mehr für regelmäßige Handelsbeziehungen als Vergeltungsmassnahmen der ganzen Welt gegenüber eintreten, und namentlich für ein großzügiges Reciprocity-Verhältnis mit Kanada. Den Ausbau der Handelsmarine würden sie sich angelegen sein lassen. Wenn die demokratische Partei zur Macht gelange, werde sie den Bau des Panamakanals rasch, ehrlich und billig durchzuführen.

New York, 6. Juli. Die Zeitung von Tammany Hall hat angekündigt, daß diese Organisation den Widerstand gegen die Aufstellung Parkers als demokratischen Präsidentschaftskandidaten auflebe.

St. Louis, 7. Juli. Der zur Vorbereitung des demokratischen Programms eingesetzte Unterausschuss des demokratischen Nationalkongresses einigte sich über den die Tarifffrage behandelnden Punkt, indem er sich für eine Revision und allmähliche Herabsetzung der Tariffsätze erklärte.

### Deutsches Reich.

Handelsvertrags-Vorbereitungen. Der Präsident des russischen Minister-Komitees, der frühere Finanzminister v. Witte, wird, wie aus Petersburg mitgeteilt wird, in diesen Tagen nach Berlin kommen, um mit den hiesigen Regierungsvorstehern, denen die Handelsvertragsfragen obliegen, zu verhandeln. Einige Blätter zeichnen aus dieser Nachricht bereits den Schluss, daß die Unterzeichnung des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages nahe bevorsteht. Man wird jedoch nach den bisherigen Vorgängen gut thun, die Bedeutung der Reise des Herrn v. Witte nicht zu überschätzen. Allerdings mögen die ostasiatischen Schwierigkeiten Rußlands der Reichsregierung die Aufgabe erleichtern, auf Grund des neuen Zolltarifs einen Handelsvertrag zu stande zu bringen.

Die „Berl. Vol. Nachr.“ bringen die folgende Mitteilung über den Stand der Verhandlungen und den möglichen Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Zolltarifs:

In einigen Blättern werden Mitteilungen über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Handelsverträge gebracht. Sie beruhen auf Kombinationen. Gegenwärtig weiß noch niemand, wann die neuen Verträge und damit der neue Zolltarif in Kraft treten werden. Neue Verträge sind mit Italien und mit Belgien zum Abschluß gebracht, über einen solchen mit Rumänien finden gegenwärtig Unterhändler-Konferenzen statt. Mit Rußland, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn sind Aussprachen zwischen den Unterhändlern erfolgt, haben aber zu einem Abschluß noch nicht geführt. Die Arbeiten an der Erneuerung der Tarifverträge mit diesen Ländern ruhen natürlich nicht, sie werden in den zuständigen Behörden fortgesetzt. Man wird aber kaum damit rechnen können, daß sie schon in ganz naher Zeit sämtlich zu positiven Ergebnissen führen werden. So haben die ersten Unterhändler-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn doch erst vor kurzem stattgefunden, und ehe in eine zweite Konferenz wird eingetreten werden können, dürften voranschrittlich ein paar Monate vergehen. Man muß eben nicht vergessen, daß die gegenseitigen Vorschläge neue Erhebungen in den einzelnen Staaten nötig machen. Es wird demnach noch sicherlich einige Zeit verstreichen, ehe die Arbeit auf den genannten Gebieten zu einem Belanabstich gelangt. Da man somit diesen Zeitpunkt nicht fest ins Auge fassen kann, kann man natürlich auch nicht den Termin für das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge mit auch nur einiger Sicherheit in Aussicht nehmen. Dazu kommt, daß mit den aufgezählten Staaten die Reihe derjenigen, mit denen Deutschland Tarifverträge vereinbart hat, noch nicht abgeschlossen ist. Auch wird doch noch die Frage der künftigen Regelung der Meißbegünstigung zur Entscheidung zu bringen sein. Kurz, von der Vorausbestimmung eines Termins für das Inkrafttreten der neuen Handelsverträge kann auch jetzt noch keine Rede sein.“

### Eine nationalliberale Verdächtigung.

Die Reichstagswahl in Schwerin-Bismar liegt den Nationalliberalen schwer in den Gliedern; sie können es nicht verhindern, daß ihr Führer, der frühere Vicepräsident des Reichstages, Büsing, bei der vorjährigen Wahl durchfiel. Nun ist es ja richtig, daß die Wahlregelnmäßigkeit in einer Reihe von Ortschaften den Regierungsrat Dröcher statt Herrn Büsing mit unserm Genossen Groth in Stichwahl brachten, wofür ersterer dann als gewählt nach der Stichwahl proklamiert wurde. Gegen die Wahl Dröchers lagen nun dem Reichstage nicht weniger als fünf Proteste und Gegenproteste vor. Zwei Proteste gegen die Hauptwahl und zwar einer von dem nationalliberalen Rechtsanwält Paul Schwenck und einer vom socialdemokratischen Wahlkomitee; von letzterem außerdem ein Protest gegen die Stichwahl. Gegen diese Proteste waren von konservativer Seite zwei Gegenproteste eingereicht worden. Ferner hatte der Wahlkommissar eine Reihe von gelegentlichen Handlungen seitens der Behörden bei der Hauptwahl moniert.

Schon auf diese Monita hin kam die Wahlprüfungskommission ein wenig zur Ungültigkeitserklärung der Wahl. Nur im Plenum des Reichstages konnte die Wahl noch nicht zur Verhandlung gebracht werden. Und dieser Umstand erregt den Jorn der Nationalliberalen, die in der Einbildung leben, bei der Nachwahl werde Büsing gewählt. In dem nationalliberalen Wochenblatte „Deutsche Stimmen“ suchen sie den socialdemokratischen Berichterstatter für die Verschleppung der Wahlprüfung verantwortlich zu machen. Das Blatt schreibt und andre Blätter übernehmen die dumme Verdächtigung:

„Eine Ersatzwahl in Schwerin-Bismar müßte eigentlich in diesen Tagen schon stattgefunden haben. Am 3. Mai hat die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschlossen, das Mandat des Abg. Dröcher (L) für ungültig zu erklären. Der Beschluß hat principiell Bedeutung und der Bericht darüber konnte Schwierigkeiten überhaupt nicht bereiten. Und doch ist dem Reichstage bis heute der Bericht noch nicht erstattet. Warum nicht? Zum Berichterstatter ist der socialdemokratische Abg. Schulze gewählt worden, und der muß wohl wissen, warum. Wir wissen es nicht, und andre wissen es ebensowenig. Aber daß eine derartige Pflicht-Vernachlässigung ein Skandal ist, darüber herrscht nur eine Meinung, bei allen wenigstens, die nicht wissen, warum der Abg. Schulze seit dem 3. Mai nicht im Stande war, seinen Bericht — eine Arbeit von höchstens sechs Seiten — zu versajfen.“

Die Kommission hat sich mit sonstigen Beschwerdepunkten nicht abgegeben. Sie hat sich dabei begnügen lassen, daß in 10 Ortschaften die Wählerlisten später, als es § 8 des Wahlgesezes vorschreibt, angelegt waren, — in einigen Orten kaum 14 Tage vor der Wahl. Die Kommission hat beschlossen, die sämtlichen Stimmen, die in diesen 10 Orten abgegeben waren, zu laffieren. Das ist principiell von Bedeutung und praktisch hat es die Wirkung, daß dadurch die Wahl Dröchers überhaupt ungültig wird. Er ist nur mit einem Vorsprung von 28 Stimmen vor dem nationalliberalen Kandidaten (Büsing) in die Stichwahl gelangt. Fehlt ihm die 150 Stimmen in den 10 Orten, wo eine gültige Wahl nicht erfolgt war, so stand er hinter Büsing. Dann kam dieser, wie 1898, mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl, und an seinem Wahlsieg war dann noch weniger zu zweifeln als an dem Dröcherischen.

Ob das heute wieder so sein würde? Ganz gewiß. Und es wäre bei dieser Gelegenheit sogar zu einer neuen Vlamage für die Socialdemokratie gekommen. Die 10350 Stimmen, auf die es ihr Genosse Groth am 16. Juni v. J. gebracht hat, wären bei einer Ersatzwahl in diesen Tagen des nachwirkenden Jungbrunnens jedenfalls stark zusammengegeschmolzen. Der Genosse Schulze wird doch nicht etwa...? Aber nein! Wie darf man dem Volksvertreter Schulze so etwas zutrauen. Behaupten doch die Socialdemokraten von sich selbst, die allein echten und wahrhaftigen Hüter des Ansehens und der Würde des deutschen Reichstages zu sein. Der Skandal muß andre Gründe haben.

Jedenfalls zieht der Abg. Dröcher den Vorteil davon und mit ihm die konservative Partei. Denn wir rechnen sicher damit, daß bei der Ersatzwahl unser früherer Vertreter, Büsing, mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl und dann wieder in den Reichstag kommt.“

Die in diesen Ausführungen gegen den socialdemokratischen Berichterstatter gerichteten Verdächtigungen entbehren jeden Grundes. Richtig ist schon der Abg. Schulze als Berichterstatter ausgeschieden, der erst in letzter Zeit in die Wahlprüfungskommission eingetreten war; Berichterstatter ist der Abg. Geyer. Von einer Verschleppung der Prüfung durch den Berichterstatter kann keine Rede sein; das Referat stand bereits auf mehreren Tagesordnungen der Wahlprüfungskommission, konnte aber wegen anderer voranstehender Wahlen sowie wegen mehrfacher Behinderung des konservativen Korreferenten erst kurz vor den Pfingstferien erstattet werden. Als es erfolgt war, war auch der Bericht nach den Ferien zur Vorlegung für die Kommission fertig. Daß überhaupt die Prüfung nicht früher vorgenommen wurde, beruht auf der Praxis, daß die Prüfung der an die Referenten verteilten Wahlen in der Reihenfolge nach der Verteilung vorgenommen wird. Nur einfache, schnell zu erledigende kleine Sachen werden gelegentlich eingeschoben. Es liegt also keine Verschleppung durch den Berichterstatter vor, auch etwaige mangelnde Arbeitslust kann niemand zum Vorwurf gemacht werden. Die Wahlprüfungskommission hat noch nie so schnell gearbeitet, wie in der jetzt verstrichenen Session. Von 81 vorliegenden Wahlprotesten hat sie beinahe 50 bis jetzt für das Plenum durchgearbeitet. Und aus den Berichten der Kommission, ja schon aus den Mitteilungen der Presse darüber ist zu ersehen, daß die socialdemokratischen Mitglieder der Kommission verhältnismäßig am stärksten bei dieser Arbeit beteiligt waren. Der Vorsitzende der Kommission, Abg. Wellstein, verteilt an die socialdemokratischen Mitglieder mehr Berichte als

dem Grunde, weil die socialdemokratischen Wahlproteste zahlreicher sind, als die andrer Parteien.

Zur Entkräftung der nationalliberalen Vorwürfe und Verdächtigungen ist aber noch folgendes zu bemerken. Als der Bericht nach den Pfingstferien fertiggestellt war, fanden weniger Kommissions-Sitzungen statt, da der Vorsitzende sich an der Ballinschen Nordfahrt beteiligte; außerdem war der Korreferent verhindert, zu erscheinen. In der vorletzten Woche vor der Vertagung versuchten nun gerade nationalliberale Mitglieder der Kommission, den Bericht nach zur Vorlegung zu bringen. Der zweite Vorsitzende der Kommission, der nationalliberale Abg. Vohls, berief zu dem Zwecke eine Sitzung ein, in der aber nur die nationalliberalen und socialdemokratischen Mitglieder anwesend waren; auch der Korreferent glänzte durch Abwesenheit. Der fertige Bericht konnte also wegen Beschlußunfähigkeit nicht gelesen und zum Druck befördert werden, er liegt fertig im Gewahrsam des Reichstages. So liegt die Sache.

Uebrigens — warum informierte sich das Wochenblatt der nationalliberalen Partei nicht zuvor bei den Kommissions-Mitgliedern der eigenen Partei, ehe es den socialdemokratischen Berichterstatter der Verschleppung verdächtigt? Es hätte keine andre Auskunft als die obige erhalten können und seine Anrempelung hätte ihm keine Zurechtweisung eingetragen.

Fast scheint es aber, als ähne sich das Blatt des Herrn Paßig, die Konservativen anzugehen, die doch neben andern Kommissions-Mitgliedern zur Vorlegung des Berichts nicht erschienen. Im „Vorwärts“ ist die Sachlage bereits vor der Vertagung des Reichstages dargelegt worden. Weiß das Blatt auch nicht, daß es sonst Gepflogenheit des betreffenden Abgeordneten ist, das Mandat niederzulegen, wenn die Kommission einstimmig zur Ungültigkeitserklärung kommt? Warum so zärtlich mit den Konservativen? Man rechnet eben jetzt schon auf die Hilfe der Konservativen, falls es bei einer Nachwahl wieder zur Stichwahl käme. Hoffentlich machen unsere Genossen im Schweriner Wahlkreise einen biden Strich durch diese Rechnung. Es wird ihnen nicht so schwer werden, denn die Wahl hätte auch nach den Angaben des Protokolls gegen die Stichwahl annulliert werden müssen, eigentlich war schon im vorigen Jahre unser Genosse Groth der Gewählte.

### Wahlrechtsfrage in Hessen.

Darmstadt, 7. Juli. (Telegramm.) Die Zweite Kammer setzte heute die Beratung der Wahlrechts-Vorlage fort und nahm die meisten Artikel im Sinne der Regierungsvorlage an, darunter auch Artikel sechs betreffend die Kantone (dreijährigen Aufenthalt im Großherzogtum, dreijährige Staatsangehörigkeit), auf deren Aufrechterhaltung die Regierung nach der Erklärung des Staatsministers Dr. Nothe besteht. Die Kammer setzte sich nur bezüglich der Frage der Zusammenfassung der Ersten Kammer in Gegenlag zur Regierung, indem sie die Bestimmung der Regierungsvorlage strich, daß zur Ersten Kammer auch diejenigen Bürgermeister von Städten mit Städte-Ordnung gehören sollen, die der Großherzog für die Dauer des Landtags beruft.

Gegen die Verfassung der Volksschule protestierte in Niederrad-Frankfurt a. M. eine imposante Volksversammlung, in der Genosse Quard referierte.

Der Einführung der Frankfurter Simultanfchulen in dem eingemeindeten Niederrad werden seitens der katholischen Geistlichkeit besondere Schwierigkeiten bereitet, welche durch die „demokratische“ Frankfurter Stadtverwaltung noch insofern gefördert werden, als sie der katholischen Privatschule in Niederrad erhöhte Unterstüzungen zuwendet.

Quard führte unter lebhaftem Beifall aus, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung in der Katholisierung der Schulen das Mittel sehen, um die Massen in Verbindung mit und unter Einwirkung der Kirche zu erhalten.

Das Gesangbuch als Waffe. Einen anmutigen Scherz hat sich in der Herrenhaus-Sitzung vom 1. Juli Herr Graf v. Bieten-Schwerin geleistet, als es sich um die Ueberlassung des Militär-Gesangbuches an die Mannschaften der Landarmee und der Marine handelte, die natürlich in beiden Häusern einstimmig angenommen wurde. Graf Bieten erinnerte sich offenbar daran, daß in der freien Schweiz, wo es ein wirkliches Volk in Waffen giebt, die gebienten Leute ihre gesamte Ausrüstung, Moutur, Waffen und Patronen mit nach Hause nehmen und alle diese Dinge bei den Kontrollversammlungen in ordnungsmäßigem Zustand vorzeigen müssen. Bei uns läßt man den Soldaten nach der Zeit, wo sie der hohen Ehre gewürdigt wurden, des Königs Rock zu tragen“ (Worte des Freiherrn v. Manteuffel in der gleichen Sitzung), nichts von diesen Dingen; jetzt ist man mit dem Gesangbuch vorgegangen; Graf Bieten meinte nun, es sei nötig darauf zu sehen, daß sie es, so lange sie jung und auch vielleicht noch leichtsinnig sind, wirklich in Ordnung und in Ehren halten. Ich glaube, es wäre da vielleicht ganz gut, wenn man das Gesangbuch als eine Art Waffenrüstung bei den Kontrollversammlungen mitbringen ließe.“

Gegen die Politik der schönen Worte hat der Karlsruher Oberbürgermeister Schneyler bei Gelegenheit der Entfällung eines Widmarck-Denkmals geredet. Er meinte:

„Nicht als schauer Ausbundschäfer und gefügiger Volkstredner jeder Bunschebregung ist Widmarck dem alten Feldenkaiser zur Seite gestanden, sondern als der offene Ratgeber, der auch mit der unerwünschten, selbst mit der bitteren Wahrheit nicht zurückhielt, wenn die Treupflicht ihm gebot, sie zu sagen. Leicht und bequeme trägt sich die biegsame Gerte beim Spaziergange auf geebneten Pfaden, aber Halt und Sicherheit bei schwierigeren Aufstiege bietet doch nur der feste, widerstehende Stab. Nichts Besseres also können wir dem deutschen Kaiserthum wünschen, als daß ihm auch in künftigen ersten Zeiten joweihs eine so zuverlässige, wenn auch harrige und rauhe Stütze zur Hand sein möge, wie es Widmarck war. Ein Realist ist er gewesen, aber gewiß nicht im Gegensatz zum Idealen, sondern nur im Gegensatz zu allem hohlen Glanz und Schein, zum Phrasentum und zur pathetischen oder sentimentalen Komödienhaftigkeit. Das möge uns sein Bildnis vom granitenen Sockel herunter lehren, daß wir unsern Sinn dem Kern der Dinge und nicht ihrer Schale zuwenden, daß wir mehr nach dem guten Erfolg als nach dem lauten Beifall streben, und daß eine einzige wadere That tausendmal wertvoller ist als ein ganzes Heer voll schöner Worte. Mut und Kraft haben gesammelt in seiner deutschen Seele. Nun kann ja freilich ein Staatsmann auch vermittels glatter Geschmeidigkeit durch zahlreiche Hindernisse heil und unverfehrt hindurchschlüpfen, aber große Ziele wird er damit allein niemals erreichen, denn die erschließen sich, wie die ganze Geschichte der Menschheit lehrt, doch immer nur dem lähnen Wagemut, sie wollen erkämpft und nicht erschmeichelt sein — und jedenfalls hätte unser Deutsches Reich in der milden Temperatur freundlichen Diplomatenläheln nicht zusammengekommen werden können. Ewig bleibt es wahr, daß man erst selber warm sein muß, um zu erwärmen, daß man erst selber brennen muß, um zünden zu können. Wir aber, die wir an Widmarcks Denkmal vorübergehen, wir sollen beachten, daß, der da oben steht, nicht nur ein Weiser, sondern auch ein Held gewesen ist, und daß er nur „so dem Vaterlande wirken konnte, was er gewirkt hat.“

Der Karlsruher Oberbürgermeister scheint über den „großen Vorgänger“ des Grafen Bieten nur deshalb so ausnehmend begeistert zu sein, um dem Nachfolger einige Unannehmlichkeiten andeuten zu können. Freilich auch dieser sentimentale Weßegsang besteht nur aus — schönen Worten.

Von „Schimpffreiheit der katholischen Kirche gegenüber“ spricht die „Germania“, weil der evangelische Pfarrer a. D. Schwarz, der zum zweitenmal auf Grund des § 166 angeklagt worden ist, in Karlsruhe wiederum, wie schon in Mannheim, von den Geschwornen freigesprochen worden ist. Die „Germania“ legt aus diesem Grunde

„Vollstreckung“ in Gänze, offenbar um anzudeuten, daß sie gelehrt Rechtsgewalt der Laiengerichte vorzieht.  
Der § 100 ist an sich ein Ueberbleibsel der Scheiterhaufenjustiz. Es ist ebenso absurd, die Kritik einer religiös-kirchlichen Einrichtung unter Strafe zu stellen, wie etwa die Angriffe auf den Atheismus. Die ganze Intoleranz des Merkantilismus, der doch in Deutschland „Toleranzanträge“ fabriziert, zeigt sich aber in der That, daß ein Kritiker der römischen Kirche nicht gefängelt wird. Niemand übt in höherer Weise die „Schimpffreiheit“ gegenüber allen andern Ueberzeugungen als eine gewisse Centralpresse. Man will eben nur allein schimpfen dürfen auf Protestantismus, Atheismus, Socialismus, selber aber unverletzlich sein. Diese Empfindlichkeit der katholischen Presse ist aber auch ein Zeichen der Schwäche. Wer sich stark fühlt, ruft nicht nach dem Strafhammer, um die Kritik abzuwehren. Am allerwenigsten aber ist dazu berechtigt, wer selber im Schimpfen eine unerreichte Meisterchaft betätigt. —

#### Der „Simplicissimus“ in Hannover.

Wir berichteten gestern von der Beurteilung des Redakteurs unseres Parteiorgans in Königsberg, der eine satirische Erzählung des „Simplicissimus“ von Thoma veröffentlicht hatte. Die Richter in Königsberg erachteten, daß durch die Wiedergabe der Erzählung die Königsberger Polizei beleidigt sei.

Wegen derselben Satire stand fast um dieselbe Zeit der Redakteur Westmeyer vom „Volkswille“ vor der Strafkammer in Hannover. Unser Parteiorgan berichtet darüber: Merkwürdigerweise war der Polizeipräsident von Königsberg — wir wissen nicht genau, auf welchem Wege — zu der Ueberzeugung gelangt, die Dichtung enthalte eine Beleidigung eines ungenannten Königsberger Schutzmannes. Er hat der Staatsanwaltschaft den anscheinend erbetenen Strafantrag gegen den „Volkswille“ zumommen lassen. In der Sitzung der Strafkammer III des Landgerichts hatte sich Genosse Westmeyer wegen „Beleidigung“ zu verantworten. Der Verteidiger, Herr Justizrat Lenzberg, führte in wirksamer Rede aus, von einer Beleidigung der Königsberger Polizei könne keine Rede sein. Das Recht, einer Dichtung, die hier unzweifelhaft vorliege, eine Lokalfärbung zu geben, müsse dem Dichter zugeteilt werden. Wohin solle es übrigens führen, wenn z. B. der „Bladderadatsch“ für irgend einen satirischen Bericht den Wahrheitsbeweis erbringen sollte. Sehr gerührt habe er sich deshalb über die Nachforschungen, die die Königsberger Polizei nach dem nur in der Phantasie gedachten „Studenten Stepanoff“ der Dichtung angestellt habe. Uebrigens sei die Königsberger Polizei in der Erzählung überhaupt nicht genannt. Es sei nur von einem preussischen Beamten, der bei der Auslieferung an Rußland hilfreiche Hand leiste, die Rede. Das Gericht hob hervor, daß der Artikel zweifellos beleidigenden Inhalts sei. Es lasse sich aber nicht mit Sicherheit feststellen, welche Personen beleidigt seien, es könne ebensogut der Reichsanwalt als der Beleidigte gelten. Da aber nur das Polizeipräsidium Königsberg Strafantrag gestellt habe, so sei der Angeklagte freizusprechen. —

#### Landesverratsprozeß.

Leipzig, 7. Juli. Das heute vormittag gegen Dabot gesprochene Urteil lautet auf drei Jahre Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe oder weitere 100 Tage Zuchthaus, fünf Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht. Das Urteil stütze sich, wie der Vorsitzende in der Begründung hervorhob, auf Indizienbeweise. Als solche gelten, daß sich Dabot in den Räumen der Forts von Diederhofen aufhielt, wo er nichts zu suchen hatte; daß er sich höchst verdächtig darin benahm und sich nur widerwillig auf vieles Drängen der Arbeiter daraus entfernte; ferner die Photographie-Aufnahmen, die für ihn gar kein Interesse haben konnten, hingegen für den Feind, der in Besitz der Kenntnisse über die an den Forts vorgenommenen baulichen Veränderungen kam. Weiter wurden die erheblichen Geldsummen, über die er keine genügende Auskunft geben konnte, und die Quittungen aus Frankreich als belastend angesehen.

Das Reichsgericht erkannte im objektiven Strafverfahren auf Unbrauchbarmachung sämtlicher Exemplare, Formen und Platten der Schrift, die zum 40. Jahrestage des polnischen Aufstandes 1863 vom Komitee des polnischen Nationalkongresses herausgegeben wurde, weil der Inhalt dieses Buches ein hochverräterischer sei. —

#### Ausland.

##### Zur Lage in den Balkanländern.

Belgrad, 4. Juli. (Fig. Ver.) Die auswärtige Politik der Balkanländer steht im Zeichen der Umgestaltung. So glaubt man wenigstens in Belgrad und in Sofia. Seit längerer Zeit schon beschäftigt sich die serbische und die bulgarische Presse mit der Frage der Konföderation der Balkanländer, d. h. Serbien, Bulgarien und Montenegro. Ohne Unterschied der parteipolitischen Stellung erklärten sich die Blätter für die Idee der Konföderation und machen dafür eine höchst orientalische Melange mit viel Uebertreibung und Leidenschaft. Aus den öffentlichen Mitteln wurden Reisen aus Belgrad nach Sofia und aus Sofia nach Belgrad veranstaltet. Es wurde gesprochen, gegungen und getrunken, alles zum Heil der Konföderation.

Für das europäische Publikum ist die Thatsache vom höchsten Interesse, daß diese Idee, wenn auch nicht in Petersburg geboren, doch jetzt von dort kam. In den Krieg in Oslawien verwickelt, fühlt sich Rußland nicht im Stande, die türkische Frage günstig zu behandeln. Für Rußland ist jetzt infolge der äußeren Gestaltungen die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Staates in der Balkanfrage geboten. Da aber Italien und besonders Oesterreich-Ungarn sehr geneigt scheinen, die jegliche unglückliche Lage Rußlands im eignen Interesse auszunutzen zu wollen, sieht sich die russische Diplomatie veranlaßt, seine balkanländischen Marionetten in Bewegung zu setzen. Die Haltung österreichisch-ungarischer Agenten in der Türkei sowie die Votierung der 400 Millionen für österreichisch-ungarische Neuerrichtungen haben der russischen Diplomatie bewiesen, wie brüchig die russisch-österreichische Abmachung von 1867 ist. Wien, so befürchtet man, sei gern bereit, die Albanien und Altserben ohne Rußland zu „pacifizieren“.

Es ist schon lange die Zeit vorüber, wo die russische Diplomatie die „mörderische Hosiologie“ in Belgrad verhönte. Die erste Begegnung des Königs von Serbien mit dem Fürsten von Bulgarien in Niksch ist auf Anweisung der russischen Diplomatie geschehen. Und in derselben Zeit, als sich die Häupter der beiden Länder in Belgrad begegneten, reiste der Specialgesandte des Königs Peter, Kabinettschef Dr. Renadowitsch, nach Cetinje, wo er dem montenegrinischen Fürsten Nikolaus den Orden des Sternes der Karageorgewitsch feierlich überreichte. Damit wurde auch Montenegro in die russische Konföderation eingezogen, was dem Fürsten Nikita bessere Geschenke aus Rußland bringen wird, als bis jetzt.

Während so die balkanländische Konföderation in Belgrad, Sofia und Cetinje offiziell angestrebt wird, schlagen sich die macedonischen Bulgaren und Serben weiter unter einander, verwüsten Dörfer, und die Ministerien aus Sofia und Belgrad schicken weiter große Summen Geld, um diesen mörderischen Bruderkampf zu nähren. Das ist die eigentümliche Logik dieser Konföderation!

Zu dieser Darstellung unseres Korrespondenten sind die heutigen Depeschen aus Sofia und Konstantinopel zu beachten:

Sofia, 7. Juli. (Meldung des Wiener A. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Ministerpräsident Petrow erklärt alle in der letzten Zeit verbreiteten Gerüchte und Kombinationen über einen sogenannten Balkan-Dreibund für haltlos. Bulgariens Beziehungen zu Serbien beruhen auf rein wirtschaftlicher Basis, zu einer politischen Annäherung sei noch ein weiter Schritt. Die Kombination einer Annäherung an Montenegro wäre aber weder in wirtschaftlicher noch in politischer Beziehung gerechtfertigt. Ueber das Resultat des serbisch-bulgarischen Abkommens bemerkt der Ministerpräsident, das selbe erfahre seitens der oppositionellen bulgarischen und auswärtigen Presse ungerechtfertigt eine Herabsetzung. Wenn auch das bisher

von der Türkei erreichte den Erwartungen nicht vollauf entspreche, so wäre doch nicht zu leugnen, daß der Hauptzweck nach Erfriedliches erreicht sei. Es sei eine Sache der Großmächte, in Durchführung des Märzsteiger Reformprogramms der macedonischen Bevölkerung weitere Erleichterungen und einen größeren Schutz zu verschaffen. Hierzu werde es allerdings größeren Nachdrucks und einer Vergrößerung des Reformapparates bedürfen, wenn die Wirkung heilsam sein solle.

Konstantinopel, 6. Juli. (Meldung des Wiener A. A. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In jüngster Zeit machen sich in Mazedonien nationale Gegensätze zwischen Bulgarien und Serbien geltend. Bei Kischewo, im Bezirk Monastir, dem Hauptcentrum der serbisch-macedonischen Propaganda, hat ein Kampf zwischen einer serbischen Bande unter dem Wojwooden Wido und einer bulgarischen Bande unter Wanschewo stattgefunden. —

#### Oesterreich-Ungarn.

Aus Innsbruck wird von Studentenkrawallen gemeldet: Anlässlich der Prüfung zweier italienischer Rechtslehrer riefen am Mittwoch italienische Studenten lärmende Kundgebungen hervor, weil auch deutsche Prüfungskommissare anwesend waren, riefen „Abzug!“ und warfen Bänke um. Die Rebellen stellten die Ruhe wieder her; dann erst konnte die Prüfung vorgenommen werden. Später hielten die Italiener im Weißen Kreuz eine Versammlung ab. Dort erschienen Hunderte von Deutschen, die Gegendemonstrationen veranstalteten. Die Italiener, von der Wache in Schutz genommen, zogen zum Café Central; die Deutschen pfliffen und jagten „Die Wacht am Rhein“. Das Café wurde förmlich belagert. Mehrfache Sturmangriffe erfolgten. Man wurde mit der Polizei handgemein. Es wurden auch Steine geworfen und sodann mehrere Verhaftungen vorgenommen. Abgeordneter Dr. Picalli erhielt eine Kopfwunde. Die Deutschen zogen dann vor das Rathaus und forderten die Freigabe der Verhafteten. Nach Zuführung der Freigabe zog man vor den Klingergarten in Wilten, wo neuerdings Demonstrationen stattfanden, da dorthin Italiener geschickt waren. In der Nacht dauerten die Kundgebungen fort, die Straßen waren von Tausenden belebt. —

#### Frankreich.

Paris, 7. Juli. (Deputiertenkammer.) Breton (Soc.) beantragt, die Uebungszeit der Reservisten von jetzt ab auf 14 Tage zu beschränken und die Uebungszeit für die Angehörigen der Territorialarmee aufzuheben. Breton verlangt für die Beratung seines Antrages die Dringlichkeit. Kriegsminister André bekämpft diese Forderung. Die Dringlichkeit wird trotzdem mit 366 gegen 199 Stimmen angenommen. Breton beantragt darauf die sofortige Besprechung seines Antrages. Die Kammer beschließt demgemäß. Der Kriegsminister bittet nunmehr, den Antrag Breton abzulehnen, der aber trotz des Widerspruches des Ministers mit 352 gegen 183 Stimmen angenommen wird.

Contant (Soc.) beantragt, daß den Soldaten das Waffentragen außer Dienst verboten werde. Kriegsminister André bekämpft diesen Antrag und stellt dabei die Vertrauensfrage. Der Antrag Contant wird mit 478 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Paris, 7. Juli. Die Deputiertenkammer nahm in der Vormittagsitzung den Gesetzentwurf betreffend die Ueberwachung der Lebensversicherungs-Gesellschaften in seiner Gesamtheit einstimmig an. —

#### Italien.

Rom, 5. Juli. (Fig. Ver.) Neuer Wahlsieg der Socialisten. So trübe die Zeiten auch für den italienischen Socialismus sind, so sind sie doch nicht so arm an Wahlerfolgen, als man nach den Zwistigkeiten in der Partei annehmen sollte. In Macerata (Umbrien) ist am 3. d. M. der socialistische Kandidat Antolisci mit 1723 Stimmen gegen 1329, die der Regierungskandidat erhielt, gewählt worden. Von 5042 Wahlberechtigten stimmten 3191. Der Wahlerfolg galt seit längerer Zeit als der Partei sicher. Der bisherige Vertreter, der Rabbiale Pantaleoni, Professor der Volkswirtschaft an der Universität Rom, war notorischerweise mit socialistischen Stimmen gewöhlt. Er legte sein Mandat nieder wegen mehrerer schwerer Unglücksfälle, die seine Familie betroffen haben. Die socialistische Parlamentsfraktion beläuft sich somit auf 31 Abgeordnete, da im Frühjahr ein Mandat (Livorno I) verloren ging. —

Ein glänzendes Vertrauensvotum haben die städtischen Wähler von San Remo am letzten Sonntag ihrer socialistischen Stadtverwaltung gegeben. Bei der Erstwahl einer Hälfte des Stadtverordnetenkollegiums brachten die Socialisten nicht nur die ganze Majoritätstheile durch, sondern sie eroberten auch die ganze Minorität. Bekanntlich wählten sich in Italien die kommunalen Wahlen so, daß jeder Wähler nur vier Pfänstel der zu wählenden Stadtverordneten auf seine Liste schreiben darf. So bliebt auf alle Fälle das fünfte Pfänstel der unterliegenden Partei. In San Remo hat sich nun ein durchaus einziger Fall ereignet: der socialistische Wahlkörper ist dort so stark, daß er einen Teil seiner Stimmen seiner eignen Majoritätsliste entziehen konnte, um sie auf eine socialistische Minoritätsliste überzutragen.

Die Stadtverwaltung von San Remo fiel zum erstenmal 1895 den Socialisten zu. Auf Grund des ersten Rai-Manifestes im Jahre 1898 wurde die Verwaltung aufgelöst, bei den Neuwahlen erlagen die Socialisten, um 1900 wieder das Ruder in die Hand zu nehmen. Bürgermeister ist Genosse Augusto Rombellio.

#### England.

London, 7. Juli. Bei der heutigen Parlaments-Erhwahl in Eghertsen (Wessex, Surrey) wurde Lord Bingham (L) mit 5425 Stimmen an Stelle des bisherigen konservativen Mitgliedes Tyler gewählt. Der liberale Gegenkandidat Sadley erhielt 4376 Stimmen. Bei der Wahl war die Frage der Beschäftigung von chinesischen Arbeitern in Transvaal, die von den Liberalen belampt wurde, ausschlaggebend. Tyler war seiner Zeit mit einer Majorität von 1171 Stimmen gewählt worden.

Auf einem am Mittwoch von Mitgliedern der Regierungspartei veranstalteten Diner erklärte Premierminister Balfour, die Regierung beabsichtige durchaus nicht ihre Entlassung zu geben. Inbes sei der Mangel an Loyalität seitens einiger Mitglieder der Unionisten gefährlicher wie die Ergebnisse der letzten Erhwahlen, die hauptsächlich durch falsche Ausstellungen über chinesische Arbeiter in Transvaal herbeigeführt worden seien. Sollte aber die Partei meinen, daß das allgemeine Interesse darunter leide, wenn die Regierung am Ruder bliebe, so würde dieselbe sofort ihre Entlassung einreichen. —

London, 7. Juli. Die Regierung hat endgültig beschlossen, das Fremdenrecht für diese Session des Parlaments fallen zu lassen. —

#### Asien.

Changhae, 7. Juli. Bei der gestern erfolgten Erstärkung des tibetianischen Forts erlitten die Engländer folgende Verluste: 1 Offizier und 3 Mann tot, 4 Offiziere und 23 Mann verwundet. —

#### Afrika.

Aus Aden wird der Londoner „Daily Mail“ gemeldet: Die Streitkräfte des Mullah griffen in Solbe der Engländer stehende Somali-Kundschaster und den Engländern freundliche Eingeborene in der Nähe von Eldap an, raubten 1000 Schafe, 50 Kamele und zogen sich dann zurück. —

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

##### Kämpfe bei Raiping.

Petersburg, 7. Juli. Der Korrespondent der „Wirkelwja Wjedomosti“ telegraphiert aus Tschitschiao vom 6. Juli: Gestern fand hier ein heißes Gefecht statt, in dem sich die Abteilung des Generals Samsonow auszeichnete. Sie zwang den

Feind durch einen verwegenen Angriff zum Rückzuge nach Sentutschien. Die Kosaken warfen die feindlichen Vorposten zurück. Eine Batterie der Transbaikalossen richtete unter den Japanern Verheerungen an. Beim Heranziehen beträchtlicher Verstärkungen des Feindes mußte sich unsere Abteilung zurückziehen. Die genaue Stellung unserer Truppen ist folgende: Raiping ist von der Abteilung des Generals Samsonow besetzt; im Südosten von Raiping befindet sich die Abteilung des Generals Tschirikow, östlich davon stehen die Kosaken unter General Wischitschenko. Was die Verteilung der japanischen Truppen angeht, so befindet sich deren Hauptmacht in Suian und vor Raiping. Wohin sich der Angriff des Feindes richten wird, ist schwer zu sagen, vermutlich dürfte er auf der Linie Suian-Tschitschiao erfolgen. Die Japaner übersehen die russischen Abteilungen mit Bekannmachungen, in denen sie den russischen Soldaten, die sich gefangen geben, große Vorteile versprechen.

London, 7. Juli. („Bureau Vassan.“) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ teilt aus Liaopang, daß circa 25 Meilen von dort eine Schlacht im Gange sei. Fortwährend kommen aus den Gebirgen Verwundete an. Allem Anschein nach handelt es sich um ein großes Treffen, da der Kampf schon zwei Tage andauert. Der Berichterstatter glaubt, daß die Japaner ihren Marsch auf Mukden fortsetzen, um daselbe abzuschnelden.

#### Ein japanischer Kreuzer gesunken.

Tokio, 7. Juli. (Meldung des „Reuterischen Bureaus.“) Der japanische Kreuzer „Naimon“ stieß bei Takientwan auf eine Mine und sank.

#### Die japanischen Socialisten und der Krieg.

Der russisch-japanische Krieg wird im „Socialist“, dem Organ der japanischen Socialisten, besprochen. Es wird festgestellt, daß der größte Teil der japanischen Bevölkerung über die Siege jubelt, ohne die Folgen des Krieges zu bedenken. Diese würden auf jeden Fall, gleichgültig, wer als endgültiger Sieger aus dem Kampfe hervorgehe, für das Volk große Nachteile bringen. Schon jetzt seien allein in Osaka, dem Centrum der Spinnerei-Industrie, Zehntausende von Arbeitern beschäftigungslos. Auch durch die Monopolisierung der Tabak-Industrie durch den Staat seien etwa 12 000 Arbeiter, zumeist Mädchen und Frauen arbeitslos geworden. Auf der andern Seite wird anerkannt, daß die Regierung, wenn nur der Krieg schon unvermeidlich war, alles gethan habe, um die Kosten möglichst zu verringern. Bei den früheren Kriegen, so bei der Formosa-Expedition im Jahre 1874, ebenfalls bei der Satsuma-Rebellion im Jahre 1887 und vor allem bei dem China-japanischen Kriege im Jahre 1894, hätten die Kapitalisten ungeheure Vermögen, und zwar durch allerhand unlaute Mittel eingeheimst. Dieser Plünderung an Staatsmitteln sei diesmal vorgebeugt, die Kriegsmaterialien kosteten diesmal kaum ein Drittel der früheren Summen. Trotzdem, so schließt das Organ seine Betrachtung, sei ein baldiges Ende des Krieges zu wünschen, denn hohe Kriegskosten, Anziehung der Steuerstränge, das würden auf jeden Fall die Folgen des Krieges sein. Zu der Guts- und Blutssteuer aber trägt die arbeitende Bevölkerung den Hauptanteil bei.

#### Partei-Nachrichten.

Eine reiche Belästigung fand im Monat Juni das Strafcontto der Genossen. Insgesamt wurde erlani auf acht Jahre fünf Monate und drei Tage Gefängnis sowie 4738 M. Geldstrafe.

Engels „Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ erscheint gegenwärtig in nordwegischer Sprache als „Social-Demokraten“ Revue. In seinem Vorwort bemerkt der Uebersetzer: „Die Bedeutung dieses kleinen Buches für das richtige Verständnis des Socialismus ist sehr groß. Und wenn die Socialdemokratie hier in Nordwegen endlich zur Lösung der praktischen Aufgaben übergeht, ist es sehr wichtig, daß man so viel wie möglich aus den Quellenschriften des unermüdeten Socialismus schöpft. Es darf nicht vergessen werden, daß eine Partei, die eine Zukunft haben will, nicht blindlings zu Werken gehen kann, ohne theoretische Grundlage; es muß ein für allemal festgestellt werden, daß wenn diese Grundlage nicht socialistisch ist, sie rein bürgerlich oder eine Pflanzmaschgrundlage ist.“ — Bei Ausarbeitung der Uebersetzung wurden die vergessenen dänische Uebersetzung von 1885 sowie Prantings Schwedische vom Jahre 1902 als Hilfsmittel benutz.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Die diesjährige Kreislonferenz tritt Sonntag, den 7. August, mittags 12 Uhr, in Schwedt a. O. im Gasthof zum deutschen Hause zusammen. Anträge zur Tagesordnung sind bis zum 31. d. M. an den Unterzeichneten in Schwedt a. O., Bierradenerstr. 140, einzufenden.

Der Vertrauensmann, Robert Günterberg.

#### Aus Industrie und Handel.

Aus der Erntewirtschaft Amerikas. Wie aus Amerika berichtet wird, ist dort ein Plan im Gange, sämtliche Gold-, Silber- und Kupferbergwerke unter ein großes Syndikat zu bringen. Bis zum 1. Januar 1905 sollen alle Vorbereitungen beendet sein. John u. Rockefeller steht an der Spitze des Unternehmens, dem ein Kapital von 2 500 000 000 Dollar zur Verfügung steht.

Die mexikanische Regierung hat einem Syndikat von amerikanischen und mexikanischen Kapitalisten alle Rechte auf die Schwefelager des Berges Popocatepete für die Summe von 500 000 Dollar übertragen. Nach einem Bericht der Regierung Mexicos sollen 148 000 000 Tonnen Schwefel in dem Krater jenes Berges liegen.

#### Soziales.

Dr. Munter und die „soziale Fürsorge“. Wie wir in unserer Mittwochsknummer mitteilten, entrüstete sich Herr Dr. Munter in der „Medizinischen Reform“ höchlichst darüber, daß der „Vorwärts“ in dem Angebot der Freigewählten an die Allgemeine Orts-Krankenkasse einen tatsächlichen Schachzug gewittert hatte, statt löbliche und laute „socialpolitische Erwägungen“ als Motiv zu vermuten. Daß Herr Dr. Munter selbst nur zu leicht geneigt ist, eignen Standeskollegen gegenüber das Vorhandensein solcher Motive ihrer Handlungsweise in der verletzenden Weise anzuzweifeln, sofern sie einer andern Richtung angehören, beweist folgender Vorfall.

Die Leipziger Distriktsärzte hatten einen im „Arztlichen Korrespondenzblatt“ gegen sie erfolgten Angriff mit einer Erklärung beantwortet, in der es hieß, daß ihr Verhalten keineswegs durch materielle Beweggründe diktiert sei. Der hauptsächlichste Beweggrund für sie habe jederzeit in ihrer festen Ueberzeugung bestanden, daß die freie Arztwahl ein durchaus verwerfliches System sei und sowohl im Interesse des ärztlichen Standes als auch der socialen Fürsorge bekämpft zu werden verdiene.

„Wir alle sind durch unsere Erfahrungen zu der Erkenntnis gekommen, daß die freie Arztwahl den Arzt unfrei macht gegenüber den Rassenmitgliedern, daß sie ferner ein verstedtes, aber um so unwürdigeres Konkurrenzgebaren unter den Kollegen großzieht und daß sie die Krankentassen durch ungeheure Verteuerung des Betriebes in der Erfüllung ihrer socialen Aufgaben beeinträchtigt.“

Herr Dr. Munter verhönte darauf in der „Med. Ref.“ diese Erklärung. Die betreffenden Ärzte hätten eine Proklamation zu erlassen, die ungläubliche — Kühnheit gehabt, in der sie als laute und edle Beweggründe für ihre Handlungsweise ihre Ueberzeugung hinstellen, daß die freie Arztwahl ein durchaus verwerfliches System ist.“

Die sollten meinen, wer es bei andern als „Kühnheit“ bewertet, für sein Verhalten sachliche Motive geltend zu machen, der sollte selbst mit Ausdrücken sittlicher Enttötung etwas sparsamer umgehen, wenn ein Dritter sich einmal gestattet, an dem ausschweifenden Altruismus der Minterschen Richtung zu zweifeln.

Im Laufe des Arbeitsverhältnisses veränderte Vertragsbedingung. Der Bauhändler K. verlangte durch Klage beim Gewerbegericht von der Firma Kummerow u. Kallig eine Lohnschädigung von 55 Mark. Er behauptete, zu Unrecht ohne Innehaltung der gesetzlichen vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen zu sein. Dem gegenüber wurde Kündigungsaußschluß eingewandt. In der Beziehung stellte die Kammer 5 des Gewerbegerichts folgendes fest. Wenn Antritt des Arbeitsverhältnisses wurde über die Kündigungsfrist überhaupt nicht gesprochen. Nach etwa drei Wochen sagte ihm anlässlich einer Unterhaltung der Meister, daß „keine Kündigung sei“ und daß K. dies auch noch unterschreiben müsse. K. verzweigte die Unterschrift. Der Meister erklärte dann noch einmal, Kündigung gebe es nicht. K. arbeitete ruhig weiter, bis er entlassen wurde. Seit jenem Zwischenfall waren am Entlassungstage mehr als zwei Wochen verfloßen.

Die Kammer 5 unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Doktor Böbling wies auf Grund dieser Feststellungen die Klage ab. Der Gerichtshof ging von folgenden Erwägungen aus: Da bei Beginn des Arbeitsverhältnisses eine Kündigungsabrede nicht getroffen worden sei, so habe dem Kläger zunächst die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist zuzustehen, und eine Aenderung darin, etwa der Kündigungsaußschluß, hätte nur erst nach Ablauf von vierzehn Tagen in Kraft treten können. Nun sei hier dem Kläger im Laufe des Arbeitsverhältnisses vom Meister gesagt worden, die Kündigung sei ausgeschlossen, und der Meister sei bei diesem seinen Willen geblieben, als Kläger nicht die neue Bedingung unterschreiben wollte. Unstreitig habe hiernach Kläger nicht nur bloß 14 Tage, sondern noch länger bei der Firma weiter gearbeitet. Daraus ergebe sich ein stillschweigendes Einverständnis damit, daß nach Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist die neue Arbeitsbedingung des Kündigungsaußschlusses in Kraft trete. Kläger habe darum von diesem Zeitpunkt ab ohne vorherige Kündigung entlassen werden können und müsse mit seiner Klage abgewiesen werden.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Feuertgewerbe in der Schweiz. Im Kanton Basel-Stadt ist auf Verlangen der Gehilfen und Meister des Feuertgewerbes vom Großen Rat die Arbeitszeit durch ein Gesetz geregelt worden, und zwar wie folgt: Schluß des Geschäftes am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag je abends 8 Uhr, am Mittwoch 9 1/2 Uhr, am Samstag um 11 Uhr, an Sonn- und Feiertagen vormittags 11 Uhr, anherdem jede Woche ein halber Tag frei. Das sind natürlich Maximalarbeitszeiten, ein früherer Geschäftsschluß ist den Beteiligten freigestellt.

## Gewerkchaftliches.

Im Unterlegen groß.

Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ schreibt in seiner neuesten Nummer:

„Im Unterlegen seid ihr groß! Die in Nr. 71 zur Illustration des Fortschrittes der Tarifgemeinschaft gedruckte Notiz hat wider alles Erwarten großes Mißfallen an zwei Stellen erregt. Wir forderten in zitiertem Nummer bekanntlich die Kollegentreue auf, uns jene Zeitungen und Gewerkschaftsblätter bekannt zu geben, welche noch immer in Richtsrichtung derer hergestellt werden. Der Berliner „Vorwärts“ eröffnete in seiner Nr. 147 bereits die Möglichkeit, als hätten wir bei den in Betracht kommenden Zeitungen auch sozialdemokratische Wähler im Auge. Eine solche Annahme ist aber von vornherein hinfällig durch die Beschlüsse der Konferenz der sozialdemokratischen Verleger, welche wir in Nr. 36 dieses Jahres ebenso eingehend wie anerkennend besprochen. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission glaubte den Kohl aber etwas fetter machen zu müssen. In seiner neuesten Nummer werden nämlich nicht etwa die Erfolge unserer Tarifgemeinschaft nach Gebühr gewürdigt — nicht ein Sternchen wird in dieser Beziehung verloren! — sondern wüchtige Keulenschläge saufen auf den „Corr.“ hernieder, weil derselbe mit seinem Aufsatz nach Ansicht des „Korrespondenzblattes“ auch die freien Gewerkschaften getroffen hat.“

Der „Correspondent“ verwahrt sich dann entschieden dagegen, gegen die freien Gewerkschaften eine solche öffentliche Verdächtigung ausgesprochen zu haben und schließt:

„Es würde uns aber sehr freuen, wenn das „Korrespondenzblatt“ die Ausbreitung unserer Tarifgemeinschaft einmal eingehender behandeln würde, als im Vereine mit dem „Vorwärts“ sich in Unterlegungen gegen uns zu üben.“

Wir verwahren uns dagegen, Unterlegungen gemacht zu haben. Der „Correspondent“ hatte ganz allgemein von parteipolitischen Wählern gesprochen, in denen warm für das Volks- und Arbeiterwohl theoretisiert wird und die dennoch den Tarif nicht bezogeln. Wir haben mit keinem Wort irgend etwas untergelegt; wir haben lediglich — um allen Unterlegungen vorzubeugen — pflichtgemäß als Centralorgan der Partei konstatiert, daß unsere Parteipresse ein solcher Vorwurf nicht treffe. — Daß jetzt der „Correspondent“ das ebenfalls ausdrücklich feststellt, wollen wir gern anerkennen. —

Besser aber hätte nach unserer Ansicht die Redaktion des „Correspondent“ gethan, sich nicht nachträglich in der Rolle der gekränkten Leberwurst zu fühlen, sondern einfach zu konstatieren, daß es ihr fern lag, in ihre allgemein gehaltenen Vorwürfe die Presse der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften einzuschließen. Das Zugeständnis einer kleinen Unüberlegtheit hätte den ganzen Konflikt beigelegt.

Wenn sich die Redaktion des „Correspondent“ dazu nicht bequemen kann, dann muß ihr freilich ausdrücklich gesagt werden, daß sie die Pflicht hat sich so auszudrücken, daß böswillige Unterleger aus gegnerischem Lager nicht Artikel des „Correspondent“ gegen die Presse auszudeuten vermögen, welche der Buchdruckerbewegung, als einem Teile der großen Arbeiterbewegung, wohl will!

### Berlin und Umgegend.

Eine Branchenversammlung der Bauhändler, die gestern Abend im Gewerkschaftshaus stattfand, beriet über die Einführung des Reittarifs. Wie der Obmann der Branche berichtete, sind in einer großen Anzahl von Werkstätten Reittarife durchgesetzt worden, wenn auch nicht überall der von der Organisation herausgegebene gedruckte Tarif. Ein Teil der Werkstätten hat jedoch noch keine Reittarife. Die Versammlung sah den Beschluß, daß die Kollegen in allen Werkstätten, wo der gedruckte Reittarif noch nicht eingeführt ist, verpflichtet sind, für dessen Einführung so schnell wie möglich zu sorgen.

Zum Steinsegerstreik ist zu berichten, daß der Gesellenaußschuß sich gestern bei dem Innungspräsidenten des ihm in der Versammlung am Mittwoch erteilten Auftrages zu entledigen suchte. Der Gesellenaußschuß hat dabei den Eindruck gewonnen, als hätten es diese Herren mit dem dem Bürgermeister Reichs gegebenen Versprechen nicht sonderlich eilig. Man scheint sich desselben in rein formaler Weise entledigen zu wollen. Während nach dem Innungsstatut der Gesellenaußschuß das Recht hat, ohne weiteres eine gemeinsame Sitzung zu beantragen, erklärte der Obermeister Delloß, daß er den Antrag erst einer heute nachmittags stattfindenden Innungsversammlung unterbreiten wolle. Im Interesse der Sache haben die Arbeitervertreter sich bereit erklärt, sich für diese Versammlung zur Verfügung zu stellen, damit diese eventuell sogleich in die materielle Beratung eintreten kann.

Es ist übrigens eine ganz besondere Art von Kaltgefühl, welches diese Innungsmeister an den Tag legen. Wie schon gestern mitgeteilt, ignorieren dieselben das Einigungsamt des Gewerbegerichts, also eine Einrichtung des Berliner Magistrats, aus principielle Gründe: Sie wollen damit das Einigungsamt des Innungsschiedsgerichts durchsetzen. Das hindert die Herren aber nicht, die moralische Unterstützung des Berliner Magistrats zur Unterdrückung der ausständigen Arbeiter anzurufen. Hätte der Bürgermeister Reichs den Ausständigen nicht direkt geraten, daß sie erst alle Mittel der gütlichen Verständigung erschöpfen sollen, dann hätte die Streikleitung der Arbeiter den Vorschlag, ein frei konstituiertes Einigungsamt eventuell anzuerkennen, nicht gemacht.

Wir fragen nun noch einmal: Was wird unser Magistrat, was werden die übrigen in Mitleidenschaft gezogenen Behörden thun, wenn die Innungsmeister auch jetzt noch auf das weitgehende Entgegenkommen der Arbeiter nicht reagieren? Wollen sich diese Behörden auch dann noch immer von den Steinsegermeistern auf der Nase spielen lassen oder wird man endlich zu entscheidenden Maßnahmen greifen, um die von Tag zu Tag fähbarer werdende Salomität des Steinsegerstreiks auf andre Weise aus der Welt zu schaffen! Wie das mit leichter Mühe, ohne materielle Opfer für die Kommune, geschehen kann, darauf haben wir bereits mehrfach hingewiesen.

Die übrigens die Steinsegermeister selber den Akt absägen, auf dem sie sitzen, dafür hat sich gerade in den letzten Tagen in der Panlauer Gemeindevertretung ein klassisches Beispiel zugetragen. Es handelte sich um die Pflasterung der Wollankstraße daselbst. Der Sprecher der Pflasterkommission beantragte unter ausdrücklichem Hinweis auf den Steinsegerstreik, dieselbe mit Asphaltpflaster belegen zu lassen, was denn auch mit 14 gegen 10 Stimmen beschloffen wurde. Es handelt sich hier um ein Stück Arbeit von mindestens 9000 Quadratmeter. Ein guter Happen, den so die Asphaltgesellschaften schluden. Und höchstwahrscheinlich wird nun im nächsten Jahre der zweite Teil auch asphaltiert, während es ohne den von den Steinsegermeistern provozierten Zustand so gut wie beschlossene Sache war, daß die Straße Weihenpflaster erhalten sollte. — Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

### Achtung, Holzbildhauer!

Die Versammlung vom 4. Juli hat folgenden Vertrag ihre Zustimmung gegeben, der zwischen der Lohnkommission der Holzbildhauer-Gehilfen einerseits und der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, der Tischlerinnung zu Berlin, sowie dem Verein selbständiger Bildhauer Berlins andererseits vereinbart wurde:

1. In allen Holzbildhauer-Werkstätten Berlins, sowie in denjenigen Tischlerei-Betrieben, in welchen bis zum 1. Juli 1904 Lohnforderungen gestellt waren, tritt sofort eine Lohnerhöhung von 5 Proz. ein.

2. In allen übrigen Tischlerei-Betrieben soll diese Lohnerhöhung spätestens am 15. September 1904 eintreten.

3. Diese Abmachungen gelten bis zum 1. Oktober 1905 und bleiben für ein weiteres Jahr bestehen, sofern der Vertrag nicht von einer Seite der Vertragsschließenden drei Monate vor Ablauf desselben gekündigt wird.

4. Während der Vertragsdauer dürfen Lohnforderungen irgend welcher Art weder in einzelnen Werkstätten noch generell gestellt werden.

5. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Schlichtungskommission gewählt. Dieselbe besteht aus sechs Arbeitgebern und sechs Arbeitnehmern.

6. Der Schlichtungskommission bleibt es vorbehalten, in Zeiten ungünstigen Geschäftsganges, falls seitens der Gehilfen nachgewiesen werden kann, daß mehr als 10 Proz. der durchschnittlich beschäftigten Bildhauer wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit beschäftigungslos sind, in Beratungen darüber einzutreten, ob und in welchem Umfang es eventuell möglich ist, die Arbeitslosigkeit dadurch zu verringern, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit vorübergehend geändert wird.

7. Die Löhne der a u s s a h m s w e i s e schwachen alten Arbeiter sowie derjenigen jungen Gehilfen, welche eben erst ihre Lehrzeit beendet haben, werden von vorstehenden Bestimmungen nicht betroffen. Die Festsetzung dieser Löhne unterliegt der freien Vereinbarung.

8. Die Arbeit ist in allen gesperrten Betrieben am Dienstag, den 5. Juli 1904 wieder aufzunehmen.

9. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks dürfen von keiner Partei vorgenommen werden.

Als Erläuterungen zu den einzelnen Punkten sei angeführt:

Diejenigen Betriebsinhaber von Bildhauer-Werkstätten, welche sich zur Zahlung der 5 Proz. nicht versiehn, finden bei den vertragsschließenden Organisationen keinerlei Unterstützung.

Zu Punkt 4. Die Bewertung der Arbeitskraft eines einzelnen Gehilfen bleibt stets der freien Vereinbarung vorbehalten und fällt nicht unter den Begriff Lohnforderung.

Kollegen! Es haben nun in Bildhauerkreisen beschäftigte Kollegen die 5 Proz. Erhöhung schon an diesem Sonnabend in allen Geschäften zu beantragen. Es ist der Lohnkommission am Sonnabend von 6 Uhr an Mitteilung zu machen von den Kollegen, die diese 5 Proz. nicht erhalten haben.

### Die Lohnkommission.

Maurerbewegung. Zwischen der Organisation der Arbeitgeber und dem Zweigverein der Maurer in Potsdam ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Der Lohn betrug im Frühjahr 53 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit. Bis 1. April wird derselbe 58 Pf. bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit und dann bei 9 Stunden Arbeitszeit 60 Pf. betragen. Dieser Abschluß ist deshalb bedeutungsvoll, weil die Arbeitgeberorganisation sich bisher hartnäckig weigerte, die Gesellenorganisation anzuerkennen, und nach dem 12wöchentlichen Streik, in welchem sie mit Hilfe streikbrechender Ungarn die Gesellen niederzwang, von letzteren den Austritt aus dem Verbande forderte. Nunmehr ist es den Maurern gelungen, sich und ihrer Organisation Anerkennung zu verschaffen.

In den Bericht in Nr. 156 des „Vorwärts“ über den Verlauf des Streiks in Forst i. R. und Senftenberg-Gr. Näschen haben sich einige Zeitungen eingeschloffen. In Forst wurden die Maurer am 18. April ausgesperrt, weil sie sich weigerten, die vom Arbeitgeberverband einseitig festgesetzte Arbeitszeit anzuerkennen, wodurch ihnen die seit Menschengedenken bestehende Vesperpause genommen wurde. Nach einigen Wochen zog der Arbeitgeberbund diese Forderung zurück. Nunmehr verlangten die Maurer die Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. Bei dem Vermittlungsversuch des Bürgermeisters Nobig in voriger Woche boten die Arbeitgeber 36 Pf. sofort und 38 Pf. im nächsten Jahre. Die streikenden Gesellen lehnten das Angebot ab, erklärten sich aber mit dem Vorschlage ihres Vorstandes einverstanden, daß sofort 38 Pf. und nach zu bestimmender Zeit 40 Pf. gezahlt würden, außerdem die alte Arbeitszeit bestehen bleibe und die Organisation Anerkennung finde. Arbeitswillige sind trotz 12wöchentlichen Dauer des Streiks und trotz der größten Anreizung der Arbeitgeber, solche aus Oberschlesien und Galizien heranzuziehen, noch nicht vorhanden.

Im Senftenberg-Gr. Näschen Bezirk ist es nicht zu einer Vereinbarung mit den Arbeitgebern gekommen, sondern der Streik ist ohne eine solche und ohne daß die Organisation anerkannt wurde, beendet worden. Trotzdem bedeutet derselbe einen materiellen und moralischen Sieg. Während früher bei 11stündiger Arbeitszeit 32 Pf. Lohn gezahlt wurden, haben drei Unternehmer die Forderung, 10stündige Arbeitszeit und 36 Pf. Stundenlohn, anerkannt. Sie beschäftigen zur Zeit 50 Gesellen, während die übrigen — es sind die größeren —, die das Weisfische beschäftigen können, zur Anerkennung der Forderung nicht gezwungen werden konnten. Sie lehnen jede Verhandlung ab, zahlen aber 36 Pf. Stundenlohn und erklären, gegen den Jehntuntdentag nichts mehr einwenden zu

wollen. In dem Verhalten haben ihnen leider ein Teil der Maurer, die arbeitswillig wurden, die Veranlassung.

### Deutsches Reich.

Der Streik der Chemnitzer Maurer dauert unverändert fort. Au 45 Bauten bei 30 Unternehmern arbeiten 546 Maurer zu neuen Bedingungen. Auf den gesperrten Bauten arbeiten 171 arbeitswillige, lieberhaupt arbeiten 1328 Maurer, vor der Bewegung 1867. Es sind demnach 539 abgereist. 611 Maurer sind bisher von der Lohnkommission noch nicht angegangen worden, die Arbeit niedergulegen. Die Bewegung für die Arbeiter steht günstig, dem thatsächlich herrscht bei den gesperrten Unternehmern Arbeitermangel infolge der Abreise der 539 Maurer, denen sich täglich noch einige zugesellen. An die auswärtigen Maurer ergeht hierdurch die dringende Aufforderung, sich durch Meldungen bürgerlicher Zeitungen, daß der Streik beendet sei, nicht irren lassen und wie bisher den Zugang fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Kölner Holzarbeiter hat mit einem vollen Erfolge des deutschen Holzarbeiterverbandes geendet. Am 1. September tritt gemäß der mit dem Arbeitgeber-Verbande getroffenen Vereinbarung der neunstündige Arbeitstag in Kraft. Die Unternehmer wollten den Beginn bis in den Winter hinausschieben, und der christliche Holzarbeiterverband hatte bereits seine Zustimmung für den 1. Januar gegeben. Der deutsche Holzarbeiterverband bestand aber auf dem 1. September, und infolge der großen Kraft des Verbandes mußten die Unternehmer nachgeben. Die „Christlichen“ haben auch diesmal wieder eine sehr schöne Rolle gespielt.

In der Bremer Tischlerbewegung wurde über die Betriebe von Schäfer u. Co. und H. Bremer die Sperre verhängt. Alle 65 bzw. 55 Angestellten traten in den Ausstand. Bei der ersten genannten Firma wurden die 17 ältesten Leute gemahregelt, die 15—30 Jahre dort beschäftigt waren.

Der Streik der Kupferhämmer in Leipzig ist nach sieben-tägiger Dauer mit Erfolg beendet. Die Streikenden erreichten eine neuneneinhalbstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung.

### Ausland.

Ein gewerkschaftlicher Erfolg in Angender Münze. Die Anfangs 1903 von dem gut organisierten Personal der Gotthardbahn erfolgreich durchgeführte Lohnbewegung hat nach dem Geschäftsberichte der Bahngesellschaft eine Mehrausgabe an Löhnen und Gehältern von rund 700 000 Frank zur Folge gehabt. Ohne die Lohnbewegung wäre auch diese Summe in den beiden Taschen der mit fetten Dividenden und Lantimen gesegneten Aktionäre der Gotthardbahn verschwunden.

Der französische Allgemeine Bund der Arbeit hält seinen dies-jährigen Nationalkongress im September in Bourges ab. Außer den rein gewerkschaftlichen Fragen, wie Generalkonferenz usw. kommen eine Reihe Fragen sozialpolitischer Natur zur Verhandlung. So steht u. a. die Frage einer allgemeinen Einführung des Achtstundentags, ferner die Einführung eines Minimallohnes bei allen Arbeitern und Lieferungen für den Staat, die Provinz und die Gemeinde, ferner die Unfall- und Altersversicherungs-Gesetzgebung auf der Tagesordnung. Ferner wird über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften und die anti-militaristische Agitation verhandelt werden.

Der allgemeine Gewerkschaftsbund Englands hat seinen 5. Jahresbericht veröffentlicht. Danach gehören dem Bunde jetzt 85 Vereinigungen an. Da es in England nahezu 1300 Trade-Unions giebt, so scheint die Zahl der angeschlossenen Vereine gering, aber es ist zu bemerken, daß die 85 über einen Mitgliederstand von 500 000, das sind etwa ein Viertel aller in Gewerksvereinen organisierten Arbeiter. Dem Reservefonds konnten im letzten Jahre über 400 000 Pf. zugeführt werden, so daß derselbe jetzt die Höhe von 2 Millionen Pf. erreicht hat. Der Beitrag ist pro Woche und Mitglied auf 2 beziehentlich 4 Pf. festgesetzt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eisenbahn-Unfall.

Frankfurt a. D., 7. Juli. (B. L. V.) Amtliche Meldung. Heute nachmittags 2 Uhr 30 Min. entgleisten die beiden letzten Wagen des Nachzuges vom Schmelzweg 4 zwischen dem Haltepunkt Amtshaus und der Station Guben. Personen wurden nicht verletzt. Der Betrieb wird ohne wesentliche Störung einseitig aufrecht erhalten.

### Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 7. Juli. (B. L. V.) Am Schlusse der Generaldebatte über das Budget ergreift Ministerpräsident Tisza das Wort und sagte mit Bezug auf die längst fällige Erörterung der Nationalitätenfrage, er ersuche alle Mitglieder der Kammer, daß sie im berechtigten Kampfe gegen agitatorische Elemente sich nicht zu solchen Kundgebungen hinreißen lassen möchten, aus denen gefolgert werden könne, als ob gegen die nicht magyarischen Staatsbürger Besorgnis oder Feindseligkeit herrschte. (Zustimmung rechts.) Der Ministerpräsident erwähnt sodann, daß der radikale Abgeordnete Dian meulich dem Vertreter eines rumänischen Bezirks, dem Abgeordneten Vlad, zugerufen habe „hinaus“. Graf Tisza sagt, er glaube, ohne Widerspruch zu finden, feststellen zu können, daß dies nicht als Verleumdung der rumänischen Landesbürger aufgefaßt werden könne. Durch solche unbedachten Ausdrücke werde nur denjenigen ein Dienst erwiesen, die solche Zwischenfälle zur Erregung von Erbitterung zwischen Staatsbürgern verschiedener Nationalität ausnützen. Der Ministerpräsident wendet sich darauf gegen die Ausführungen Banffy und erklärt, die Stellungnahme Banffy für ein selbständiges Zollgebiet gebe um so mehr zum ersten Anlaß, als er während seiner Amtszeit ein so entschiedener Anhänger der Zollgemeinschaft gewesen sei, daß er die Beschränkung der Gültigkeitsdauer der Zollgemeinschaft durch die sogenannte Zähler Klausel aufzuheben und die Gemeinsamkeit des Zollgebiets zu einer unabänderlichen Einrichtung zu machen wünschte. Bezüglich des Eintretens Banffy zu Gunsten der ungarischen Kommandosprache in der Armee sagt der Ministerpräsident, wenn der Herr Abgeordnete Einlebe bei sich hält, so dürfte er wohl zu der Ansicht gelangen, daß er der ungarischen Politik den größten Dienst erwiesen hat, als seine gegenwärtigen Bewunderer ihn als Landesverräter hinstellten; wir wünschen jenen trefflichen Beispiel treu zu bleiben, welches Baron Banffy und damals gegeben und wir gestatten und die Freiheit, jetzt, wo derselbe Banffy der schönsten Erinnerung und der erfolgreichsten Tradition seines Lebens untreu wird, die Pirouette, die er jetzt zu schlagen für gut befindet, nicht mitzumachen. —

Paris, 7. Juli. (B. L. V.) Die Untersuchungskommission in der Kartäuser-Angelegenheit hat heute beschloffen, ihre Arbeiten bis zur Vorlesung der Schlussanträge ihres Berichterstatters zu unterbrechen.

London, 7. Juli. (B. L. V.) Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien Brodrick verlas ein amtliches Telegramm, welches das Reutersche Telegramm betreffend die Einnahme Pongos bestätigt, wonach die Streitkraft des Feindes 5000 Mann geschätzt wurde. Der Verlust des Feindes sei noch nicht bekannt. Unfre Verluste betragen 1 Offizier und 8 Mann getötet, 4 Offiziere und 23 Mann verwundet.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Moskau, 7. Juli. (Meldung der Russischen Telegraphenagentur.) In den letzten Tagen ist auf dem Kriegsschauplatz keine bemerkenswerte Veränderung eingetreten. Der Regen, der seit dem 28. Juni herrscht, hat aufgehört. Gerüchtheise verläuten, daß in der Provinz Muden sich Anzeichen einer Vorerhebung bemerkbar machen.

Die Gelsenkirchener Typhus-Epidemie vor Gericht.

Essen, 6. Juli.

Auf ferneres Befragen bemerkt Angellager Schmitt: Als er hörte, daß behauptet wurde, die Typhus-Epidemie im Kreise Gelsenkirchen sei infolge des Wassers ausgebrochen und das Wasser habe das Aussehen eines schmutzigen Grabenwassers gehabt, da habe er sofort gesagt: das könne unmöglich Rubewasser sein. Das Wasser des Städtchens konnte im übrigen infolge der Schieberleitung nicht nach Gelsenkirchen kommen. Von dem Wasser, das aus dem Städtchen kam, konnte kein Tropfen nach Gelsenkirchen kommen. Dies Wasser kam nur nach Brillendorf; dieser Ort sei aber seuchenfrei gewesen.

Professor Holz-Kachen bezweifelt, daß das Städtchen, das 1/2 Meilometer im Durchmesser habe, nur 2000-3000 Kubikmeter Wasser täglich erzeugen konnte. — Angekl.: Der Durchmesser kann von niemand genau festgestellt werden. Das Städtchen war derartig mit Kies und Steinen bedeckt, daß es mehr als 2000 bis 3000 Kubikmeter Wasser nicht liefern konnte. — Prof. Dr. Koch: Er halte es für dringend notwendig, festzustellen, wie man die bakteriologischen Untersuchungen vorgenommen, wann sie vorgenommen wurden und welches Ergebnis dieselben hatten. — Angekl. Schmitt: Die Untersuchungen wurden, ehe sie Medizinalrat Dr. Tenhold vornahm, alle Vierteljahre von einem Chemiker vorgenommen. Den Namen desselben wolle er nicht nennen; über die Aufzeichnungen könne er keine Mitteilung machen, da dieselben nicht mehr vorhanden seien. — Auf Befragen des Prof. Holz bemerkt der Angellager Schmitt: Gereinigt ist das Städtchen allerdings niemals worden. Das Städtchen habe auf Steinen gelagert und sei mit Kies und Steinen verpackt gewesen. Der Kies sei etwa haselnußgroß gewesen, wie er in der Ruhr enthalten sei.

Beweisaufnahme

eingetreten. Regierungsrat und Medizinalrat Dr. Springfeld-Arnberg, als Zeuge und Sachverständiger, bekundet: Am 25. September 1901 wurde mir gemeldet, daß in Gelsenkirchen 20 Typhusfälle vorgekommen seien. Es war die Anordnung getroffen, daß die Ärzte jeden Erkrankungsfall zu melden hätten. Diese Anordnung verfiel aber, denn als ich nach Gelsenkirchen kam, wurden bereits 100 Typhus-Erkrankungen festgestellt. Es wurde sogleich eine Sanitätskommission gebildet und von dieser der Entstehungsursache nachgeforscht. Es wurde drei Möglichkeiten Raum gegeben. Einmal konnte die Seuche eingeschleppt sein und sich von Person zu Person übertragen. Andererseits konnte die Seuche durch Wassergetränk, aber auch durch Infektion des Bodens entstanden sein. Diese Infektion war aus Anlaß der Epidemie von 1900 immerhin möglich. Die Kommission gelangte jedoch schließlich zu der Ansicht, daß die Epidemie durch den Wasseregenuß verursacht worden sei. Diese unsere Überzeugung bestätigte sich, zumal die versuchten Ortshäufen sich mit dem Wasserverorgungsgebiet deckten. Der erste Typhusfall in Gelsenkirchen war am 29. August 1901, etwa 10 Tage vorher fand ein Hochbruch statt. Bei der damaligen Temperatur war es wohl möglich, daß sich Bacillen so lange halten konnten. Ich nahm auch sofort Veranlassung, eine Untersuchung des Wasserwerks vorzunehmen. Das Vorhandensein eines Städtchens und mehrerer anderer Einrichtungen wurden mir verschwiegen. Ich hätte es für tadellos gehalten, wenn ich nach einem Städtchen gefragt hätte. An das Vorhandensein eines Städtchens dachte ich nicht, ich kam nur auf die Vermutung, daß die Filtration und der Erdbehälter nicht in Ordnung sein könnten. Wir stellten sehr bald fest, daß mit Ausnahme von Alenessen, Vorbeck und Stoppenberg das ganze Gelsenkirchener Gebiet verunreinigt war, und zwar blieben alle diejenigen Ortshäufen verschont, die ihr Wasser von Bochum bezogen hatten. Das ganze Versorgungsgebiet des Wasserwerks für das nördliche Ruhrgebiet war von der Seuche befallen. Es sind im Seuchengebiet mindestens 3000 Erkrankungen vorgekommen. Rechnet man die Verschleppungsfälle nach anderen Gegenden hinzu, so ergeben sich mindestens 5000 Erkrankungsfälle.

Die Sterbefälle betragen 8 bis 10 Proz. Der Sachverständige giebt alsdann eine genaue Uebersicht der täglichen Erkrankungsfälle in den einzelnen Ortshäufen und bemerkt: Das Wasserwerk sei auf Bacillen nicht untersucht worden, zumal die Kommission den Beweis, daß die Epidemie durch das Wasser entstanden sei, für vollständig geführt erachtet hatte. Ganz besonders fanden wir das Wasser im Erdbehälter vollständig verschlammmt. Unsere Untersuchungen wurden auch von dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt bestätigt. Das Wasser ist fast zu jeder Zeit hochgradig verschlammmt. Es finden sich in der Ruhr eine große Zahl chemischer Unmischer sowie Fäkalien und Unrat aller Art. Die Ruhr ist eigentlich nur ein großer Kanal, der sich bezüglich der Schmutzigkeit immer mehr der Emscher nähert. — Vors.: Sie geben also der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Epidemie durch den Genuß des unfiltrierten Ruhrwassers entstanden ist? — Sachv.: Jawohl.

Auf weiteres Befragen bemerkt der Sachverständige: Nachdem er von dem Vorhandensein des Städtchens Kenntnis erhalten hatte, habe er den Ebergbach untersucht. Er habe festgestellt, daß dieser Bach ein vollständig schmutziges, verunreinigtes Wasser enthalte, aus dem zahlreiche Mäuse in die Ruhr kommen. Der Ebergbach sei für Vermehrung der Bakterien äußerst günstig. Karten, auf denen die Schiebervorrichtungen ausgezeichnet waren, seien ihm nicht vorgelegt worden. — Angellager Hegeler bekennt, daß die Karten dem Herrn Sachverständigen vorenthalten worden seien. — Vert. Rechtsanwält Dr. Wallach: Um den Verdacht zu beseitigen, als wären die Karten dem Herrn Sachverständigen absichtlich vorenthalten worden, berufe ich mich auf das Zeugnis des Herrn Ingenieurs König. Dieser wird bekunden, daß die Karten offen für jedermann beigelegt haben. — Der Sachverständige bemerkt ferner auf Befragen des Vorsitzenden: Die Angellager hätten auf seinen Vorhalt die Verpflichtung gehabt, ihm zu sagen: wir führen allerdings unfiltriertes Ruhrwasser der Wasserleitung zu. Es waren um so mehr dazu verpflichtet, da es sich um eine Desinfektion handelte. — Im weiteren Verlauf wird festgestellt, daß Brunnen 1 und 2 nicht desinfiziert worden seien, da dieselben der Kommission nicht gezeigt wurden. — Die Angellager bestritten, daß sie den Sachverständigen die Brunnen 1 und 2 verheimlicht haben. — Es wird beschloffen: den Kreisarzt Dr. Racine als Zeugen zu laden.

Nach der Mittagspause richtet der Vorsitzende an Dr. Springfeld die Frage, ob es richtig sei, daß, als er den Angellager Hegeler nach dem Städtchen fragte, dieser bekannnte, daß er eine Verschleppung begangen habe. — Sachv.: Nachdem Geh. Rat Koch und ich lange Zeit nach dem Städtchen gesucht hatten, sagte Herr Professor Hegeler: Das viele Fragen hat keinen Zweck, ich will Ihnen gestehen, daß wir ein Städtchen haben. Herrn Geheimrat Koch können wir nicht belügen; es ist auch möglich, daß er gefragt hat: Herrn Geheimrat Koch müssen wir reinen Wein einschenken. — Angekl. Hegeler: Im allgemeinen ist es so richtig, wie es Herr Dr. Springfeld erzählt hat. Als wir hörten, Geh. Rat Koch werde kommen, habe ich mich mit Herrn Direktor Fudel sofort entschlossen, das Vorhandensein des Städtchens zuzugeben. Ich war selbstverständlich darüber sehr erregt, da ich mir sagen mußte, Herr Medizinalrat Dr. Springfeld werde sehr erregt sein, daß wir ihm bisher das Vorhandensein des Städtchens verheimlicht haben. Wir haben dies getan, weil wir trotz allem Zeitungsgelächel der Ueberzeugung waren, die Typhusepidemie habe mit dem Wasser nicht das geringste zu thun. Ich bin auch heute noch dieser Ueberzeugung. Es ist doch aber menschlich erklärlich, daß ich mir sagen mußte: Nun wird Herr Medizinalrat Dr. Springfeld empört sein; deshalb fügte ich hinzu: ich will das Vorhandensein des Städtchens zugestehen, mag da kommen, was da wolle.

Verteidiger Rechtsanwält Dr. Wallach: Ist der Herr Sachverständige der Meinung, daß, wenn die Direktion die Konsumenten durch eine öffentliche Erklärung in Zeitungen vor dem Genuß des Wassers gewarnt hätte, das von Erfolg gewesen wäre? — Sachv.: Ich halte eine solche Warnung für nutzlos. Die Konsumenten lesen eine solche Warnung meist nicht. Außerdem macht es den meisten Konsumenten große Schwierigkeiten, das Trinkwasser abzuschöpfen. — Vert.: Den landespolizeilichen Vorschriften wäre aber durch eine öffentliche Warnung entsprochen und die Direktion hätte keine weitere Verantwortung? — Sachv.: Den landespolizeilichen Vorschriften wäre allerdings alsdann genügt und die Angellager hätten nicht gegen § 10 des Nahrungsmittel-Gesetzes verstoßen, wohl aber gegen die Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches betreffs fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung. — Vert.: Nach Ihrer juristischen Auffassung, Herr Regierungsrat, habe ich Sie nicht gefragt, die Verteilung der juristischen Seite müssen Sie schon uns überlassen. Sie haben in der „Monatsschrift für öffentliche Gesundheitspflege“ geschrieben: Auf 23 Wasserbeden im Ruhrgebiet sind Städtchen vorhanden, die etwa 40 Prozent des Wasserbedarfs decken. Können Sie uns sagen, wo diese Städtchen angelegt sind? — Sachv.: Ich bebaure, hierauf die Antwort verweigern zu müssen; ich habe von meiner vorgesetzten Behörde nur die Erlaubnis, über die Verhältnisse in Steele Auskunft zu geben. — Vert.: Kann der Herr Sachverständige uns sagen, ob und welche Maßnahmen gegen diese Städtchen unternommen worden sind? — Sachv.: Darüber verweigere ich ebenfalls die Antwort. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Riemeyer: Ich bin der Meinung, daß es nicht unter das Amtsgeheimnis gehört, wenn ich den Herrn Sachverständigen frage: ob das, was er durch den Druck veröffentlicht hat, den Tatsachen entspricht? — Sachv.: Ich muß auch hierauf die Antwort verweigern.

Es wird alsdann Geh. Regierungsrat Professor Dr. Inge-Kachen als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet: Er habe Städtchen stets als Rotbehelfe betrachtet und sie stets verdammt. Er habe immer erklärt: Die Einrichtungen in allen Wasserwerken müssen derartig sein, daß es solcher Rotbehelfe nicht bedürfe; nur in äußerster Not dürfen Städtchen in Anwendung kommen. In ähnlicher Weise habe er sich auf der Jahresversammlung der deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege in Trier im Jahre 1900 ausgesprochen, er könne unmöglich die von Direktor Fudel mitgeteilte Meinung gethan haben. — Angellager Fudel: Ich hatte den Vorzug, nach einer Thatsächlichkeit mit Herrn Geheimrat zu dinieren. Bei dieser Gelegenheit sagte der Herr Geheimrat: Ich bin der Meinung, ein großes Wasserwerk kann ohne Städtchen kaum bestehen. — Geh. Rat Inge: Das ist mir nicht einmündlich.

Danach wird Erster Bürgermeister Graf-Bochum als Zeuge aufgerufen. Dieser bekundet: Er habe die Genehmigung zur Anlage von seiner vorgesetzten Behörde nachgesucht, dieselbe aber nicht erhalten. — Kreisarzt a. D. Geh. Medizinalrat Dr. Limper-Gelsenkirchen sagt aus: Im Winter 1886 sei der Pettenlofer'schen Theorie entgegen, trotz hohen Grundwassers eine Typhusepidemie in Gelsenkirchen, und zwar im Stadt- und Landkreise, ausgebrochen. In den folgenden Jahren seien in Gelsenkirchen auch eine Anzahl Erkrankungsfälle vorgekommen, die Seuche habe aber keinen epidemischen Charakter angenommen. 1890/91 trat die Epidemie wiederum in den Wintermonaten von neuem auf. Nach seinen Beobachtungen sei die Ursache der Epidemie die Ueberbevölkerung Gelsenkirchens, die große Fluktuation der Bevölkerung und ganz besonders wohl auch dem Umstande zuzuschreiben gewesen, daß damals in Gelsenkirchen noch keine Kanalisation war. Seit 1892 habe Gelsenkirchen eine Kanalisation, die Typhuserkrankungen hatten sich auch seit dieser Zeit sehr vermindert. Er habe 1890/91 das Trinkwasser nicht untersucht, zumal ihm Direktor Schmitt auf Befragen versichert: es werde nur gut filtriertes Wasser geliefert. Es sei wohl ein Städtchen einmal zur Anwendung gekommen, dies sei aber längst entfernt worden. Er habe auch nicht angenommen, daß damals die Epidemie durch Trinkwasser entstanden sei, da sich das Erkrankungsgebiet nicht mit dem Versorgungsgebiet deckte. Anders war es bei der Epidemie im Jahre 1901. Er habe dabei festgestellt, daß diese Epidemie weder durch Einschleppung noch durch Ansetzungen oder andere Ursachen entstanden sei. Diese sei zweifellos durch das Trinkwasser entstanden, zumal sich das Erkrankungsgebiet mit dem Wasserversorgungsgebiet vollständig deckte. Er habe diese seine Beobachtungen auch dem Bürgermeister Wachs und dem Landrat Hamerschmidt mitgeteilt. Jedenfalls könne Gelsenkirchen von Gild sagen, daß die Seuche von 1901 nicht schon aufgetreten sei, als es noch keine Kanalisation hatte.

Krankenhausarzt Sanitätsrat Dr. Lindemann-Gelsenkirchen spricht sich ähnlich aus.

Danach wird gegen 7 1/2 Uhr abends die Verhandlung auf Donnerstagvormittag 8 1/2 Uhr vertagt.

Essen, 7. Juli 1904.

Kreisarzt Dr. Racine-Essen sagt als Zeuge und Sachverständiger aus: 1901 sei Typhusepidemie in seinem Bezirk ausgebrochen. Ganz besonders seien die Ortshäufen Gaternberg, Rothhausen und Krach von der Typhusepidemie heimgesucht gewesen. In Nettivig seien neun Fälle vorgekommen, diese seien aber durch Einschleppung von Milch entstanden. In der Stadt Essen sei seit 1895 keine Typhusepidemie mehr gewesen. Er hatte die Ueberzeugung, erlangt, daß die Epidemie 1901 eine Wasserepidemie war, die durch den Genuß des Wassers, das aus dem Gelsenkirchener Wasserwerk gekommen war, entstanden sei. Dafür sprach ganz besonders der Umstand, daß das Epidemiegebiet sich mit dem Wasserversorgungsgebiet deckte. — Vors.: Halten Sie das Ruhrwasser für minderwertig? — Sachv.: Jawohl. — Vors.: Halten Sie den Genuß des Ruhrwassers auch für gesundheitsgefährlich? — Sachv.: In dieser Allgemeinheit kann ich die Frage nicht bejahen, da aber in die Ruhr Urin, Fäkalien und Unreinlichkeit aller Art in großen Mengen gelangen, so ist Ruhrwasser, das unfiltriert in die Leitung gelangt, geeignet, eine Typhus-Epidemie hervorzuzeugen. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Wallach: Welche Unterlagen hat der Herr Sachverständige für die Behauptung, daß die Typhus-Epidemie in Gaternberg, Rothhausen und Krach durch das Gelsenkirchener Wasser entstanden sei? — Sachv.: Aus den Mitteilungen der Polizei. — Vert.: Dann beantrage ich, diese Akten einzufordern, es wird von uns der Beweis geleistet werden, daß ein Drittel der Erkrankungsfälle in diesen Ortshäufen nicht durch Wasser verursacht worden seien. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage des Verteidigers stattzugeben.

Danach erscheint als Zeuge der Erste Bürgermeister Wachs (Gelsenkirchen). Dieser bemerkt zunächst, daß er Mitglied des Aufsichtsrats des Wasserwerks für das nördliche Ruhrgebiet sei. Der Gerichtshof beschließt daher, den Zeugen uneidlich zu vernehmen. Der Zeuge bekundet danach: Er habe als Mitglied des Aufsichtsrats Lantiers bezogen, diese sei aber nicht ihm persönlich, sondern der Gelsenkirchener Stadtasse zugesprochen. Sogleich nach Ausbruch der Typhusepidemie am Abend des 25. September 1901 habe er eine Konferenz einberufen. Diesem wohnten der Regierungsrat und Medizinalrat Dr. Springfeld, der damalige Landrat Hamerschmidt, das Mitglied des Aufsichtsrats des Wasserwerks, Geheimrat Kommerzienrat Kirdorf, und die beiden Direktoren Hegeler und Fudel derselben bei. Direktor Springfeld gab der Vermutung Ausdruck, daß der auch vorher vorgekommene Hochbruch die Epidemie verschuldet haben könnte. Er (Zeuge) hatte von dem Vorhandensein des Städtchens keinerlei Kenntnis, die beiden Direktoren haben auch nichts davon gesagt. Als Direktor Hegeler ihm einige Zeit später mitteilte, er werde beim Aufsichtsrat beantragen, zur Linberung der durch die Epidemie hervorgerufenen Not 250 000 Mark zu bewilligen, seien ihm

Bedenken aufgestiegen, daß doch das Wasser Schuld haben könnte. Er habe deshalb zu Hegeler gesagt: Eine etwa vorgekommene Unregelmäßigkeit beim Wasserwerk wäre strafbar. Als nun Geheimrat Koch mit dem Regierungsrat und Medizinalrat Dr. Springfeld angemeißelt war, habe Hegeler oder Fudel am Abend vorher gesagt, er werde dem Geheimrat Koch die Wahrheit sagen. Als nun am folgenden Morgen die beiden Herren ankamen, bemerkte Regierungsrat Springfeld: Wir werden eine Nachgrabung vornehmen. Da sagte Hegeler: Das ist nicht nötig, wir wollen Ihnen gestehen, daß wir ein Städtchen haben.

Im Prozeß Meyer

Ist gestern das Urteil gesprochen worden. Es lautet gegen Professor Meyer auf zwei Jahre Gefängnis, gegen seine Frau auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Je drei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Dr. Garb wird der vorgeladene Sachverständige, Gefängnisarzt Dr. Hoffmann über den Gesundheitszustand der angeklagten Ehefrau vernommen.

Dr. Hoffmann bekundet: Eine eigentliche Beobachtung der Angeklagten hat nicht stattgefunden, ebenso wenig habe ich mich mit ihrem Vorleben, ihren Familienverhältnissen u. d. beschäftigt, sondern darüber nur einzelnes von ihr selbst gehört. Da sie aber seit Weihnachten bei uns ist, bot sich Gelegenheit genug, sich ein Bild von ihrem Gesundheitszustande zu machen. Sie ist zweifellos eine sehr nervöse, hysterische Person, sie hat auch bei uns Anfälle gehabt, die von dem Lazarettpersonal beobachtet worden sind. Es waren aber entschieden keine epileptischen oder echten hysterischen Anfälle, sondern sie knüpfen gewöhnlich an Aufregungen an. Jeder Brief mit unangenehmer Nachricht regte sie auf, so daß sie umfiel. Ein eadter Anfall mit Schwinden des Bewußtseins ist nicht aufgetreten. Beispielsweise: Uns gegenüber liegt das General-Kommando. Als in dem dortigen Garten eines Abends Feuerwerk stattfand und dabei ein lauter Knall erfolgte, ist die Angeklagte in großer Erregung von ihrem Lager aufgesprungen und hat das ganze Haus alarmiert. Ebenso war es, wenn ein Gewitter niederging. Zweifello hat die Angeklagte in der Untersuchungshaft schwer gelitten, ihre Ernährung ist sehr zurückgegangen, sie schläft schlecht, so daß Schlafmittel angewendet werden müssen. Sie hat um so mehr schwer gelitten,

als sie zu erster Arbeit nicht erogen ist. Man hat ihr wiederholt gesagt, daß sie sich doch mit Handarbeit und dergleichen beschäftigen solle, statt dessen hat sie unthätig gesessen und viel gelesen und daß man dabei in der Einzelhaft sehr herunterkommt, ist selbstverständlich. In gemeinsame Haft wollte sie aus sozialen Gründen nicht gehen. — Präsi.: Es steht in Frage, ob sie bei den Handlungen, die ihr hier zur Last gelegt werden, als minderwertige Person zu betrachten ist? — Sachverständiger: Nein!

Verschiedene Bankdirektoren und deren Angestellte bekunden, daß dem Angellager das Zeitungsabonnement wesentlich als eine Unterstützung angerechnet worden sei.

Kommerzienrat Hugo Landau bekundet, daß er den Professor Meyer Ende der neunziger Jahre bei einer wissenschaftlichen Arbeit zur Mitarbeit herangezogen und entsprechend honoriert habe. Später hat sich Professor Meyer hier und da mit der Bitte an ihn gewandt, ihn aus augenblicklicher Verlegenheit zu helfen. Die von dem Angellager als Einnahme eingestellten 100 M. mögen auch hierauf zurückzuführen sein, wenigstens ist dem Zeugen von einer Gegenleistung nichts bekannt.

Bankier Siegmund Friedberg ergänzt seine frühere Aussage dahin, daß dem Angellager Prof. Meyer die 10 000 M. für Vermittlungsprovision für Druckerarbeiten zwar in Aussicht, aber doch nicht in sicherer Aussicht standen. — Staatsanwalt Dr. Kay erklärt auf Wunsch des Zeugen, daß er mit einer früheren Bemerkung nicht habe sagen wollen, daß Herr Friedberg finanziell überhaupt nicht in der Lage sei, 10 000 M. wegzugeben, daß er vielmehr nur seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben wollte, daß jemand einem Angestellten, lediglih weil er verschuldet ist, 10 000 M. schenkt.

Die Beweisaufnahme schließt mit der Vernehmung einiger unwesentlicher Zeugen.

Nunmehr erklärt Prof. Meyer: Da der Staatsanwalt zur Charakteristik bis auf das Jahr 1895 zurückgegangen ist, müßte er nunmehr ein Verzeichnis der zahlreichen Personen liefern und beantragen, diese Personen zu laden. Allen Personen habe er Schulden, die er bei ihnen gemacht, nach und nach abbezahlt, sobald er wieder zu Gelde kam. Er wolle daraus beweisen, daß, wenn er mal Schulden gemacht hatte, er später in besserer finanzieller Periode auch an deren Rückzahlung gedacht habe. — Präsi.: Dann werden wir noch nächste Woche hier sitzen müssen und auch noch alle die zahlreichen Fälle zu erläutern haben, wo der Angellager Schulden gemacht und nicht bezahlt hat, ohne daß sich ein Verzug konstatieren ließ. — Der Angellager zieht hierauf den Antrag zurück.

Staatsanwalts-Anwalt Dr. Kay

beantragt darauf unter eingehender Begründung gegen jeden der beiden Angeklagten vier Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre; die Verteidiger, Rechtsanwält Caro und Morris plaidieren auf Freisprechung eventuell auf eine milde Bestrafung.

In einem unter zahlreichen Thränen und lautem Geschluchze vorgebrachten Schlusswort versichert die Angeklagte ihre Unschuld und vermahnt sich namentlich gegen den vom Staatsanwalt ausgesprochenen Gedanken, daß sie unethische Wege gewandelt sei. Hätte sie dies thun wollen, dann wäre es ihr sicher nicht schwer gefallen, alle Schulden mit einem Mal zu bezahlen.

Das Urteil lautet, wie erwähnt, gegen Professor Meyer auf zwei Jahre, gegen seine Frau auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Auf Ehrverlust wurde nicht erkannt. In der

Begründung des Urteils

heißt es: Der Angellager Professor Dr. Meyer hatte früher zeitweise reiche Einnahmen und trotzdem vielfach Schulden in größerem Umfang gemacht, deren Abzahlung ihn stark belastete. Als die großen Einnahmen aufhörten, lebte er dennoch so weiter wie früher und machte große Ausgaben, die mit seinen Einnahmen nicht im Einklang standen, und er mußte überzeugt sein, daß er gar nicht in die Lage kommen würde, seine Verbindlichkeiten erfüllen zu können. Er mußte das Bewußtsein haben, daß die Gläubiger, die ihm Kredit gaben, für die Ware, die sie hingaben, einen ganz unsicheren Schuldner erhielten, der nur durch ganz besondere günstige Umstände im Stande wäre, seine Schulden zu bezahlen. Darin liegt auch die Schädigung der Gläubiger, daß sie in seiner Person einen Schuldner bekamen, der zu der Zeit, wo er sich zur Zahlung verpflichtete, gar nicht in der Lage war, zu zahlen. Seine Einnahmen waren alle unsicher und auf seine für die Zukunft erhofften Einnahmen konnte er nichts geben. Wenn der Angellager nach seiner Entlassung aus der „Voss-Zeitung“ noch ein Viertel- oder ein halbes Jahr seine alte Art zu leben beibehalten hätte, so würde man darüber noch hinwegsehen können, aber er hat dieses Leben fortgesetzt, nachdem er gesehen, daß er sich in seinen Hoffnungen und Erwartungen verrecknet hatte, bis ins Jahr 1903 hinein. Daraus sieht man, daß es sich nicht bloß um ein Berechnen handelte, sondern um den Willen, so fort zu leben wie bisher, unbekümmert darum, daß die Mittel fehlten. Man darf dabei auch den Umstand nicht außer Betracht lassen, daß, wenn der Angellager auch einmal eine größere Einnahme hatte, er doch nicht die ganze Summe dazu benutzen konnte, um seine Schulden zu bezahlen. — Was die

## Chefrau

Betrifft, so behauptet sie, daß sie fort und fort geplagt habe, ihr Ehemann sei in der Lage, Zahlung leisten zu können. Das würde vielleicht glaubhaft sein, wenn es sich um einige Monate handelte, die Bezahlung ist aber mit Rücksicht auf die Länge der Zeit, die in Frage steht, nicht haltbar. Nachdem ihr klar geworden sein mußte, daß der Ehemann nicht in der Lage war, zu zahlen, hätte sie sich einschränken müssen und nicht immer weiter die Geschäftslente zu Einräumung großer Kredite veranlassen dürfen. Sie mußte sich sagen, daß ihr Ehemann sich über sich selbst und damit auch sie täuschte und daß sie nunmehr auf eigene Verantwortung handelte. Das ergibt sich auch aus dem ganzen Manöver, das sie ausführte, wenn die Waren mit den quittierten Rechnungen abgeliefert wurden, und aus der Infirmität an das Dienstmädchen, wahrheitswidrig zu sagen, die Herrschaft sei nicht zu Hause. Sie hatte hiernach das Bewußtsein, daß nicht bezahlet werden könne und sollte. Man braucht da auf die Verweise gar nicht weiter einzugehen, die dieses Bewußtsein der Ehefrau noch weiter illustrieren. Wenn man fragt, worin denn die Vorpiegelung falscher Thatsachen besteht, die dem Angeklagten zur Last fällt, so ist die Antwort sehr einfach: er hat vorgewiegt, daß er in der Lage sei, sofort oder in kurzer Frist zahlen zu können, während er wußte, daß er nicht zahlen konnte und wollte. In vier Fällen hat das Gericht bei dem Ehemann, in zehn Fällen bei der Ehefrau auf Freisprechung erkannt, in den übrigen Fällen verurteilt. Was das

## Strafmaß

Betrifft, so hat das Gericht für jeden Fall des vollendeten Betruges 3 Monate, für jeden Fall des versuchten Betruges 6 Wochen eingesezt. Das Gericht hat erwogen, daß der Angeklagte ein Mann ist, der in großen Verhältnissen zu leben gewohnt war. Er hat schon zu Lebzeiten seiner Frau erheblich über seine Einnahmen gelebt und obgleich er gerade im Finanzwesen außerordentlich Bescheid wußte, sich nicht abhalten lassen, immer wieder so große, seine Kräfte weit überschreitende Ausgaben zu machen. Das ist daher gekommen, daß er sowohl gegenüber der ersten, als auch gegenüber der zweiten Frau eine übergroße Schwäche gezeigt hat. Er mußte als alter erfahrener Mann den kostspieligen Liebhabereien der Frau nicht nachgeben. Auf der anderen Seite hat er verschiedentlich den rechtlichen Willen gezeigt, soweit es seine Verhältnisse gestatteten, seine Gläubiger zu befriedigen. Deshalb hat der Gerichtshof den Antrag auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte

## abgelehnt.

Bei der Frau kommt in Betracht, daß, obgleich sie ein Leben führte, bei welchem man in sittlicher Beziehung leicht auf eine abschüssige Bahn geraten kann, sie doch in geschlechtlicher Beziehung vorwurfsfrei dasteht, wenn sie auch bis an die äußerste Grenze gegangen ist. Ferner kommt in Betracht, daß sie bei ihren Handlungen von ihrem Ehemann nicht zurückgehalten worden ist. Andererseits mußte berücksichtigt werden, daß sie die Geschäftslente doch arg getäuscht hat. Die Einzelstrafen sind bezüglich des Ehemannes auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von je drei Monaten Untersuchungshaft, zurückgeführt worden.

Rechtsanwalt Caro beantragt, die angeklagte Ehefrau mit Rücksicht auf ihren geschwächten Gesundheitszustand aus der Haft zu entlassen.

Der Staatsanwalt widerspricht dem Antrage nicht, der Gerichtshof lehnt ihn aber ab, da die Angeklagte, die Künstlerin sei und leicht ein Engagement im Auslande finden könne, keine Gewähr dafür biete, daß sie nicht fliehe.

Der Gerichtshof beschloß endlich noch, den ausgebliebenen Zeugen Max Müller in eine Ordnungstrafe in Höhe von 200 M. event. 20 Tage Haft zu nehmen.

Darauf erklärte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Gary die viertägige Verhandlung für geschlossen.

## Lokales.

Reinliches Aufsehen erregte im Verein für innere Medizin Herr Prof. Dr. Paul Jakob, der Assistent des Geheimrats v. Leyden in der Charité. Herr Prof. Jakob hatte vor einigen Wochen ein angeblich neues Verfahren zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht angegeben; er hatte nämlich das von Robert Koch entdeckte Tuberkulin, dessen Anwendung zu Heilzwecken fast ganz verlassen worden ist, dieselbe in die Lunge eingespritzt, und zwar durch ein vom Munde aus in die Luftröhre eingeführtes Rohr. Er hatte dann fünf Mädchen, die in dieser Weise behandelt und angeblich dadurch wesentlich gebessert worden waren, in dem genannten Verein vorgestellt.

In einer der folgenden Sitzungen (4. Juli) entspann sich eine Diskussion über diese Heilmethode und es wurde von Allen Rednern das Verfahren aufs schärfste verurteilt. Es wurde gesagt, daß es nicht neu, sondern schon von mehreren, namentlich ausländischen Ärzten, jedoch in schonenderer Weise versucht, aber bald wieder aufgegeben worden war. Das wichtigste war aber, daß von dem Assistenten in dem pathologischen Institut der Charité, Herrn Westenhöffer, der Beweis geliefert wurde, daß Herr Prof. Jakob noch eine sechste Kranke in derselben Weise behandelt hatte und daß dieser „Fall“ durchaus nicht ermutigend endigte. Die Krankengeschichte dieser Patientin hatte Herr Prof. Jakob bezeichnenderweise zunächst — verweigert und dann, zur Rede gestellt, ganz unrichtig wiedergegeben. Es wurde aber sofort durch das offizielle Journal der Charité-Direktion der Beweis für die Unrichtigkeit seiner Darstellung erbracht.

Auch hier heißt's: „Der Arrog geht so lange zu Wasser, bis er bricht“, denn es ist nicht das erste Mal, daß Herr Prof. Jakob durch seine „Heilbestrebungen“ bei seinen Kollegen Bedenken erregt hat. Wie das „W. Z.“ berichtet, hat die Charité-Direktion und ebenso die medizinische Fakultät sofort nach Erörterung der genannten Vorgänge eine Untersuchung eingeleitet, die hoffentlich unsere Kranken dauernd vor solchen „Heilbestrebungen“ bewahrt.

„Nun also, was trinken wir?“ Zu dieser Frage schreibt uns Genosse Davidsohn, der Redakteur des „Abstinenz Arbeiter“: In der Nummer vom 7. d. Mts. hat ein Tischlergeselle zur Abstinenzfrage einige Bemerkungen gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Eins allerdings ist ohne weiteres zuzugeben: Unter den heutigen Verhältnissen, bei der relativ noch geringen Konsumtion alkoholischer Getränke wird von Fabrikanten, Gastwirten usw. ein geradezu unterschämter Wucher beim Verkauf der sogenannten Erfrischungsgetränke getrieben. Während beim Schnaps, Bier- und Weinverkauf ein detaillierter Verdienst zwischen 33 1/2 und 100 Proz. für hinreichend erachtet werden, muß man es sich beim Erfrischen einer Flasche Selters, einer Zitronenlimonade usw. gefallen lassen, dem Verkäufer den drei- bis achtfachen Betrag des Einkaufs- bzw. Herstellungspreises zu bezahlen! So betrübend dieser Umstand ist und so sehr er den Fortschritt der Abstinenzpraxis hemmt, so hat er doch auch ein Gutes: Die Abstinenz, die es wirklich ernst meinen mit dem Kampf gegen den Alkoholismus, müssen konsequenterweise in die Reihen derer eintreten, die den Kampf gegen den Kapitalismus auf ihr Banner geschrieben haben.

Im übrigen liegt es im Wesen der Abstinenzbewegung begründet, nicht nur zum Trinken anderer als alkoholhaltiger Getränke, sondern überhaupt dazu zu erziehen: weniger zu trinken, als es im allgemeinen üblich ist, und vor allen Dingen: nur zu trinken, wenn das Durst-Gefühl dazu auffordert, das heißt Aufgeben des automatischen Trinkens, des Trinkens aus bloßer Mühsucht auf den Gastwirt, Kampf gegen den als kapitalistischem Mißbeet gewachsenen Trinkzwang, gegen die Trink-Kassette.

Und nun zu unserm parteigenösslichen Tischlergesellen: Solange die Abstinenzbewegung unter den Arbeitern noch so wenig Anhang findet wie bis jetzt, läßt sich seitens der Abstinenz selbstverständlich noch nicht allzu viel ausrichten. Wenn erst Genossen wie unser

Tischlergeselle und einige tausend andre mit ihm, die den vollen Wert und das wahre Wesen der Abstinenzbewegung erkannt haben, zu uns gestoßen sein werden, dann wird es bald möglich sein, den Unternehmern mit Hilfe der Gewerkepolizei Konzeptionen über Verschaffung guten Trinkwassers und dergleichen mehr einfach abzuzwingen.

Was nun die Getränke-Frage betrifft, so kann vor all' den vielen künstlichen Erzeugnissen nicht genug gewarnt werden; die meisten schmecken widerlich, und die gut schmeckenden sind — wie schon gesagt — zu teuer. Aber außer Wasser und Selters giebt es ja zum Glück eine ganze Reihe natürlicher Getränke, die je nach Geschmacksrichtung und Gewöhnung des Einzelnen als geradezu hervorragende und billige Getränke bezeichnet werden können. Wir nennen nur: Milch und Buttermilch, Schokolade, Thee, Kakao, Kaffee und das Ideal aller Getränke: Citronen-Limonade, die für ein paar Pfennige herzustellen ist, wenn man sich die Zitronen (3 Stück für 10 Pf.) selber kauft und mit Wasser, je nach Geschmack auch mit etwas mehr oder weniger Zucker, herichtet. Vor allen andern kalt zu genießenden Getränken hat das Zitronenwasser den unschätzbaren Vorzug, auch dann noch löslich zu erfrischen, wenn es selbst ein wenig lau geworden sein sollte.

Eine interessante Grundstücks-Statistik für Preußen und den Stadtkreis Berlin veröffentlicht „Ostfriesische Handelskorrespondenz“. Danach sind in den 1206 Städten Preußens 816 011 (in Berlin 22 393) Festungen vorhanden, von denen 700 467 (in Berlin 20 576) Privatpersonen gehören. Die übrigen Festungen stehen im Eigentum des Staats, der Gemeinden, wirtschaftlicher Genossenschaften u. Die finanzielle Leistung des Privatbesitzes ist von großer Bedeutung: das Gesamteinkommen der mit mehr als 3000 M. veranlagten Steuerzahler aus Grundvermögen beträgt 1700 Millionen. In Berlin bezieht sich der Wert des privaten Grundbesitzes, berechnet nach dem Auzertrage, auf 7173 Millionen Mark; der Brutto-Mietsertrag der 21 472 Berliner Wohnhäuser liefert jährlich 400 Millionen Mark. Davon sind unter anderem zu den Ausgaben der Stadt zu zahlen: 20,38 Millionen an Grundsteuer, 7,28 Millionen für Wasserlieferung, 5,48 Millionen an Kanalisationsgebühren, 2,23 Millionen an Umfahrsteuer u. — insgesamt 37,4 Millionen Mark. Die Bewirtschaftung der Häuser in Berlin verursacht durchschnittlich 15 Proz. des Mietsertrages Kosten. Für die Feuerversicherung zahlen die Berliner Grundbesitzer jährlich 4310 Millionen Mark. Auf dem Privatgrundbesitz haften in Berlin 5051 Millionen Mark Hypotheken (auf dem Grundbesitz der ganzen Monarchie sieben Milliarden Mark), ergibt, zu 4 1/2 Proz., 214 1/2 Millionen an Jahreszinsen, welche (doppelt) besteuert werden einmal mit 12,35 Millionen Mark Grundsteuer, das andre Mal mit 0,4 Millionen Mark von den Hypothekenbesitzern zu zahlende Einkommensteuer.

Das Unterrichtsgebäude des Kunstgewerbemuseums ist jetzt im Rohbau nahezu vollendet. Der Bau wird zwar amlich als Erweiterungsbau bezeichnet, bildet aber in seiner Ausführung ein vollständig neues Gebäude. An Stelle des Backsteinbaues, wie er zur Zeit der Errichtung des Hauptgebäudes beliebt war, ist für die Fassade des Neubaus Sandstein getreten, der jetzt bei fast allen Staats- und Privatbauten der Reichs-Hauptstadt verlangt wird. Auch der ursprünglich geplante Verbindungsbau zwischen den beiden Häusern ist nicht ausgeführt worden. Den Räumen des Museums konnte so mehr Licht bestraht werden. Der Neubau stellt sich schon äußerlich als Haus der Arbeit dar. Bis unter das Dach ist alles mit großen Fenstern ausgestattet. Der Schmuck der Fassade ist sehr bescheiden. Nur wenig springt in der Mitte ein Walfisch vor. Zwei bescheidene Säulen zieren den Haupteingang in der Mitte. Zwischen den Fensterkreuzen sind einige wenige Ornamente angebracht. Vor dem Langbau an der Straße zieht sich an deren östlicher Seite ein Flügel gegen das Hinterland. Im Hintergrunde biegt er wieder rechts ab, so daß ein dritter Flügel gebildet wird. In dem so entstandenen Hofe ist ein kleines Gewächshaus für den Unterricht in der Entwicklung des Pflanzenornaments angelegt worden. Das Kunstgewerbemuseum hat jetzt noch Teil an jenen prächtigen Parkanlagen, die sich zwischen der Wilhelm- und Königgrätzerstraße hinziehen. Der prächtige alte Baumbestand hat bisher nur wenige Unterbrechungen infolge der Durchlegung von Straßen erfahren. Der gesamte Neubau des Kunstgewerbemuseums erfordert einen Aufwand von rund 2 1/2 Millionen Mark. Davon entfallen 300 000 M. auf die innere Einrichtung des Gebäudes.

Ein Grabdenkmal für Emil Rosenow ist von unserm Parteigenossen, dem Steinmetzmeister Adolf Jabel angefertigt und dieser Tage auf dem Reuen Schöneberger Friedhof aufgestellt worden. Es ist ein an allen Seiten polierter Obelisk aus schwarzem schwedischem Granit und trägt auf besserem Grunde folgende Inschrift: „Emil Rosenow, Schriftsteller, Mitglied des Reichstages, geboren am 9. März 1871, gestorben am 7. Februar 1904. Ein Sohn des Volkes wohnt er sein und bleiben.“ Das Monument bildet eine würdige Ehrung unfres leider viel zu früh verstorbenen Parteigenossen.

Eine vermehrte Fürsorge für Krebskranke ist in Berlin in die Wege geleitet. Sie geht auf zweierlei hin. Einmal wird angestrebt, die möglichst frühe Erkennung der Krebskrankung zu fördern. Dabei ist die Erfahrung maßgebend, daß der Kampf gegen die Krebskrankheit am besten so geführt wird, daß die Krebsgeschwulst, so weit dies überhaupt angängig, möglichst früh, wenn sie noch klein ist, der Voraussetzungen nach eine Verdrängung von Geschwulstteilen noch nicht stattgefunden und das Allgemeinbefinden des Kranken noch nicht allzu sehr gelitten hat, durch einen chirurgischen Eingriff beseitigt wird. In Frankreich und Belgien haben sich für die Aufspürung der Frühfälle von Tuberkulose die Dispensaires antituberculeux bewährt. Nach ihrem Muster soll in Berlin eine Fürsorgestelle für Krebskranke errichtet werden. Sie soll unter der Leitung von Professor v. Leyden stehen, dessen Charité-Klinik das im vorigen Jahre errichtete Institut für Krebsforschung angegliedert worden ist. Professor v. Leyden hat, der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ zufolge, die einschlägigen Anträge an die Charité-Direktion gerichtet. Von dem Komitee für Krebsforschung sind für diese neue Fürsorgestelle 2000 M. bewilligt worden. Weitere Fürsorge soll den unheilbaren Krebskranken zu gute kommen. Auf diesem Gebiete sind englische Einrichtungen vorbildlich. In London besteht seit vielen Jahren ein Hospital für sieche Krebskranke. Es sollen auch bei uns Ähne für unheilbare Krebskranke errichtet werden; ein Fonds dafür ist von Privatpersonen zur Verfügung gestellt worden.

„Der Jesuit“, ein Charaktergemälde aus dem ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts von E. Spindler. Diesen, gerade jetzt zeitgemäßen Roman bringt die in Arbeiterkreisen best bekannte illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ zum Abdruck. Mit der, bereits im achten Jahre erscheinenden Wochenschrift, hat der Parteiverlag es unternommen, die in Arbeiterkreisen leider noch viel verbreitete Schundliteratur zu verdrängen. An den Reichtum, an dem sich die besitzende Klasse erfreut, schaffen die Millionen fleißiger Arbeiter. Und gerade diese Erschaffer all' dieser Schönheiten sind fast gänzlich ausgeschlossen nicht nur von den materiellen Genüssen des Lebens, nein, ihnen sind auch die Schätze des Geistes, die Früchte der Bildung verschlossen.

Diese Schätze der Literatur für die Arbeiterklasse, für ihre Frauen und die heranwachsende Jugend zu erschließen, ist die Aufgabe, die mit Hilfe der Wochenschrift „In freien Stunden“ erstrebt wird.

Darum ist es aber auch die Aufgabe der Arbeiterklasse, für die möglichst weiteste Verbreitung dieser Romanbibliothek zu sorgen, die zum billigsten Preise von 10 Pfennig wöchentlich 24 Seiten interessanten und belehrenden Stoffes bringt. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pfennig, das in allen Partei-Buchhandlungen, in Berlin bei den Parteispeditoren und durch alle Zeitungs- und Expeditionen zu haben ist und von jedem Kolporteur oder Zeitungs-austräger besorgt wird. Abonnenten können jederzeit eintreten. Wir liefern auch denjenigen Parteigenossen, die in Versammlungen, Fabriken usw. für die Ausbreitung unserer Zeitschrift agitieren wollen, das nötige Sammelmaterial.

Neue Abegg-Stiftung. Der Stadt Verlin ist aus dem Nachlaß des in Wiesbaden verstorbenen Fräulein Luise Abegg ein Kapital von 80 000 Mark überwiesen worden. Der Zinsbetrag soll zur Unterstützung von bestehenden und etwa neu zu errichtenden Anstalten dienen, die Not und Krankheit lindern, die der Volksbildung und Erziehung dienen und die sich mit der Hebung der arbeitenden Massen befassen.

Der Unglückswagen. Wie erinnerlich, ereignete sich vor ungefähr vierzehn Tagen an der Ede Bad- und Grünhaldenstraße ein heftiger Zusammenstoß dreier Straßenbahnwagen, bei dem eine Anzahl Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden. Das Unglück entstand dadurch, daß ein Wagen der Linie 39 auf der abschüssigen Straße von dem Fahrer nicht zum Halten gebracht werden konnte und auf einen andern Wagen aufstieß. Anfangs war vielfach die Meinung verbreitet, es habe sich um eine Unachtsamkeit des Fahrers gehandelt. Aus dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung scheint jedoch die Schuldlosigkeit des Fahrers hervorzugehen. Festgestellt ist, daß der Fahrer etwa 120 Meter vor der Unglücksstelle bereits gebremst und circa 40 Meter vorher den Sandstreuer öffnete, trotzdem aber die erforderliche Bremswirkung nicht zu erzielen vermochte; er behauptet auf das bestimmteste, die Bremse habe versagt. Erhärtet wird diese Behauptung noch durch folgende Umstände. Der Wagen Nr. 1243, der das Unglück anrichtete, ist bei dem Fahrerpersonal förmlich als Unglückswagen verzeichnet. Schon im November v. J. ist er einmal „durchgegangen“, ebenfalls im Mai d. J. Während der letzten beiden Monate soll der Wagen, wie uns von sachmännlicher Seite berichtet wird, nicht weniger wie 26 mal wegen mangelhafter funktionierender Bremsung gemeldet worden sein. Auf den meisten Fahrhöfen soll der Wagen als schlecht bremsend bekannt gewesen und von den Hofverwaltern so bald wie möglich „abgeschoben“ worden sein. Zuletzt ist dieser Wagen auf dem Bahnhof Widozof gewesen, wo er ebenfalls in Verfall stand, und dann nach dem Bahnhof Brandenburgerstraße gekommen. Unter dem Fahrerpersonal gilt es auch schon als ganz selbstverständlich, daß die schlechtesten Wagen für die Nordlinien bestimmt werden, während die besten Wagen für den vornehmen Westen reserviert bleiben.

Zum Morde an der Lucie Berlin. Der des Mordes beschuldigte Th. Berger bleibt nach wie vor dabei stehen, daß er nicht der Mörder der kleinen Lucie Berlin gewesen ist. Er wird fortwährend vom Untersuchungsrichter vernommen, so daß die Konferenzen mit seinem Verteidiger Rechtsanwalt Walter Bahn einstweilen sehr eingeschränkt sind. Ehe nicht neue Versuche mit einem passenden Morde gemacht sind, wird sich ein abschließendes Urteil darüber, ob die zersplitterten Gliedmaßen in den Mord der Liebetrit hineinpassen, nicht bilden lassen. Ueber das Vorleben des Berger ist folgendes zu berichten: Sein Vater war Millergeselle in Quedlinburg und er selbst auch hat die Millerei erlernt, sich aber bald als Handlanger ernährt, bis er die Liebetrit kennen lernte, deren Inhaber er wurde und mit der er in vielen Städten Deutschlands umherreiste. Er behauptet, schon seit geraumer Zeit mit der Liebetrit verlobt zu sein, weil sie stets auf Verheiratung drängte. Berger macht in seinem Aeußern noch einen gutmütigen Eindruck; er ist blond und hat blaue Augen. In den ersten Tagen nach seiner Verhaftung zeigte er ein sehr aufgeregtes Wesen und sprach häufig mit sich selbst. Nunmehr hat er sich aber beruhigt.

Verantwortungen in erheblichem Umfange hat sich der Kassierer der „Oranienplatz-Darlehnskasse“, Kaufmann und Reserveleutnant Bruno Meister, zu Schulden kommen lassen. Die genannte Kasse ist eine Vereinigung von etwa 150 kleinen Handwerklern und Geschäftsleuten. Bruno Meister, der den Posten des Kassierers der Darlehnskasse im unbedenklichen Ehrenamt versah, ist der Sohn des am 6. Mai d. J. verstorbenen Chefs der angesehenen Firma Chr. Meister, Pianofabrikant. Bruno Meister führte schon seit Jahren ein sehr verschwendungsvolles Leben. Er ist deshalb im Testament seines Vaters nur mit dem Pfändrecht bedacht worden, während die Witwe und die Tochter des Verstorbenen den Hauptteil der bedeutenden Hinterlassenschaft erhielten. Dieser Umstand mag den Vorwand der Darlehnskasse betrogen haben, die Geschäftsführung ihres Kassierers etwas genauer zu betrachten, andrerseits wurden sie auch von einem Angestellten der Firma Meister, der schon lange den Verdacht hatte, daß es mit der Kassensführung Bruno Meisters nicht ehrlich zugehe, aufmerksam gemacht. Die Darlehnskasse wurde durch den Vorstand einer außerordentlichen Revision unterzogen, von der Bruno Meister wahrscheinlich kurz vorher Wind bekommen hat. Als die Revisoren erschienen, fanden sie unter den Papieren, durch die Meister den Kassendebitus nachweisen wollte, zwei von seiner Hand geschriebene Wechsel im Betrage von 14 000 M. auf die Firma Meister. Obgleich diese Wechsel nach dem Datum ihrer Ausstellung schon vor mehreren Monaten geschrieben sein mußten, war die Tinte noch ganz frisch, so daß man annahm, Meister habe die Wechsel erst kurz vor der Revision geschrieben, um die Fehlbeträge in der Darlehnskasse zu verschleiern. Die Revision ergab, daß die Buchführung Meisters eine äußerst unmordliche war, so daß sich die volle Höhe der Fehlbeträge zunächst gar nicht feststellen ließ. Immerhin ermittelten die Revisoren sofort ein Manis von 16 500 Mark. Man scheint zunächst nicht beabsichtigt zu haben, gegen den ungetreuen Kassierer strafrechtlich vorzugehen, da seine Mutter sich verpflichtet hatte, für die von Bruno Meister veruntreuten Summen bis zum Betrage von 25 000 M. Ersatz zu leisten. Schließlich wurde die Angelegenheit aber doch den Kassensmitgliedern bekannt und zwei derselben erstatteten am 8. Juni Anzeige bei der Polizei. Die Anzeige enthält die vorstehenden Angaben und behauptet außerdem, daß sich Bruno Meister aus der Nachlassmasse seines Vaters zum Nachteil der andern Erben bereichert habe, indem er Möbel aus dem Nachlaß im Werte von mehreren tausend Mark in die Wohnung einer ihm befreundeten Dame schaffen ließ. Auf Grund dieser Anzeige hat die Kriminalpolizei sofort eine Untersuchung veranfaßt. Bruno Meister, der damals in Stettin weilte, wurde unter Androhung sofortiger Verhaftung telegraphisch zu seiner Vernehmung nach Berlin beordert. Die polizeilichen Ermittlungen nahmen bereits am 12. Juni abgeschlossen, und sie haben, wie der die Vernehmungen leitende Kriminalkommissar zu mehreren Zeugen sagte, die in der Anzeige gemachten Angaben vollständig bestätigt. Die Mitglieder der schwer geschädigten Darlehnskasse sind sehr verunmündert darüber, daß seit den polizeilichen Vernehmungen noch nichts in dieser Angelegenheit gegen Bruno Meister geschehen ist, und daß der so schwer Belastete sich noch heute auf freiem Fuß befindet, während doch oft bei erheblich geringeren Verfehlungen und minder schwerer Belastung Angekladter mit der Verhängung der Untersuchungshaft nicht geögert zu werden pflegt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Veruntreuungen Meisters noch erheblich umfangreicher sind, als wie es die erste Revision ergeben hat. Man spricht bereits von 70 000 M., um welche die Darlehnskasse betrogen worden ist.

Die Voruntersuchung gegen den angeblichen Mörder der Luise Gänther, den Vergolder Otto Dreus, der sich bekanntlich im Roabitler Untersuchungsgefängnis befindet, hat noch immer keinerlei bestimmte Momente für oder gegen die Schuld des Dreus zu Tage gefördert. Vor Jahresfrist war er in Chile verhaftet worden, im Januar dieses Jahres brachte man ihn ins hiesige Untersuchungsgefängnis. Zur Zeit werden Nachforschungen nach zwei Männern angestellt, die Dreus als Entlohnungszeugen dafür nennt, daß er sich in der Nacht, in der die Gänther ermordet worden war, in Gesellschaft jener beiden Männer befunden habe und mit der G. nicht zusammengekommen sein könne. Die von Dreus mit Namen und Adresse genau bezeichneten Zeugen konnten aber bisher nicht ermittelt werden.

Ein „Hilfreicher“ Mann, der eine Zeitlang die hiesigen Bahnhöfe unsicher machte, wurde gestern von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Ein 34 Jahre alter Schneidergeselle Heinrich Ahmann aus der Frankfurterstraße betrieb den Wauernfang in der Weise, daß er sich von unbefolgten Leuten das Geld zum Kauf von Fahrkarten geben ließ und damit verschwand. Dabei suchte er sich gerade solche Kaufende aus, die selbst kaum das nötige zum Leben hatten. In der vorigen Woche begegnete er auf dem Alexanderplatz einer armen

Jüdischen Frau mit mehreren Kindern. Stadtkundig und der deutschen Sprache nicht recht mächtig machte die Frau den Eindruck großer Hilfslosigkeit. Sofort bot sie ihr der freundliche Mann an, führte sie nach dem Bahnhof und erbot sich, alles zu besorgen. Nachdem er Mutter und Kinder im Wartesaal mit einem Glas Bier gelacht hatte, ließ er sich 17 Mark 90 Pfennig für die Fahrkarten geben, die zu lösen waren. Arglos gab die Frau das Geld hin, das letzte, das sie besaß. Es reichte gerade noch bis zur Heimat. Vergesslich wartete die Geprellte auf die Rückkehr des Helfers. Als ihr endlich Aufklärung wurde, konnte sie sich nicht denken, daß es ein Bauernfänger gewesen sei. Andere Leute mußten ihre Beispringer, damit sie mit den Kindern nach Hause fahren konnte. Viele Leute, die auf diese Weise um ihr schwer erarbeitetes Geld kamen, klagten der Kriminalpolizei ihr Leid, aber Ahmann betrieb sein „Geschäft“ so unauffällig, daß alle Beobachtungen erfolglos blieben. Gestern endlich sah ein Kriminalbeamter auf dem Bahnhofsplatz einen Mann, der einigen Landfrauen etwas aufdringlich seine Hilfe zum Dinaustragen der Körbe anbot. Man ließ ihn gewähren und sah weiter, wie die Frauen, die sich dieser unerwarteten und billigen Hilfe freuten, ihm Geld für die Fahrkarten reicheten. Ein Beamter folgte ihm nun und nahm ihn fest, als er bereits die Köchenerstraße erreicht hatte. Auf die Frage, ob es denn da auch noch Fahrkartenschalter gebe, erschrak Ahmann bestig. Obwohl er sich erkannte, wollte er dann noch eine Weile den Enttäuschten spielen, bequeme sich aber bald zu dem Geständnis, daß er die angezeigten Bauernfängerbetriebe betrieben habe. Die Frauen waren froh, ihr Geld wieder zu bekommen. Ahmann wurde nach Moabit gebracht.

Auf der Polizeiwache befohlen wurde der Mechaniker W., der gestern mittag auf dem Bureau des 12. Polizeireviers in der Linienstraße zu thun hatte. W., der mit einem Zweirad vorgefahren war, ließ seine Maschine auf dem Flur des Polizeigebäudes stehen. Als er nach wenigen Minuten zurückkehrte, bemerkte er, wie ein etwa 25-jähriger, elegant gekleideter junger Mann sich auf sein Fahrrad schwang und durch die Rosenhalerstraße davon fuhr. Der Besohlene, dem sich eine große Menschenmenge angeschlossen, verfolgte den Dieb durch die Rosenhaler- und Köchenerstraße. In der letzteren sprangen ein paar Hiebsklinge den Stadler an, der nunmehr, die Maschine im Stich lassend, die Flucht zu Fuß forsetzte. In der Ecke der Gornmannstraße wurde der Dieb von einem Schutzmännchen aufgehalten und nach der 12. Polizeiwache zurückgebracht. Allem Anschein nach hat die Polizei in dem Festgenommenen einen guten Fang gemacht. Auf dem genannten Polizeibureau sind in den letzten Tagen nicht weniger als acht Fahrraddiebstähle gemeldet worden, und die Behörde nimmt an, daß der Verhaftete der Urheber der sämtlichen Diebstähle ist.

In dem Selbstmord des Fabrikanten Max Thiel erfahren wir, daß die Katastrophe durch schwere Verluste, die Th. erlitten hat, herbeigeführt worden ist. Nachdem der Fabrikant schon einige namhafte Geschäftsverluste zu deuten hatte, war am Montag ein Ausfall in Höhe von 34 000 M. zu beklagen, die er einem Verwandten geliehen und die auf dessen Haus in Magdeburg hypothekarisch eingetragen waren. Das Grundstück kam zur Subhastation und Th. fuhr zum Verkaufstermin nach Magdeburg, mußte jedoch infolge der ungünstigen Verhältnisse des Gebäudes davon absehen mitzubieten, und so fiel seine Hypothek bei der Versteigerung aus. Während Th. sich noch in Magdeburg befand, erhielt er dorthin die Nachricht von finanziellen Schwierigkeiten, die ihm aus seinem Neubau in der Kreuzbergstraße entstanden waren. Zur Behebung dieser Schwierigkeiten fuhr der Fabrikant von Magdeburg nach Orlamünde, doch müssen die dort erforderlichen gewissen Verhandlungen sich wohl zerschlagen haben. Thiel kehrte weder nach seiner Wohnung zurück, noch gab er irgend welche Nachricht an seine Angehörigen und nach seinem Geschäft, vielmehr scheint er sofort, nachdem sein Plan gescheitert war, ins Wasser gegangen zu sein.

Ein gefährlicher Kinderfreund ist in der Person des Kaufmanns Wulfsch aus Berlin in den Außenkolonien bei Niedorf festgenommen worden. W. lockte schulpflichtige Mädchen an sich, indem er ihnen Draufselimonade und Chokoladenpäckchen zum besten gab. In einer Pause an der Thomassstraße soll er dann mit den Mädchen unsittliche Handlungen vorgenommen haben. Kinder, die ihn dabei beobachteten, hielten einen Schutzmännchen, der den gefährlichen Menschen festnahm.

Strassensperrung. Die Melchior-Brücke (Zugängerbrücke) wird sechs Wochen lang vom 11. d. M. ab auf ca. 8 Tage gesperrt.

Feuerbericht. Mittwochabend gegen 10 Uhr gingen in der Friedrichstraße 19 in einer Hofwohnung Kleidungsstücke, Decken etc. in Flammen auf, die indes bald erstickt werden konnten. Eine Stunde später lief eine unheimliche Feuermeldung von einem Meider aus dem Bereiche der fünften Polizeikompanie (Friedrichstraße) ein. Der 17. Stützpunkt aus der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße fuhr daher die Feuermeldung dieser Mitte ab, fand aber, daß keiner von den öffentlichen Weibern in Tätigkeit gesetzt war. Endlich stellte sich heraus, daß der Privatmelde des Hauses Leipzigerstr. 15 (Reichspostamt) gezogen worden war. Die Wehr konnte aber sofort wieder kehrt machen, da keinerlei Feuergefahr mehr vorlag. — Bald nach Mitternacht wurde die Wehr nach dem Schleswiger Ufer gerufen, weil hier der Bohlenbelag der Hansabrücke, die die Lebehauptstraße mit der Altonaerstraße verbindet, auf nicht ermittelte Weise in Brand geraten war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — In der Koloniestr. 91/93 hatte abends in der chemischen Waschanstalt und Färberei von A. Herz ein kleiner Behälter Benzin Feuer gefangen, das aber nach der Enttrennung der Wehr erstickt werden konnte. — Eine Kaminbrannte zur selben Zeit in der Frankfurter-Allee 160. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Elisabethstr. 4, vom Weidenweg 62 und noch von einigen anderen Stellen Feuermeldungen ein, die jedoch auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Im Bellealliance-Theater wird jetzt die heitere Kunst durch eine aus fünfzehn Herren bestehende Sänger- und Harmonikergesellschaft aus Leibeskräften gepflegt. Der Herr Direktor Winter-Lymian ist selber rüstig auf dem Plan, und wenn er sich als „sünderlicher Lymian“ in einem flinken Couplet dem Publikum vorstellt, dann bleibt vor Lachen kein Auge trocken. Nicht minder weiß Herr Voigt in seiner Rolle als sächsischer Kanonier Ländlich zu Thränen zu rühren und Herr Freyer mit seiner „Vaderreise“ den rechten Ton zu treffen. Kinder glückselig war ein Versuch des Direktors, ein halbes Dutzend Dialekte nachzuahmen; aber man muß sich damit trösten, daß in manchen Lokalitäten ja selbst von routinierten Schauspielern in diesem Punkt gesündigt wird. Verblüffend „naturgetreu“ gab sich jedoch Herr Thurm-Schwarz als Damen-Komiker. Die meisten Leute lassen es sich ja gern gefallen, wenn eine Dame in Rollenrollen auftritt, interessieren sich aber weniger für einen Herren in Damenkleidern. Wer hingegen an der ja nicht allzu häufig gepflegten Kunst des eben genannten Herrn Gefallen findet, kommt im Bellealliance-Theater reichlich auf seine Rechnung. Gestern sind zwei Einakter „Die strenge Gouvernante“ und „Die Ballettschule“ mit Glück ins Programm eingefügt worden. Nach den bisherigen Erfolgen zu rechnen, wird die Gesellschaft des Herrn Lymian den Sommer über im Bellealliance-Theater wohl geborgen sein.

Die des Sängers Hülflosigkeit behauptet wird. Die Serenade, die die Berliner Liedertafel in mitternächtiger Stunde am Freitag in aufdringlicher Verehrung für Beethoven, Mozart, Haydn vor dem noch verhöllten Denkmal im Tiergarten dargebracht hat, dürfte, den „Berliner Neuzeit Nachrichten“ zufolge, ein polizeiliches Strafmandat im Gefolge haben wegen nächtlicher Aufstörung. Als nämlich die Lieder in der Rastluft zerflungen und der Vorlesende, Herr Cornelius, seine Anpreisung beendet, stimmte die Liedertafel noch den schönen Wahlspruch an: „Treu und wahr, hell und klar“, da erschienen von mehreren Seiten die heilige Hermandad und gebot Ruhe, gleichzeitig sich die Kammer der Vorstandsmitglieder der Liedertafel notierend.

## Aus den Nachbarorten.

Schwarzensee. Nicht starke Beteiligung wird zu der am Sonntag früh 7<sup>1/2</sup> Uhr von Rothenburg aus stattfindenden Flugblatt-Verbreitung erwartet.

Charlottenburg. Am kommenden Sonntag veranstaltet der erste Bezirk einen Familien-Ausflug zum „alten Freund“ auf Pichelswerder, verbunden mit Preis- und Gesellschaftsspielen. Abmarsch früh 8 Uhr vom Restaurant des Genossen Pasche, Potsdamerstraße; Treffpunkt um 8<sup>1/2</sup> Uhr beim Eisenbahnunterweg hinter dem Spandauer Bod, nicht im Etablissement. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, die letzte bis zu den Ende August dauernden Ferien. Den einzigen Punkt der Tagesordnung der nur kurzen Sitzung bildete der Abschluß eines Vertrages mit der Stadt Berlin über den Bau eines Regenauslasses (Notauslasses), der durch die Maassenstraße über den Lippowplatz hinweg geführt werden und bei der Herules-Brücke in den Landwehrkanal münden soll. Aus den Reihen der Stadtverordneten heraus war der Vorschlag gemacht worden, diesen Vertrag notariell zu schließen. Auf die Erklärung des Magistrats hin, daß ein derartiger Vertragsschluß in Berlin nicht üblich sei, beschloß die Versammlung, davon abzusehen, und nahm den Vertrag in der von der Stadt Berlin vorgeschlagenen Form an.

Ueber die Kosten des neuen Charlottenburger Rathhauses schreibt die „Deutsche Bauzeitung“: Die Gesamt-Bauleisten ohne Architektenhonorar und ohne innere Ausstattung, jedoch einschließlich der elektrischen Leuchtanlage für alle Sitzungsräume und Kassen, sowie einschließlich der Hofuhr und einer Fernsprechanlage für das ganze Gebäude betragen 3 675 000 M. Für die innere Ausstattung an Möbeln, Beleuchtungskörpern usw. sind 200 000 M. vorgesehen. Die Kosten des Stadtverordneten-Sitzungsraumes nebst beiden Vorzälen und Tribünen und mit Einschluß aller Mobiliars betragen rund 120 000 M., die Kosten für den Magistratsaal mit Möbeln rund 80 000 M. Es ergibt sich also ein Gesamtbetrag von etwa über 4 Millionen Mark für das vollständige Gebäude.

In Spandau ist ein Stadtbahndieb verhaftet worden. Der Fleischergehilfe Krättschmar aus Spandau bestieg gestern nacht 12 Uhr 50 Minuten auf Bahnhof Alexanderplatz einen Zug; zu ihm gesellte sich ein anderer Fahrgast. Der Geselle, der müde war, schlief während der Fahrt ein, und als er hinter der Station Charlottenburg aufwachte, war er allein in seinem Wagenabteil; er machte die Wahrnehmung, daß seine Uhr fehlte. Den andern Fahrgast entdeckte er jedoch in einem benachbarten Abteil des Wagens. In Spandau ließ er den eiligt davongehenden, der That verdächtigen Menschen auf dem Bahnhofs festnehmen; der Arrestant war aber nicht mehr im Besitz der Uhr, der er sich bereits entledigt hatte, denn sie wurde zwischen den Schienen später aufgefunden. Der Verhaftete ist ein Hausdiener Karl Thomas, und nach Auskunft der Berliner Kriminalabteilung wegen Diebstahls mehrfach bestraft und aus Berlin ausgewiesen; seit dem 1. Juli wohnt er ohne Beschäftigung in Spandau.

Mit dem Bau der Untergrundbahnstrecke Anie-Wilhelmsplatz in Charlottenburg wird nach den zwischen Stadt und Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen in der letzten Woche dieses Monats begonnen werden. Die Vorarbeiten für die Tunnelbauten sind sowohl in der Widmarck- wie an der Spreestraße, wo ein den Zugang zur Seseheimerstraße verstopfendes Haus niedergehauen werden mußte, nahezu beendet. Mit dem Einbau der Tunnel wird sowohl am Anie wie am Wilhelmsplatz zu gleicher Zeit begonnen. Die Fertigstellung der Strecke wird innerhalb Jahresfrist in Aussicht gestellt.

## Gerichts-Zeitung.

Der Butterfälschungs-Prozess. Seit einigen Tagen wird in Moabit vor der Strafkammer der große Butterfälschungs-Prozess verhandelt, von dem vor einiger Zeit berichtet wurde. Eine Anzahl Butterhändler stehen unter der Anklage, Butter und Schmalz mit Pflanzenfetten vermischt und sich dadurch der Nahrungsmittel-Fälschung schuldig gemacht zu haben. Gestern hielt der Staatsanwalt Ellendt in dieser Sache die Anklagerede. Er wies darauf hin, daß dieser Prozess durch seinen Umfang eine besondere Bedeutung erlangt habe. Es solle durch ihn der Verfallung von Butter und Schmalz mit Pflanzenfetten mit einem Schlage ein Ende gemacht und die Fälscher sollten zu strenger Bestrafung herangezogen werden. Allerdings sei das konsumierende Publikum durch die Fälschungen nur in geringfügigem Maße geschädigt worden, aber es liege dennoch ein arger Verstoß gegen Treu und Glauben im kaufmännischen Verkehr seitens der Lieferanten und Händler. Die Verhandlung habe interessante Einblicke hinter die Coulissen der Butterfälscher gewährt und der Berliner Polizei gebühre besonderer Dank für ihre umfassende Tätigkeit in dieser Sache. Einer der Angeklagten habe nicht weniger als dreitausend Pfund gefälschter Butter in den Verkehr gebracht. Der Staatsanwalt ging nicht auf die einzelnen Fälle der Anklage ein, sondern beleuchtete deren Tätigkeit im allgemeinen. Er kam zu dem Ergebnis, daß drei der Angeklagten mangels genügender Uebersicherung freigesprochen werden müßten, die übrigen aber zu verurteilen seien. Es würde wohl angemessen sein, bei allen Angeklagten nur eine einzige selbständige Handlung als vorliegend anzunehmen. Die Frage der Strafmaßbestimmung sei nicht so leicht zu erledigen. Es komme in Betracht, daß die Fälschungen neuartig und mit besonderem Raffinement begangen seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen acht der Angeklagten Gefängnisstrafen, welche sich zwischen zwei Wochen und drei Monaten, außerdem gegen alle Angeklagten, mit Ausnahme der drei freigesprochenen, Geldstrafen, die sich zwischen 50 und 1000 M. bewegten. Die beantragten Gesamtstrafen beliefen sich auf neun Monate Gefängnis und 11 900 M. Geldstrafe. Um etwaigen Nachahmern eine Warnung zu erteilen, beantragte er die Veröffentlichung des Urteils in der „Markthallen-Zeitung“ und im „Lokal-Anzeiger“.

Es folgten darauf die Plaidoyers der Verteidiger, der Justizräte Bronker, Ladeberg und Pinus I, sowie der Rechtsanwalte Blaschauer, Sluzewski, Berthauer, Seligmann, Liebknecht, Schoeps, Meher und Gennereich.

Die Verhandlung gelangte auch gestern noch nicht zum Abschluß, sondern wurde auf Freitag vertagt.

Die „Räuber“ in Wilmersdorf. Eine „Räuber“-Vorstellung in Deutsch-Wilmersdorf fand gestern ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schöffengericht des Landgerichts II. An einem Januarabend hatten zwei junge Leute, die sich „von Lehwandowski“ und „Wagner“ nannten, von dem Besitzer der „Prachtfälle des Westens“ zur Auf-führung von Schillers „Räuber“ den Theateraal gemietet. Sie gaben sich als Mitglieder des Evangelischen Junglingsvereins aus und behaupteten, daß die Vorstellung dem Interesse des Vereins dienen sollte und daß der Verein über einen großen Fonds verfüge, um die Schauspielerehonorare bezahlen zu können. Am Abend der Vorstellung war das Haus ausverkauft. Während sich auf der Bühne die Akteure bemühten, den Charakteren der Räuber, so gut und so schlecht sie konnten, nachzukommen, verübten die beiden Entrepreneure kalten Blutes einen edlen Gaunerstreich: sie brannten mit der Kasse durch und ließen den bedauernswerten Mimen das Nachsehen. Im Frühjahr gelang es, einen der Schwindler, den angeklagten Herrn „von Lehwandowski“, zu ermitteln, der noch andere Straftaten verübt hat und schon am 1. Mai zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Er stand gestern als der Kolporteur Wilhelm Lengowski vor Gericht, während sein Spießgeselle „Wagner“ bisher noch nicht ermittelt werden konnte. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis und nahm ihn wegen Muthverdachts sofort in Haft.

Ein freigesprochener Schutzmännchen. Aus Halle berichtet man uns unterm 6. Juli: Als die im besten Aufste stehende Arbeiterfrau Mergel in der Nacht vom 7. zum 8. Februar d. J. von einer Dienstleistung kommend, in ihre Wohnung ging, wurde sie in der Nähe der Kur-Allee am Bad Willems von einem Polizeibeamten in Uniform mit unsittlichen Anträgen belästigt und angepöbelt. Sie weinte, meldete die Sache der Polizei und bezeichnete bei einer darauf stattgefundenen Konfrontation mit Bestimmtheit den Polizeibeamten Heinrich Bröder als den Thäter. Das Patrouillenbuch ergab, daß Bröder zu derselben Zeit, als die Frau belästigt wurde, seinen Patrouillengang an der Kur-Allee gemacht hatte. Ein anderer Polizeibeamter hatte auf der Strecke nichts zu thun. Als Bröder nun heute wegen wörtlicher und thätlicher Beleidigung vor der Strafkammer angeklagt war, besritt er, der Thäter gewesen zu sein, und berief sich besonders auf seinen Dienst. Die Beweisaufnahme fiel ungünstig für den Angeklagten aus, und der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte an, daß der Polizist sehr verdächtig erscheine, sprach ihn aber frei, da der Thäter auch eine Militärperson gewesen sein könne.

## Verfammlungen.

Die Schlächtergesellen hielten am Mittwoch wieder eine Versammlung ab, die, wie die vorhergegangenen Schlächterversammlungen, sehr stark besucht war. Der große Saal des Vereins Berliner Metzger reichte kaum aus, um allen Besuchern Raum zu bieten. Nach einem Vortrage des Genossen Grempe, der über die gewerkschaftlichen Aufgaben und die Taktik bei Streiks referierte, wurde über die Vernehmungen vor dem Statistischen Amt gesprochen, welche am 20. und 21. Juni stattfanden. Die Aussagen, welche die vernommenen Metzger machten, wurden scharf kritisiert. Unter anderem wurde angeführt, daß sich die vor dem Statistischen Amt erschienenen Metzger gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit erkläre haben, indem sie sagten, es herrsche ein so gutes Einvernehmen zwischen Metzger und Gesellen, daß sie ihre Verhältnisse selber regeln. Ein Metzger, welcher behauptete, daß bei ihm noch nicht 11 Stunden gearbeitet werde, habe sich trotzdem nicht für die Einführung des gesetzlichen Zwölftages erkläre wollen. Es sei davon die Rede gewesen, daß die Schlächtergesellen an den Wochen-tagen viel freie Zeit hätten. Bei weiterer Verfragung habe sich aber ergeben, daß die Metzger die Zeit, in der die Gesellen die Hundschäufel besuchen müssen, als freie Zeit, sozusagen als Spazierengehen betrachten. Es sei auch behauptet worden, daß Sonntagsarbeit im Fleischergewerbe nur sehr wenig vorkomme, während es thatsächlich fast keinen Gesellen gebe, der über den Sonntag frei verfügen könne. Im Gegenjag zu den Aussagen der Metzger hätten die vernommenen Gesellen zutreffende Angaben über die Arbeitsverhältnisse gemacht. Besonderen Eindruck hätten die Befundungen eines Kollegen gemacht, der in der Schlächterei des Hamburger Konsumvereins beschäftigt ist und aus sagte, daß dort eine den Wünschen der Gesellen entsprechende geregelte Arbeitszeit herrsche. Die Mitglieder des Statistischen Amtes hätten darauf den Metzger vorgehalten, daß sie das, was der Konsumverein verwirklicht habe, in ihren Betrieben doch auch durchführen könnten.

Die Versammlung nahm zwei Resolutionen an. Die eine erklärte, daß in Anbetracht der schlechten Arbeitsverhältnisse im Fleischer-gewerbe die baldige gesetzliche Einführung eines Maximalarbeits-tages eine Notwendigkeit ist. — Die andre Resolution protestiert gegen die Aussagen verschiedener Metzger vor dem Statistischen Amt, welche geeignet seien, die Fleischergesellen in ein schlechtes Licht zu stellen. Die Resolution drückt den vernommenen Mit-gliedern des Centralverbandes der Metzger die Sympathie der Ver-sammlung aus, da diese Auskunftspersonen wahre Angaben über die Arbeitsverhältnisse machten, während die Aussagen verschiedener Metzger unzutreffend seien und energisch zurückgewiesen werden müssen.

Achtung, Vereine! Diejenigen Vereine, welche in dem Mitte dieses Monats zur Veröffentlichung gelangenden Vereinskalender Aufnahme finden wollen, werden gebeten, bis zum 14. d. Mts. Sitzungstag und Lokal mitzutellen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 10. d. Mts. Familien-Ausflug nach Friedrichshagen. Abfahrt 2<sup>1/2</sup> Uhr, Alexanderplatz, 2<sup>1/2</sup> Kamowitzbrücke, 2<sup>1/2</sup> Schillerpark Bahnhof für Kadzähler und Teil-nemer, welche die Straßenbahn benutzen, Treffpunkt Restaurant Bude, Friedrichshagen, Pringen-Allee 20. Straßenbahn-Jahrespreis ab Spittelmarkt 15 M., Alexanderplatz 10 M. Spdibahn ab Alexanderplatz 10 M. Sonntag, den 11. Juli: Hilen-Fahrt nach Neue Mühle bei Köpenick. Butterhändler (Restaurant „Zur Schleiße“, Inhaber Voll-müller). Für gute Musik, angenehme Unterhaltung mit vielen Ueber-schuldungen zu Wasser und zu Lande ist bestens gesorgt. Abfahrt früh 7<sup>1/2</sup> Uhr. Diejenigen, welche teilnehmen wollen, mögen sich zeitig mit Billetts (a. 1.30, Kinder frei) versehen. Billetts sind in der Schule und in den Bahnhallen zu haben. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“. Heute abend 9 Uhr im Gewerkschaftssaal, Engel-Ufer 15: Generalversammlung. Rassenbericht; Beschluß-fassung über das diesjährige Stützungsfehl.

Berliner Tanzlehrer-Verein. Freitagabend 9 Uhr Alte Jakob-strasse 75: Generalversammlung.

## Vermischtes.

In Magdeburg wurde vom Kriegsgericht der 7. Division der Unteroffizier Christian Weiser vom 66. Infanterie-Regiment wegen Vergeewaltigung einer Dienstmamsfrau im Wäldchen zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Hanan. Ein auf der Wanderschaft befindlicher 17<sup>1/2</sup>-jähriger Handwerker aus Neustadt a. d. S. hat sich auf offener Straße erschossen.

Jansbrud. Auf dem Krimer Tauern ist der Unternehmer Hoch-alpiner Bauten und Hütten, Troner, der hauptsächlich für die deutschen Alpenvereine arbeitet, in einen Schneesturm geraten und wurde tot aufgefunden.

Strasburg. In Falkenheim löste sich in einer Kiesgrube eine gewaltige Steinmasse los und verschüttete 7 Arbeiter. Drei Arbeiter blieben tot, die übrigen wurden schwer verletzt.

St. Gallen. Wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder in hohem Betrage ist Bezirksdirektor Bächli-Alfätten verhaftet worden.

Dampfessel-Explosion. Auf dem der Niederländischen Dampfschiffs-Gesellschaft gehörigen Fracht- und Personendampfer „Siegfried“, der bei Mannheim im offenen Rhein vor Anker liegt, ist heute nachmittag beim Reinigen des Dampfessels eine Explosion erfolgt, durch welche vier Matrosen schwer verletzt wurden. Alle vier befinden sich im Krankenhaus.

Ein Kampf gegen die Marconi-Gesellschaft. Aus New York wird berichtet: Die Deutsche Forest-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie klagt gegen die amerikanische Marconi-Gesellschaft für 4 000 000 M., indem sie behauptet, die Marconi-Gesellschaft hätte falsche Gerüchte in Umlauf gesetzt über den Kontrakt der De Forest-Gesellschaft mit dem Marineministerium wegen Errichtung drahtloser Stationen in Florida, Kuba, Puerto Rico und Panama. Ein anderer Prozeß ist gegen die Marconi-Gesellschaft von einem Aktionär angestrengt worden, der behauptet, daß die Gesellschaft sehr schlecht verwaltet worden und insolvent ist.

Marktbreise von Berlin am 6. Juli. Nach Ermittelungen des Igl. Volksgel-Braunums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,20—17,18 M., mittel 17,16—17,14 M., geringe 17,12—17,10 M. Roggen\*\*), gute Sorte 13,75—13,72 M., mittel 13,69—13,66 M., geringe 13,63—13,60 M. Futterweizen\*), gute Sorte 14,50—13,40 M., mittel 13,30 bis 12,20 M., geringe 12,10—11,00 M. Dinkel\*), gute Sorte 15,80—15,10 M., mittel 15,00—14,40 M., geringe 14,30—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speiseerbsen, weiße 50,00—26,00 M. Rinsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln 8,00—5,00 M. Richtrohr 4,16—3,66 M. Fern 7,30—5,20 M. Für 1 Kilogramm: Butter 2,60—2,00 M. Eier per Schock 3,80—2,40 M. \*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.



Der neunte Buchbinder-Verbandstag.

Dresden, 6. Juli.

Vormittags-Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen die Beitrags- und Unterstützungsfragen, der wichtigste Punkt der Beratungen.

Walther-Weipzig möchte, daß der Charakter des Verbandes als Kampforganisation nicht verloren gehe.

Sailer-Sudentenwalde freut sich, daß nun auch der Vorstand sich dem Staffelbeitrag gegenüber freundschaftlich verhalte.

Wfäke-Weipzig ist gegen den Staffelbeitrag, weil er die Arbeit der Funktionäre erschwere.

Draug-Berlin plädiert für Beiträge von 45 Pf. für männliche, 20 Pf. für weibliche.

Kornader-Hannover erklärt sich für Invaliden-Unterstützung, da die älteren Kollegen uns bei Streiks vielfach im Wege ständen.

Verbandsleiterer Heuweisen erklärt sich gegen Staffelbeiträge, allein man sei gezwungen, auf die Verhältnisse der kleineren Städte Rücksicht zu nehmen.

Der Verbandsvorstand müsse aber auch dann auf einer Erhöhung der Beiträge bestehen, wenn die beantragten Unterstützungen abgelehnt würden.

Nedner legt alsdann allgemein dar, wie die Unterstützungen auf die Verbandskasse wirken und erklärt sich auf Grund der rechnerischen Unterlagen gegen die Invaliden-, Kranken-, und Erwerbslosen-Unterstützung, die eine Mordethorheit sei.

Luft-Berlin weist nach, daß bei Erhöhung der Beiträge auf 45 und 20 Pf. die Durchführung des Tarifs über ganz Deutschland unmöglich gemacht werde.

Wytomski-Berlin betont die Notwendigkeit der Staffelbeiträge, besonders, da sich nun auch die Chiurbeiter-Konferenz in Gera dafür ausgesprochen habe.

Clar-Berlin bekräftigt die erweiterten Unterstützungen und ist gegen Staffelbeiträge.

Verbandsvorsitzender Dietrich erklärt, der Vorstand sei nicht für den Staffelbeitrag nach Ortschaften, sondern für den Fall seiner Einführung über ganz Deutschland, so daß es jedem und überall freistehe, eventuell den niedrigen Beitrag zu zahlen.

Schröder-Stuttgart ist der Meinung, daß die Portefeuille nicht abgesplittert wären, wenn man die Krankenunterstützung früher eingeführt hätte.

Schröder-Stuttgart ist der Meinung, daß die Portefeuille nicht abgesplittert wären, wenn man die Krankenunterstützung früher eingeführt hätte.

Bau der Arbeitslosen- und Wahregelungs-Unterstützung. — Kuhl-Dresden freut sich, daß der Staffelbeitrag immer mehr Freunde gewinne.

Schlegel-Hamburg weist nach, daß auch die Verbände mit niedrigen Beiträgen erhebliche Fortschritte gemacht, was man aber hier nicht vorbringe.

Albert-Magdeburg erklärt sich für den Ausbau der Arbeitslosen- und Wahregelungs-Unterstützung, dagegen gegen jede weitere Einführung neuer Unterstützungen.

Die Debatte über die Unterstützungsfragen wird fortgesetzt. Nachdem in derselben u. a. noch Umbreit-Berlin sich ausführlich über den Staffelbeitrag, für die Braut-, Wöchnerinnen- und Erwerbslosen-Unterstützung ausgesprochen, wird zunächst die Reiner-Kommission zur Bearbeitung der Unterstützungsanträge gewählt.

Nachdem die Debatte 6 1/2 Stunden gedauert, tritt auf Antrag Redling-Fürth Schluß derselben ein.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Kuhl in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte über die Unterstützungsfragen wird fortgesetzt. Nachdem in derselben u. a. noch Umbreit-Berlin sich ausführlich über den Staffelbeitrag, für die Braut-, Wöchnerinnen- und Erwerbslosen-Unterstützung ausgesprochen, wird zunächst die Reiner-Kommission zur Bearbeitung der Unterstützungsanträge gewählt.

Nachdem die Debatte 6 1/2 Stunden gedauert, tritt auf Antrag Redling-Fürth Schluß derselben ein.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Kuhl in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte über die Unterstützungsfragen wird fortgesetzt. Nachdem in derselben u. a. noch Umbreit-Berlin sich ausführlich über den Staffelbeitrag, für die Braut-, Wöchnerinnen- und Erwerbslosen-Unterstützung ausgesprochen, wird zunächst die Reiner-Kommission zur Bearbeitung der Unterstützungsanträge gewählt.

Nachdem die Debatte 6 1/2 Stunden gedauert, tritt auf Antrag Redling-Fürth Schluß derselben ein.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Kuhl in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte über die Unterstützungsfragen wird fortgesetzt. Nachdem in derselben u. a. noch Umbreit-Berlin sich ausführlich über den Staffelbeitrag, für die Braut-, Wöchnerinnen- und Erwerbslosen-Unterstützung ausgesprochen, wird zunächst die Reiner-Kommission zur Bearbeitung der Unterstützungsanträge gewählt.

Nachdem die Debatte 6 1/2 Stunden gedauert, tritt auf Antrag Redling-Fürth Schluß derselben ein.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird der Antrag Kuhl in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte über die Unterstützungsfragen wird fortgesetzt. Nachdem in derselben u. a. noch Umbreit-Berlin sich ausführlich über den Staffelbeitrag, für die Braut-, Wöchnerinnen- und Erwerbslosen-Unterstützung ausgesprochen, wird zunächst die Reiner-Kommission zur Bearbeitung der Unterstützungsanträge gewählt.

Nachdem die Debatte 6 1/2 Stunden gedauert, tritt auf Antrag Redling-Fürth Schluß derselben ein.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren 2 Uhr.

St. 119. Etc. — 1863. Die mündliche Vereinbarung genügt. Ihnen und dem Ehe steht danach monatliche Kündigungsfreiheit zum Monatsanfang zu. Sie können zu diesem Termin an jedem Tage, spätestens am Monatsletzten, kündigen.

St. 104. Die Verurteilung der Partei ist nicht zu erreichen. — St. 104. Die Verurteilung der Partei ist nicht zu erreichen.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

St. 100. Ueber die Gehaltsverhältnisse usw. eines bestimmten Unteroffiziers erkundigen Sie sich am besten bei ihm selbst. — St. 13. Sie würden jetzt vom Gericht wahrscheinlich nicht mehr zum Abzug für Berechnung erachtet werden; es läßt sich aber einen Versuch an.

Todes-Anzeige. Allen Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und treusorgender Vater, der Dachdecker Hermann Kaeding

am 6. d. Mts., früh 5 Uhr, nach langer schwerer Krankheit verschieden ist.

Die Hinterbliebenen: Bertha Kaeding und Tochter.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 9 1/2 Uhr vom Trauerhause, Hermann-Platz 5, nach dem Neuen Friedhof Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.

Todes-Anzeige. Am 6. Juli verstarb unser Mitarbeiter, der Dachdecker Hermann Kaeding.

Ehre seinem Andenken! August Wild, Dachdeckerstr., 25558

Central-Verband der Dachdecker (Hilfsk. Berlin.) Am Mittwoch, den 6. Juli, verschied nach langem schwerem Krankenlager unser treuer Kollege Hermann Kaeding.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 9 1/2 Uhr vom Trauerhause Hermann-Platz 5, nach dem Neuen Friedhof Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.

Ehre seinem Andenken! 54/17 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse d. Lederzurichter Berlins. (E. H. No. 50.) Sonntag, den 17. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom ersten und zweiten Quartal 1904. 2. Geschäftliches. Der Vorstand. 25409 G. H.: Gustav Buss.

Am 4. Juli er. verstarb im Krankenhaus Friedrichshagen nach längerem Leiden unser Kollege Otto Erdmann

im Alter von 34 Jahren. Wir verlieren in ihm einen tüchtigen Mitarbeiter, der durch sein freundliches Wesen für die Liebe und Achtung aller Kollegen erworben hatte.

Seine Andenken werden wir in Ehren halten. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 8. Juli er., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Borstholms-Ausfriedhofes, Belgischer, Hellenburger Chaussee, aus statt. 26415 Die Beamten der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen etc. Berlin.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 18/8, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Centralverband der Bau-, Erd- u. gew. Hilfsarbeiter Deutschl. Bezirk Charlottenburg. Sonntag, den 10. Juli 1904:

8. Stiftungs-Fest im Charlottenburger Volkshause, Rosinenstr. 3. Grosses Garten-Konzert nebst humoristischen Vorträgen. — Belustigungen aller Art. — Kinderspektakel.

Billots a 25 Pf. TANZ. Anfang 4 Uhr. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Um regen Zuspruch bitten. Das Komitee.

Kennen Sie Schwarz' neues Sparsystem? Abt. I: Greifswalderstrasse 39. Kaffee, Kakao, Thee (Versand). Abt. II: Greifswalderstr. 227 (Ecke Helmsdorferstrasse). Mehl, Mühlenfabrikate, Backobst und Konserven. Fernsprecher Amt 7a 6230. Sämtliche Aufträge für Berlin und Weissensee franco Haus.

Central-Verband der Dachdecker (Hilfsk. Berlin.) Am Mittwoch, den 6. Juli, verschied nach langem schwerem Krankenlager unser treuer Kollege Hermann Kaeding.

Die Beerdigung findet am Sonntagmorgen 9 1/2 Uhr vom Trauerhause Hermann-Platz 5, nach dem Neuen Friedhof Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.

Ehre seinem Andenken! 54/17 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse d. Lederzurichter Berlins. (E. H. No. 50.) Sonntag, den 17. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom ersten und zweiten Quartal 1904. 2. Geschäftliches. Der Vorstand. 25409 G. H.: Gustav Buss.

Der Kampf im Bäckergewerbe! Folgende Bäckermeister haben am Donnerstag, den 7. d. Mts., den Tarif anerkannt und unterschrieben und sind als geregelt zu betrachten und in der Sonntagsliste nachzutragen:

Norden. Jasmunderstr. 18, H. Döring. Oberbergerstr. 49, Wöhme, hat bereits am 2. d. Mts. den Tarif unterschrieben. Reinholdsdorferstr. 47, S. Bloß, 54a, H. Gerdberg.

Osten. Stiergärberstr. 63, E. Burger. Eichenstr. 54, S. Jeschmann. Schwarztopfstr. 7, O. Thomae.

Nord-Westen. Birkenstr. 32, H. Waderhagen. Rottendorferstr. 51, D. Gering.

Rixdorf. Ringbahnstr. 30, B. Kossel.

Süden. Dieffenbachstr. 58a, Rißke. Rühlstr. 26, Schwarz. Willibald Alersstr. 29. Gäßelstr. 10, H. Krause.

Süd-Ost. Mantelstr. 61, Stolle. Stralau. Alt-Stralau 56, P. Franke. Die Verbandsleitung. Bureau: Gipsstr. 2. Telephon Amt III, 1243.

Achtung! Dachdecker! (Hilfsk. Steglitz.) 54/18 Am Sonnabend, den 9. Juli 1904: Stiftungs-Fest im Birkenwäldchen.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN. Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier: Gambrinusbräu (Münchener) Nepomukbräu (Pilsener) Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088. Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1570. Unsere Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen Kolonialwaren-Handlungen.

Verband der Möbelpolierer. Der Arbeitsnachweis für Arbeit und Arbeit befindet sich nur bei Lützowstr. 6. (Telephon-Amt IV Nr. 5729).

Bei No 57, Heimlichplatz, wird Arbeit für Möbelpolierer nicht mehr vermittelt. Es ist Pflicht aller Kollegen, ihre Arbeitgeber auf obiges sofort aufmerksam zu machen. 14/20\* Der Vorstand.

Geselliger Verein ehemal. Beelitzer B. I. Sonnabend, den 9. Juli 1904, abends 9 1/2 Uhr, bei Frank, Eckertstr. 9. Gölle herzlich willkommen. Der Vorstand. J. H.: W. Klossel.

Kron- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Brangelstr. 11, Marktplatz 1X. Stand 251/252, Eisenbahnstraße. 46193

Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau, Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckgegenstände zu bill. Preisen.

L. Ziehung 1. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten. 100 221 48 [300] 58 83 303 53 400 809 53 68 94 [1123] 2001 83 243 342 579 872 980 2332 333 72 440 63 55 72 574 702 [260] 867 80 916 64 [319] 449 898 423 767 829 968 [100] 78 4089 111 27 05 66 234 300 444 546 788 68 833 5098 108 220 71 549 835 6058 67 318 76 90 432 578 625 905 [100] 701 102 20 262 643 724 80 8306 592 836 51 56 960 9049 144 85 430 67 990 [100] 10086 188 [100] 209 389 [100] 475 905 24 015 76 704 821 [100] 170 83 90 231 477 80 650 [1200] 188 200 328 91 522 681 90 730 [1305] 1071 324 33 469 18 712 19 25 849 [100] 14129 50 231 69 473 509 687 708 40 71 940 [1500] 40 168 638 51 61 856 90 [1500] 901 40 16026 786 946 [17016] 90 129 206 [200] 54 711 62 889 [1800] 41 118 27 [100] 88 302 420 670 763 83 90 896 965 68 19297 712 41 836 996 20012 201 [100] 505 720 841 940 [2121] 426 63 94 632 819 909 [100] 22184 87 305 363 550 91 781 80 834 23008 14 27 109 54 97 277 597 730 69 814 951 24289 367 479 885 25046 119 299 370 88 522 635 77 855 97 25041 321 31 499 607 87 [200] 718 803 51 [200] 901 30 27170 206 317 405 93 [200] 584 638 [300] 69 756 827 62 86 28069 381 506 9 620 75 771 [100] 868 29290 347 475 525 63 955 30001 186 283 760 [31061] 66 346 411 508 44 770 887 32023 68 109 48 288 542 [100] 51 93 823 62 918 [33081] 119 [100] 89 204 763 [34048] 62 244 373 459 567 625 84 777 812 42 902 35441 327 46 02 618 84 36050 78 157 280 25 400 [32] 101 401 545 72 98 619 716 66 868 934 [100] 37042 125 467 512 43 698 783 [100] 998 38082 285 410 57 74 607 39650 77 240 383 567 785 40188 277 633 777 830 932 42428 73 564 849 43196 313 63 407 943 44022 22 119 32 67 270 513 24 41 788 45031 265 78 50 354 [100] 632 998 46005 188 213 363 707 11 19 13 35 47 43076 70 234 53 601 33 896 907 48287 [100] 466 500 731 49062 174 200 343 62 433 65 572 803 939 50123 314 408 670 74 880 935 51012 77 324 541 658 747 846 47 77 52224 37 314 655 83 908 52 53096 157 [300] 524 93 [100] 767 842 54517 60 658 87 768 82 87 55008 133 [500] 463 566 566 56454 504 629 805 19 925 77 78 85 57241 45 311 13 58 526 600 75 706 76 77 863 90 58002 [100] 27 112 49 90 349 410 80 548 [100] 629 73 729 [100] 131 46 888 928 59019 28 92 151 275 329 82 611 855 60106 311 31 [100] 519 24 704 854 88 61108 [300] 231 84 [200] 454 517 767 [300] 73 972 62111 210 309 25 27 30 628 703 891 951 76 80 944 74010 114 21 57 64 82 300 319 39 481 664 721 515 918 38 75012 14 257 812 968 76042 83 110 281 320 84 406 [300] 12 [100] 46 83 518 62 782 901 77155 227 90 333 50 54 410 552 61 647 840 91 78106 221 329 473 712 79088 187 378 923 80353 76 463 80 519 31 704 77 90 990 81178 854 82276 310 45 646 702 820 47 83018 180 209 435 [100] 531 950 84323 416 51 770 811 85071 114 64 224 636 777 829 83 86023 120 83 221 45 00 88340 341 [100] 426 87078 230 310 45 089 712 25 50 88 88380 446 648 57 848 89128 208 38 358 321 70 [100] 905 6 781 90337 126 233 35 312 490 539 747 84 973 91144 721 [100] 25 44 92082 320 443 773 820 984 88 93023 40 97 121 209 18 442 519 774 81 889 911 94107 [200] 225 300 52 527 894 812 18 81 90 933 95090 98 229 668 728 96157 72 545 691 703 70 [100] 882 97038 [100] 90 218 378 608 779 810 77 98029 230 400 78 85 [100] 510 13 [100] 42 54 689 701 23 829 99134 46 78 94 538 734 [200] 829 932 100041 826 330 419 30 31 33 61 568 819 101046 128 289 334 89 624 771 800 19 99 102090 94 150 496 96 512 54 [100] 84 915 28 63 103192 646 [100] 84 90 724 890 959 82 104033 68 207 372 405 58 562 83 698 707 981 105149 69 307 [100] 68 900 65 730 106048 157 60 312 37 78 503 22 612 40 833 920 107200 4 25 68 303 72 423 50 97 564 778 926 29 108054 160 256 60 300 96 [100] 729 820 109023 [400] 36 [200] 38 77 163 207 62 613 22 60 87 760 846 79 110072 [100] 164 215 [100] 333 451 524 67 638 725 905 74 111118 35 248 57 474 525 625 878 78 987 112174 488 742 917 [200] 11343 490 687 90 708 96 847 114001 39 106 348 422 644 746 93 854 92 96 989 115079 [100] 84 [400] 90 206 93 315 525 45 661 787 116372 592 670 83 988 117278 356 95 510 15 787 726 827 118075 104 332 400 517 40 [100] 609 732

L. Ziehung 1. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten. 100 221 48 [300] 58 83 303 53 400 809 53 68 94 [1123] 2001 83 243 342 579 872 980 2332 333 72 440 63 55 72 574 702 [260] 867 80 916 64 [319] 449 898 423 767 829 968 [100] 78 4089 111 27 05 66 234 300 444 546 788 68 833 5098 108 220 71 549 835 6058 67 318 76 90 432 578 625 905 [100] 701 102 20 262 643 724 80 8306 592 836 51 56 960 9049 144 85 430 67 990 [100] 10086 188 [100] 209 389 [100] 475 905 24 015 76 704 821 [100] 170 83 90 231 477 80 650 [1200] 188 200 328 91 522 681 90 730 [1305] 1071 324 33 469 18 712 19 25 849 [100] 14129 50 231 69 473 509 687 708 40 71 940 [1500] 40 168 638 51 61 856 90 [1500] 901 40 16026 786 946 [17016] 90 129 206 [200] 54 711 62 889 [1800] 41 118 27 [100] 88 302 420 670 763 83 90 896 965 68 19297 712 41 836 996 20012 201 [100] 505 720 841 940 [2121] 426 63 94 632 819 909 [100] 22184 87 305 363 550 91 781 80 834 23008 14 27 109 54 97 277 597 730 69 814 951 24289 367 479 885 25046 119 299 370 88 522 635 77 855 97 25041 321 31 499 607 87 [200] 718 803 51 [200] 901 30 27170 206 317 405 93 [200] 584 638 [300] 69 756 827 62 86 28069 381 506 9 620 75 771 [100] 868 29290 347 475 525 63 955 30001 186 283 760 [31061] 66 346 411 508 44 770 887 32023 68 109 48 288 542 [100] 51 93 823 62 918 [33081] 119 [100] 89 204 763 [34048] 62 244 373 459 567 625 84 777 812 42 902 35441 327 46 02 618 84 36050 78 157 280 25 400 [32] 101 401 545 72 98 619 716 66 868 934 [100] 37042 125 467 512 43 698 783 [100] 998 38082 285 410 57 74 607 39650 77 240 383 567 785 40188 277 633 777 830 932 42428 73 564 849 43196 313 63 407 943 44022 22 119 32 67 270 513 24 41 788 45031 265 78 50 354 [100] 632 998 46005 188 213 363 707 11 19 13 35 47 43076 70 234 53 601 33 896 907 48287 [100] 466 500 731 49062 174 200 343 62 433 65 572 803 939 50123 314 408 670 74 880 935 51012 77 324 541 658 747 846 47 77 52224 37 314 655 83 908 52 53096 157 [300] 524 93 [100] 767 842 54517 60 658 87 768 82 87 55008 133 [500] 463 566 566 56454 504 629 805 19 925 77 78 85 57241 45 311 13 58 526 600 75 706 76 77 863 90 58002 [100] 27 112 49 90 349 410 80 548 [100] 629 73 729 [100] 131 46 888 928 59019 28 92 151 275 329 82 611 855 60106 311 31 [100] 519 24 704 854 88 61108 [300] 231 84 [200] 454 517 767 [300] 73 972 62111 210 309 25 27 30 628 703 891 951 76 80 944 74010 114 21 57 64 82 300 319 39 481 664 721 515 918 38 75012 14 257 812 968 76042 83 110 281 320 84 406 [300] 12 [100] 46 83 518 62 782 901 77155 227 90 333 50 54 410 552 61 647 840 91 78106 221 329 473 712 79088 187 378 923 80353 76 463 80 519 31 704 77 90 990 81178 854 82276 310 45 646 702 820 47 83018 180 209 435 [100] 531 950 84323 416 51 770 811 85071 114 64 224 636 777 829 83 86023 120 83 221 45 00 88340 341 [100] 426 87078 230 310 45 089 712 25 50 88 88380 446 648 57 848 89128 208 38 358 321 70 [100] 905 6 781 90337 126 233 35 312 490 539 747 84 973 91144 721 [100] 25 44 92082 320 443 773 820 984 88 93023 40 97 121 209 18 442 519 774 81 889 911 94107 [200] 225 300 52 527 894 812 18 81 90 933 95090 98 229 668 728 96157 72 545 691 703 70 [100] 882 97038 [100] 90 218 378 608 779 810 77 98029 230 400 78 85 [100] 510 13 [100] 42 54 689 701 23 829 99134 46 78 94 538 734 [200] 829 932 100041 826 330 419 30 31 33 61 568 819 101046 128 289 334 89 624 771 800 19 99 102090 94 150 496 96 512 54 [100] 84 915 28 63 103192 646 [100] 84 90 724 890 959 82 104033 68 207 372 405 58 562 83 698 707 981 105149 69 307 [100] 68 900 65 730 106048 157 60 312 37 78 503 22 612 40 833 920 107200 4 25 68 303 72 423 50 97 564 778 926 29 108054 160 256 60 300 96 [100] 729 820 109023 [400] 36 [200] 38 77 163 207 62 613 22 60 87 760 846 79 110072 [100] 164 215 [100] 333 451 524 67 638 725 905 74 111118 35 248 57 474 525 625 878 78 987 112174 488 742 917 [200] 11343 490 687 90 708 96 847 114001 39 106 348 422 644 746 93 854 92 96 989 115079 [100] 84 [400] 90 206 93 315 525 45 661 787 116372 592 670 83 988 117278 356 95 510 15 787 726 827 118075 104 332 400 517 40 [100] 609 732

L. Ziehung 1. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten. 100 221 48 [300] 58 83 303 53 400 809 53 68 94 [1123] 2001 83 243 342 579 872 980 2332 333 72 440 63 55 72 574 702 [260] 867 80 916 64 [319] 449 898 423 767 829 968 [100] 78 4089 111 27 05 66 234 300 444 546 788 68 833 5098 108 220 71 549 835 6058 67 318 76 90 432 578 625 905 [100] 701 102 20 262 643 724 80 8306 592 836 51 56 960 9049 144 85 430 67 990 [100] 10086 188 [100] 209 389 [100] 475 905 24 015 76 704 821 [100] 170 83 90 231 477 80 650 [1200] 188 200 328 91 522 681 90 730 [1305] 1071 324 33 469 18 712 19 25 849 [100] 14129 50 231 69 473 509 687 708 40 71 940 [1500] 40 168 638 51 61 856 90 [1500] 901 40 16026 786 946 [17016] 90 129 206 [200] 54 711 62 889 [1800] 41 118 27 [100] 88 302 420 670 763 83 90 896 965 68 19297 712 41 836 996 20012 201 [100] 505 720 841 940 [2121] 426 63 94 632 819 909 [100] 22184 87 305 363 550 91 781 80 834 23008 14 27 109 54 97 277 597 730 69 814 951 24289 367 479 885 25046 119 299 370 88 522 635 77 855 97 25041 321 31 499 607 87 [200] 718 803 51 [200] 901 30 27170 206 317 405 93 [200] 584 638 [300] 69 756 827 62 86 28069 381 506 9 620 75 771 [100] 868 29290 347 475 525 63 955 30001 186 283 760 [31061] 66 346 411 508 44 770 887 32023 68 109 48 288 542 [100] 51 93 823 62 918 [33081] 119 [100] 89 204 763 [34048] 62 244 373 459 567 625 84 777 812 42 902 35441 327 46 02 618 84 36050 78 157 280 25 400 [32] 101 401 545 72 98 619 716 66 868 934 [100] 37042 125 467 512 43 698 783 [100] 998 38082 285 410 57 74 607 39650 77 240 383 567 785 40188 277 633 777 830 932 42428 73 564 849 43196 313 63 407 943 44022 22 119 32 67 270 513 24 41 788 45031 265 78 50 354 [100] 632 998 46005 188 213 363 707 11 19 13 35 47 43076 70 234 53 601 33 896 907 48287 [100] 466 500 731 49062 174 200 343 62 433 65 572 803 939 50123 314 408 670 74 880 935 51012 77 324 541 658 747 846 47 77 52224 37 314 655 83 908 52 53096 157 [300] 524 93 [100] 767 842 54517 60 658 87 768 82 87 55008 133 [500] 463 566 566 56454 504 629 805 19 925 77 78 85 57241 45 311 13 58 526 600 75 706 76 77 863 90 58002 [100] 27 112 49 90 349 410 80 548 [100] 629 73 729 [100] 131 46 888 928 59019 28 92 151 275 329 82 611 855 60106 311 31 [100] 519 24 704 854 88 61108 [300] 231 84 [200] 454 517 767 [300] 73 972 62111 210 309 25 27 30 628 703 891 951 76 80 944 74010 114 21 57 64 82 300 319 39 481 664 721 515 918 38 75012 14 257 812 968 76042 83 110 281 320 84 406 [300] 12 [100] 46 83 518 62 782 901 77155 227 90 333 50 54 410 552 61 647 840 91 78106 221 329 473 712 79088 187 378 923 80353 76 463 80 519 31 704 77 90 990 81178 854 82276 310 45 646 702 820 47 83018 180 209 435 [100] 531 950 84323 416 51 770 811 85071 114 64 224 636 777 829 83 86023 120 83 221 45 00 88340 341 [100] 426 87078 230 310 45 089 712 25 50 88 88380 446 648 57 848 89128 208 38 358 321 70 [100] 905 6 781 90337 126 233 35 312 490 539 747 84 973 91144 721 [100] 25 44 92082 320 443 773 820 984 88 93023 40 97 121 209 18 442 519 774 81 889 911 94107 [200] 225 300 52 527 894 812 18 81 90 933 95090 98 229 668 728 96157 72 545 691 703 70 [100] 882 97038 [100] 90 218 378 608 779 810 77 98029 230 400 78 85 [100] 510 13 [100] 42 54 689 701 23 829 99134 46 78 94 538 734 [200] 829 932 100041 826 330 419 30 31 33 61 568 819 101046 128 289 334 89 624 771 800 19 99 102090 94 150 496 96 512 54 [100] 84 915 28 63 103192 646 [100] 84 90 724 890 959 82 104033 68 207 372 405 58 562 83 698 707 981 105149 69 307 [100] 68 900 65 730 106048 157 60 312 37 78 503 22 612 40 833 920 107200 4 25 68 303 72 423 50 97 564 778 926 29 108054 160 256 60 300 96 [100] 729 820 109023 [400] 36 [200] 38 77 163 207 62 613 22 60 87 760 846 79 110072 [100] 164 215 [100] 333 451 524 67 638 725 905 74 111118 35 248 57 474 525 625 878 78 987 112174 488 742 917 [200] 11343 490 687 90 708 96 847 114001 39 106 348 422 644 746 93 854 92 96 989 115079 [100] 84 [400] 90 206 93 315 525 45 661 787 116372 592 670 83 988 117278 356 95 510 15 787 726 827 118075 104 332 400 517 40 [100] 609 732

L. Ziehung 1. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.

Die Gewinne über 50 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten. 100 221 48 [300] 58 83 303 53 400 809 53 68 94 [1123] 2001 83 243 342 579 872 980 2332 333 72 440 63 55 72 574 702 [260] 867 80 916 64 [319] 449 898 423 767 829 968 [100] 78 4089 111 27 05 66 234 300 444 546 788 68 833 5098 108 220 71 549 835 6058 67 318 76 90 432 578 625 905 [100] 701 102 20 262